ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen

Ausgabe 1/2012

6. Jahrgang

SCHWERPUNKT

GESUNDHEIT

Die humane Dimension der Sicherheit

PANDEMIEN

Eine tödliche Kombination

US-WAHLKAMPF

Der Quersprecher

ISSN 1869-1684

www.adlas-magazin.de

www.sicherheitspolitik.de

Gesundheit kann auf tausend Wegen zum sicherheitspolitischen Problem werden.

Gesundheit steht wie kaum ein anderes Thema für globalisierte Sicherheitsherausforderungen. Pandemien, die sich dank moderner Verkehrsmittel rasend schnell über den Globus ausbreiten, verwischen die Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit vollkommen. Viren – ob natürlichen Ursprungs oder im Labor entwickelt und als Waffe eingesetzt – kennen weder Grenzen, noch Freund oder Feind. In manchen Fällen – die spanische Grippe von 1918 etwa oder die HIV/AIDS-Epidemie im subsaharischen Afrika – können diese Krankheiten Wirkungen entfalten, welche die Substanz ganzer Gesellschaften bedrohen und **mehr Opfer fordern als militärische Gewalt**.

Die Materie »Gesundheit« zeigt aber auch, wie notwendig ein umfassendes Sicherheitsverständnis im 21. Jahrhundert geworden ist. »Es gibt tausend Krankheiten, aber nur eine Gesundheit«, so der Journalist und Schriftsteller Ludwig Börne – und genauso gibt es tausend Wege, auf denen sie zur sicherheitspolitischen Herausforderung werden kann. Einige dieser Wege versucht *ADLAS* in dieser Ausgabe aufzuzeigen, etwa das Risiko von Pandemien (**Seite 24**) oder die Probleme der Risikobewertung (**Seite 31**). Daneben widmet sich der Schwerpunkt auch dem Risiko, dem Soldaten im Einsatz ausgeliefert sind, an Leib (**Seite 7**) und Seele (**Seite 18**) verwundet zu werden. Allen ist eines gemeinsam: Das Thema Gesundheit berührt die Betroffenen so unmittelbar wie kein anderes – Gesundheit ist die menschliche Dimension der Sicherheit.

In unserer Reihe zur Cybersicherheit fragt Sandro Gaycken, ob **die Methoden des Kalten Krieges** an der virtuellen Front noch taugen (**Seite 48**). Den Auftakt des allgemeinen Teils »Die Welt und Deutschland« machen amerikanische Themen (**ab Seite 54**): der Präsidentschaftswahlkampf und das schrumpfende Verteidigungsbudget des unfreiwilligen Weltpolizisten.

Im Interview mit *ADLAS* erläutert Flottillenadmiral Thomas Jugel, im Januar frisch aus dem Arabischen Meer zurück, seine optimistische Perspektive auf den Anti-Piraterie-Einsatz der EU (**Seite 71**). Steve Schlegel berichtet über die mühsame internationale Kleinwaffenkontrolle (**Seite 76**) und Theresa Lankes schließlich (**Seite 84**) kommentiert mit der V-Leute-Problematik einen Zusammenhang mit hoher innenpolitischer Brisanz. ◂◂◂◂

HERAUSGEBER

Titelfoto: Crown Copyright / Ian Forsyth

INHALT

SCHWERPUNKT: GESUNDHEIT

7 ERSTHILFE: **Kampf um Sekunden**
Die Einsätze in Afghanistan und dem Irak haben die medizinische Versorgung von Verwundeten revolutioniert.
Das dafür notwendige Zeitfenster wird immer enger bemessen.

12 VERWUNDETENABZEICHEN: **Eine Frage des Anstands**
Seit 2010 wird die Gefechtsmedaille der Bundeswehr auch für Verwundungen vergeben. Die US Army geht weiter.

15 VERWUNDETENABZEICHEN:
»Mein Vorschlag war vielleicht doch hilfreich«
Die FDP-Verteidigungsexpertin Elke Hoff erklärt, warum die Gefechtsmedaille der Bundeswehr Verwundungen ehrt.

17 NOTIZ / PTBS: **Doppelte Angst**

18 WEHRPSYCHIATRIE:
»Hauptsache ist, dass die Betroffenen sich melden«
Der Leiter des Psychotraumazentrums der Bundeswehr, Oberstarzt Peter Zimmermann, neigt zum Unbürokratischen.

21 EIGNUNG: **Die Cyberkrieger kommen ins Schwitzen**
Die neuen Einberufungskriterien von Chinas Armee sind nicht nur eine Reaktion auf die steigende Fettleibigkeit der chinesischen Jugend.

24 GLOBALISIERUNG: **Eine tödliche Kombination**
Pandemien betreffen die gesamte öffentliche Sicherheit. Aber die Wirtschaft berücksichtigt das Risiko noch kaum.

31 RISIKO-KOMMUNIKATION: **»Je chemischer Sie etwas formulieren, ...«**
Für das Bundesinstitut für Risikobewertung muss Gaby-Fleur Böl das Ungewisse erklären.

37 BIOLOGISCHE WAFFEN: **Die vergessenen Killer**
Das Fazit der siebten Überprüfungskonferenz der Biowaffenkonvention fällt ernüchternd aus.

41 INTERNATIONALE KOOPERATION: **Gesundheit in jedem Gesetz?**
Weltweit berücksichtigen immer mehr Diplomaten die »humane Dimension«. Deutsches Handeln hat aber noch Aufholbedarf.

45 BEVÖLKERUNGSSCHUTZ: **Freiwillige vor!**
Das Rote Kreuz ist in den globalen Krisengebieten dauerpräsent. Und Deutschland ist auch keine heile Welt (mehr).

REIHE: CYBER-SECURITY

48 ESKALATION: **Der Kalte Krieg wechselt die Fronten**
Sicherheitspolitische Akteure stehen vor den technischen Grenzen ihrer Möglichkeiten.

53 NOTIZ / CYBER-ABWEHR: **Nahostkonflikt 2.0**

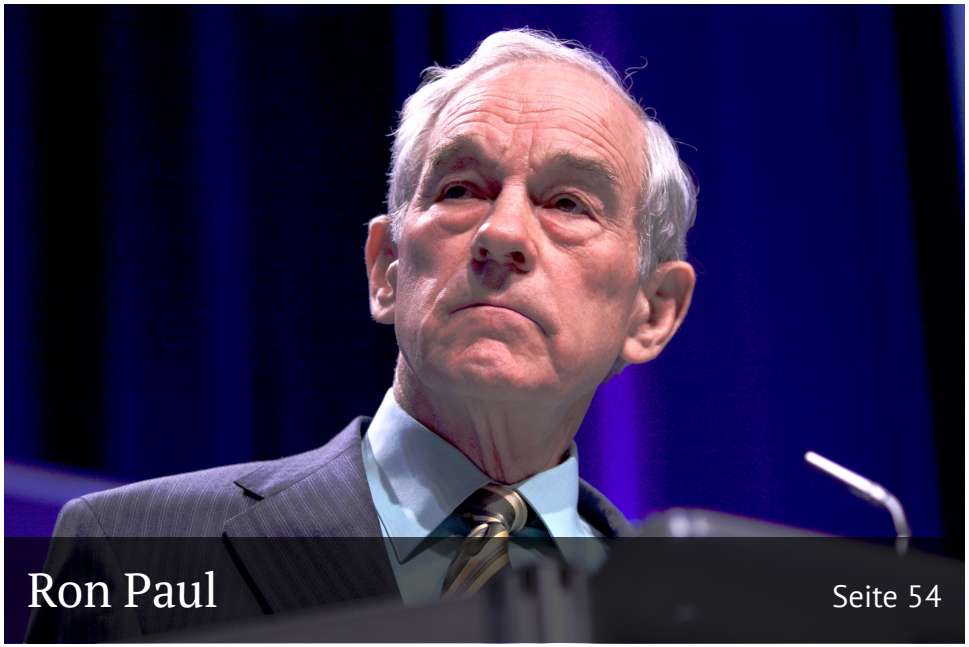
DIE WELT UND DEUTSCHLAND

54 US-WAHLKAMPF: **Der Querspreche**r
Der Kongressabgeordnete Ron Paul gilt für die Republikaner als untragbar und wird doch für seine libertären Ideen gefeiert.

59 US-VERTEIDIGUNGSETAT: **Budgetschlacht auf dem Capitol**
Die Haushaltskrise zwingt die USA zu massiven Einsparungen. Nach fetten Jahren trifft es Leon Panettas Kasse nun hart.

63 RUSSISCHE AFRIKAPOLITIK: **Zurück ins Rennen**
Mit energiepolitischen Interessen kehrt Moskau auf den »schwarzen Kontinent« zurück. Die neue Konkurrenz ist schon da.

Kalter virtueller Krieg Seite 48



Ron Paul Seite 54

INHALT

67 EUROPÄISCHE SICHERHEIT: **Game Changer oder Papiertiger?**
Insider deuten an, dass Deutschland die Battlegroups der EU am langen Arm verhungern lässt.

71 ANTI-PIRATERIE:
»Wir haben von robusteren Einsatzregeln profitiert«
Flottillenadmiral Thomas Jugel, bis Ende 2011 Kommandeur der EU-Marine-Operation »Atalanta«, im Gespräch

76 WAFFENKONTROLLE: **Klein, gefährlich und überall**
Wie kann man verhindern, dass eine Milliarde Kleinwaffen in falsche Hände geraten?

80 RÜSTUNGSEXPORT: **Der Dschungel da draußen**
Der Heimatmarkt schrumpft, neue Absatzmärkte müssen her. Rheinmetalls Saudi-Arabien-Deal wird nur der Anfang sein.

84 KOMMENTAR: **Männer ohne Vertrauen**
Der Einsatz von V-Leuten steht im Zusammenhang mit rechtem Terror wieder in der Kritik. Es ist höchste Zeit für Konsequenzen.

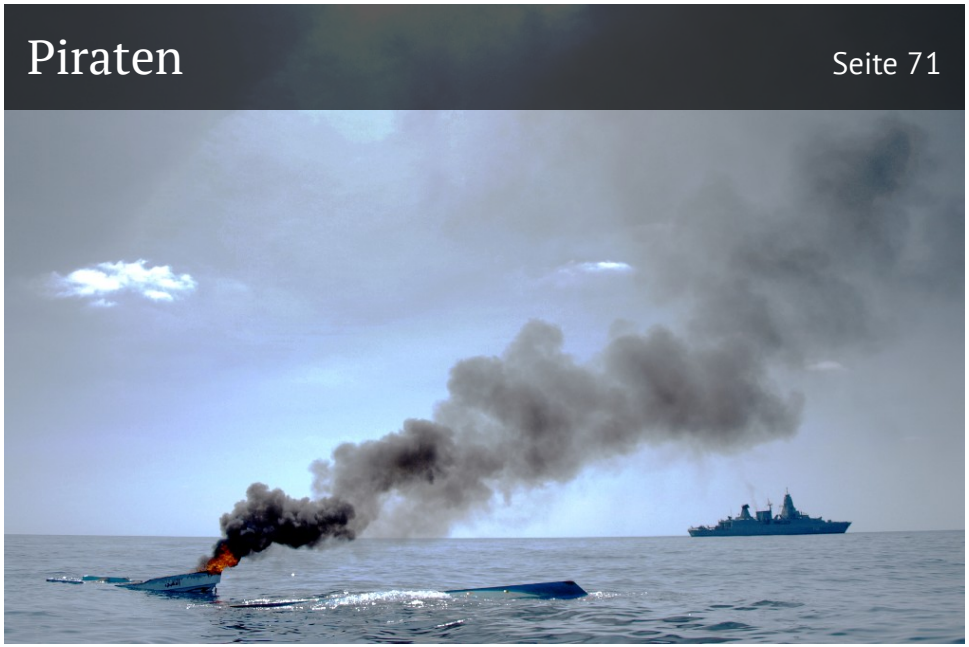
87 LITERATUR / ISRAELS WEHRDIENST: **Der Nimbus verblasst**
David Ranan lotet die Motivation junger Rekruten der IDF aus.

2 EDITORIAL

3 INHALT

30 WELTADLAS

89 IMPRESSUM UND AUSBLICK



BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den ADLAS nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal *klicken*** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.
Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren: Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.
Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen ◄◄◄◄ oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

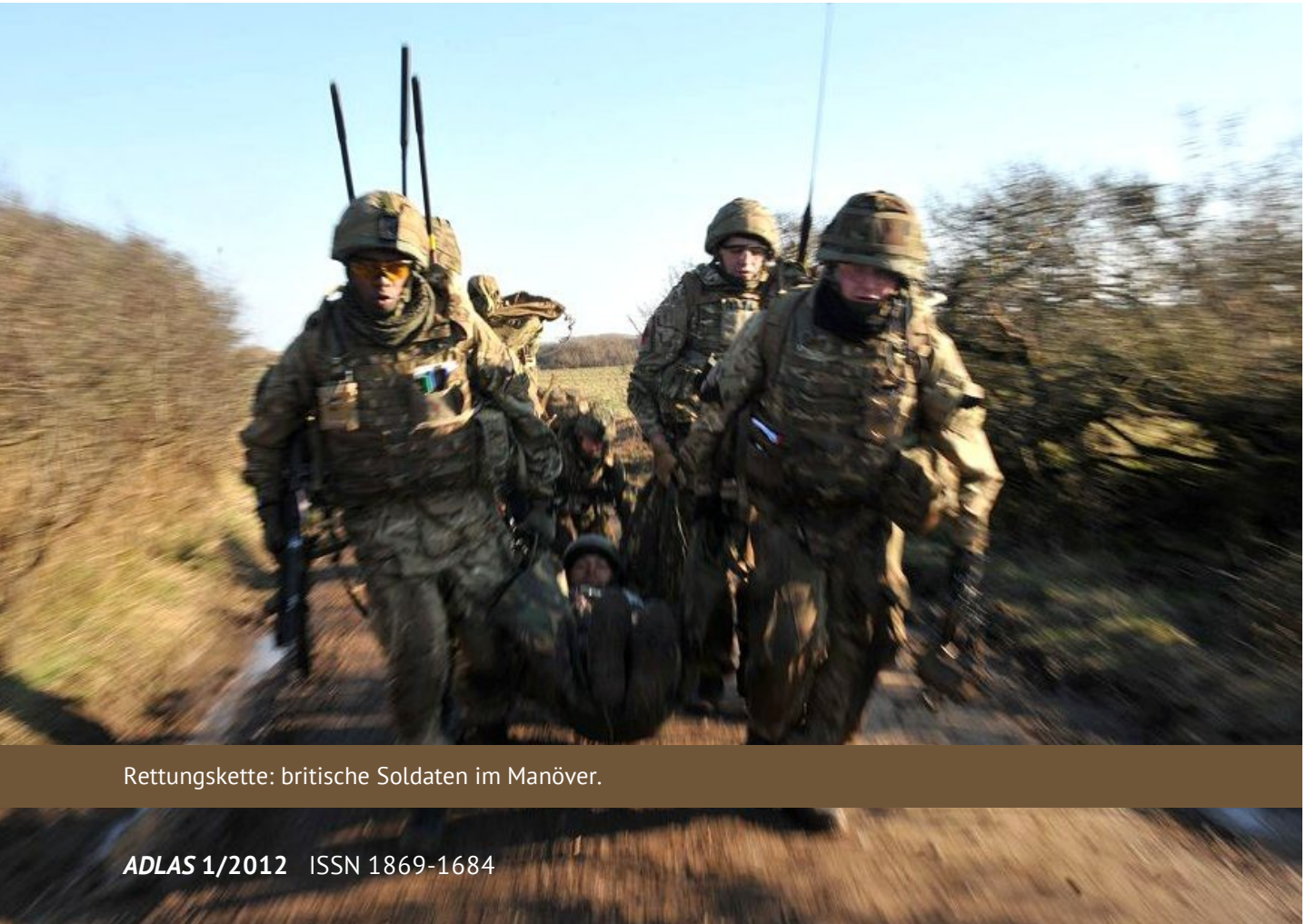
Eine medizinische Perspektive auf das Schlachtfeld und die »Heimatfront«: Der *ADLAS*-Schwerpunkt richtet seinen Blick auf ein Thema, das alle angeht: **unser körperliches und seelisches Wohlergehen.**

Übungs-OP: Die UK Joint Force Medical Group bereitet sich mit Alliierten auf den Einsatz in Afghanistan vor.

Foto: Crown Copyright/ Stuart Hill

Kampf um Sekunden

von Stefan Dölling



Rettungskette: britische Soldaten im Manöver.

Foto: Crown Copyright / Paul Morrison

Die lebensrettende »goldene Stunde« wurde lange als Mantra der medizinischen Erstversorgung gehandelt. Seit den Kriegen in Afghanistan und im Irak lösten die »zehn Platin-Minuten« sie ab. Denn durch die Erfahrungen aus diesen Missionen hat sich die Behandlung Verwundeter – auch in der Bundeswehr – radikal verändert. Es sterben so wenig Soldaten wie noch nie an ihren im Einsatz erlittenen Verletzungen.

>> Januar 2012, halb vier nachmittags, Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in der Letzlinger Heide. Ein verstärkter Panzergrenadierzug fährt im Rahmen seiner letzten Übungsvorbereitung für den Einsatz in Afghanistan eine simulierte Patrouille. Plötzlich ein Knall. Der letzte »Marder« der Marschkolonne bleibt getroffen liegen, unter den Soldaten im Fahrzeug sind Verwundete zu beklagen. Während die Fahrzeugbesatzung den Angreifern mit Rauchgranaten die Sicht nimmt und mit den Bordwaffen das Feuer erwidert, verlässt die Grenadiergruppe den getroffenen Schützenpanzer und beginnt im Schutz >>

des nahen Straßengrabens unmittelbar mit der medizinischen Erstversorgung der verletzten Kameraden. Hier kommt das Wissen zum Einsatz, das die Soldaten im Zuge ihrer Ausbildung zum »Einsatz-Ersthelfer Alpha« erworben haben. Sie legen so genannte Tourniquets an verletzte Gliedmaßen an, um starke Blutungen zu stoppen. Die Verwundeten werden notdürftig stabilisiert.

Äquivalent zum zivilen Notarztwagen – zu den Verletzten aufgeschlossen. Er übernimmt umgehend die Versorgung von den Ersthelfern Alpha und Bravo. Nach knapp 20 Minuten ist die Übung vorbei. Wäre die Situation real, befänden sich die Verletzten im Hubschrauber auf dem Weg ins Lazarett – gestorben wäre dank der funktionierenden Rettungskette wohl niemand.

Trotz gesunkener Gefallenenzahlen bleibt der Preis der Sicherheit hoch.

Während der Rest der Patrouille umgehend an die Sicherung der Umgebung geht, eilt aus einem zweiten »Marder« ein weiterer Grenadier zu den verletzten Kameraden. Als so genannter »Einsatz-Ersthelfer Bravo« verfügt er über eine weiterführende medizinische Befähigung und kann im Notfall verschiedene invasive Maßnahmen durchführen, die früher ausschließlich Notärzten vorbehalten waren. Unterdessen hat der Zugführer per Funk den so genannten 9-Liner, ein Wer-Wie-Wann-Wo für die Hubschrauberevakuierung in medizinischen Notfällen, abgesetzt, und lässt eine Landezone für den bereits herbeieilenden MedEvac-Helikopter markieren. Im Einsatzland würde dieser in der Regel binnen 20 Minuten am Ort des Gefechts zur Bergung der Verwundeten eintreffen.

Derweil hat der dem Zug zugehörige »bewegliche Arzttrupp« – sozusagen das militärische

Was hier lediglich simuliert wurde, gehört in Afghanistan seit Jahren zur Einsatzrealität westlicher Streitkräfte. Allein dieser Übungsanteil zeigt, welche Wichtigkeit der umgehenden und umfassenden Versorgung Verwundeter in der Bundeswehr in Einsatzvorbereitung und Einsatz heute eingeräumt wird. Er illustriert aber auch, welche großen Fortschritte bei der Versorgung von Verwundeten auf dem Schlachtfeld – nicht nur beim deutschen Militär – in den letzten zehn Jahren erreicht wurden.

Lange war die »golden hour« – die »goldene Stunde« – das Mantra der sanitätsdienstlichen Versorgung Verwundeter. Das Konzept wurde maßgeblich vom amerikanischen Mediziner R Adams Cowley verbreitet und bildet seither weltweit eine wichtige Grundlage des zivilen sowie des militärischen Rettungsdienstes. Das Konzept basiert unter anderem auf den Erkenntnissen französischer Militärärzte im Ersten Weltkrieg. Diese hatten in einer Studie aus dem Jahr 1918 festgestellt, dass Verwundete, die binnen einer Stunde nach Eintritt der Verletzung ein Lazarett erreichten, zu etwa 90 Prozent auf ein Überleben hoffen konnten. Verzögerte sich der Beginn der medizinischen Versorgung, sank die Überlebenschance der Soldaten drastisch – nach zehn Stunden lag sie nur noch bei etwa 25 Prozent.

Folgerichtig wurde in westlichen Armeen in den vergangenen Jahrzehnten viel Zeit und Geld darin investiert, diese »goldene Stunde« bestmöglich zu nutzen und Verwundete zeitnah in die Obhut medizinischer Versorgungseinrichtungen zu übergeben. Der Hubschrauber sah im Koreakrieg seinen ersten Einsatz bei der schnellen

Abschnürender Lebensretter: ein Tourniquet.

Foto: INDNAM / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported

>>

Evakuierung Verwundeter vom Schlachtfeld und ist mittlerweile aus der militärischen (und zivilen) Rettungskette nicht mehr wegzudenken. Chirurgen rückten im Laufe der Zeit immer näher an die Kampfzone heran und konnten beispielsweise in den mobilen »Military Field Surgical Teams« der US-Armee während der Operation »Desert Storm« 1991 bereits unmittelbar hinter der Kampfzone lebensrettende Operationen durchführen, die sonst nur in Krankenhäusern weit ab von der Front möglich gewesen wären. Darüber hinaus erreichen schwer verwundete Soldaten Krankenhäuser und damit spezialisierte Hilfe in der Heimat heute deutlich schneller. Dauerte der Weg dorthin für US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg auf Lazarettschiffen gern einmal mehrere Wochen, verkürzte sich dieser Zeitraum, unter anderem dank speziell ausgerüsteter MedEvac-Flugzeuge, für die GIs auf derzeit – durchschnittlich – vier Tage.

Es ist aber ausgerechnet die immer stärkere Fokussierung weg von der »goldenen Stunde« und hin zu den »platinum ten« – den »zehn Platin-Minuten« –, welche in den letzten Jahren dazu geführt hat, dass das Risiko für die in Afghanistan und dem Irak eingesetzten US-Soldaten, an erlittenen Verwundungen zu sterben, mittlerweile bei deutlich unter 10 Prozent liegt. Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg waren es noch etwa 30 und in Vietnam rund 24 Prozent.

Die verstärkte Konzentration auf diese ersten zehn Minuten nach dem Eintritt einer Verwundung resultiert dabei maßgeblich aus einer Umstrukturierung der sanitätsdienstlichen Versorgung der amerikanischen Spezialkräfte, die in den 1990er Jahren im Nachgang der UN-Operationen in Somalia vorgenommen wurde. Das US-Militär hatte hier festgestellt, dass beim Einsatz von Spezialkräften, die zumeist weit abseits der etablierten militärischen Rettungsketten agieren, zwischen Verwundung und medizinischer Versorgung oft deutlich mehr Zeit als die »goldene Stunde« lag, und Soldaten daher an starkem Blutverlust und anderen Folgen ihrer Verwundung häufig Tode starben, die eigentlich vermeidbar gewesen wären.

Foto: Bundeswehr / PIZ Heer / Volker Jung

Kameradenhilfe: KSK-Soldaten üben die Anwendung der »Tactical Combat Casualty Care«.

Aus dieser Erkenntnis sollte sich in der Folgezeit das entwickeln, was mittlerweile unter der Bezeichnung »Tactical Combat Casualty Care« (TCCC beziehungsweise TC³) in die Ausbildung fast aller westlichen Spezialkräfte eingegangen ist. Der Grundgedanke besteht darin, die eingesetzten Soldaten durch eine deutlich erweiterte Sanitätsausbildung in die Lage zu versetzen, bei Abwesenheit von »richtigen« Notärzten die zeitliche Lücke bis zum Greifen der etablierten Rettungskette zu überbrücken und somit unnöti- >>

ge Todesfälle, insbesondere durch Verbluten, Kreislaufzusammenbruch oder etwa kollabierte Lungenflügel, zu vermeiden. Eine Besonderheit des in drei Phasen gegliederten TC³ ist, dass die erste Phase der Versorgung noch während eines laufenden Gefechts stattfindet – wobei sowohl Helfer als auch, je nach Verletzung, der Verwundete selbst während seiner Versorgung möglichst weiter am Feuerkampf teilnehmen sollen. Entsprechend geschultes Personal der Spezialkräfte ist daher heute in der Lage, so invasive Prozeduren wie Thoraxdrainagen durchzuführen, Atemwege freizumachen, Zugänge zu legen und Medikamente zu verabreichen, für die normalerweise nur Notärzte zuständig zeichnen.

Da sich das Konzept als überaus erfolgreich erwiesen hat, sind die Grundlagen des TC³ mittlerweile über den Kreis der Spezialkräfte hinaus fast überall in die allgemeine Sanitätsausbildung westlicher Armeen integriert worden. So erlebte beispielsweise die medizinische Praxis, starke Blutungen abzubinden, während Einsätzen in Afghanistan und dem Irak bei der Anwendung von TC³ eine unerwartete Renaissance mit Breitenwirkung. Wurde zuvor in der Sanitätsausbildung fast aller westlichen Armeen großer Wert darauf gelegt, dass das Abbinden stark blutender Gliedmaßen wegen erhöhter Amputationsgefahr nur als letztes Mittel anzuwenden sei, befinden sich mittlerweile mindestens ein, üblicherweise aber gleich mehrere so genannte »Tourniquets« in der persönlichen Sanitätsausstattung eingesetzter Soldaten – auch bei der Bundeswehr.

Die Anwendung dieser modernen, mit nur einer Hand bedienbaren Lebensretter – die kaum noch etwas mit den in alten Handbüchern beschriebenen Provisorien aus Verbandspaketen und kleinen Stöcken zu tun haben – lernt mittlerweile jeder deutsche Soldat bei der Ausbildung zum »Einsatz-Ersthelfer-Alpha«. Dieser ist seit 2010 Teil des neuen und maßgeblich aus den Erfahrungen in Afghanistan geborenen Sanitätskonzepts der Bundeswehr und löst den alten, als einsatzfern kritisierten, »Helfer im Sanitätsdienst« ab.

Die nächste Stufe, eine Ausbildung zum »Einsatz-Ersthelfer-Bravo« erhalten hingegen nur ausgewählte Soldaten, die dann im Notfall und bei Abwesenheit oder Überforderung der »richtigen« Sanitäter – beispielsweise bei einem Massenanfall Verwundeter nach einem Sprengstoffanschlag – wie oben beschrieben kollabierte Lungenflügel wieder herstellen oder mit Infusionen kreislaufstabilisierende Maßnahmen an den Verwundeten durchführen können. Die Truppe hat dieses veränderte Konzept dem Vernehmen nach bislang überwiegend positiv aufgenommen.

Eingesetzte Soldaten können also heute mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit als in vergangenen Konflikten darauf hoffen, dank der optimierten sanitätsdienstlichen Versorgung selbst schwerste Verwundungen im Einsatz zu überleben. Kombiniert mit der immer ausgefeilteren persönlichen Schutzausstattung der Soldaten – Schutzweste, Helm, Schutzbrille – führt dies gemessen an der Intensität der Einsätze zu einer im historischen Vergleich ungemein niedrigen Zahl an Gefallenen.

Das ist zwar für die eingesetzten Soldaten erfreulich, darf aber keineswegs den Blick darauf verstellen, dass der Preis der Sicherheit trotz sinkender Todesraten weiterhin ungemein hoch bleibt. Wenn Soldaten heute Verletzungen überleben, die früher fast sicher zu ihrem Tod geführt hätten, geschieht dies oft nur zum Preis einer zum Teil lebenslangen gesundheitlichen Beeinträchtigung.

Und auch wenn sich trotz des verstärkten Gebrauchs von Tourniquets die Zahl der Fälle, in denen Amputationen vorgenommen werden mussten – beispielsweise gegenüber dem Vietnamkrieg – nicht signifikant erhöht haben, ist aufgrund der Schwere der überlebten Verletzungen die Zahl der Fälle mit multiplen Amputationen rasant angestiegen. Die überwiegende Konzentration der medialen Berichterstattung auf die Fälle, in denen Soldaten im Einsatz fallen – während es Verwundete oft kaum in die öffentliche Wahrnehmung schaffen – und Verluststatistiken, die in der Regel keine Aussage über die schwere von Verletzungen geben, können leicht über den schrecklichen Preis hinwegtäuschen, den einige

Es wird höchste Zeit, sich auch den »steinigen Jahren« zu widmen.

junge Männer und Frauen fern der Heimat für unsere Sicherheit zahlen. Dessen sollten wir uns bewusst werden. Denn die langfristige Fürsorge für diese Menschen funktioniert derzeit noch lange nicht so gut wie die sanitätsdienstliche Versorgung in den »zehn Platin-Minuten« und der »Goldenen Stunde«. Es wird daher höchste Zeit, sich auch intensiver den »steinigen Jahren« nach der Verwundung zu widmen. ◄◄◄◄

Quellen und Links:

Online-Bericht zur Arbeit der »Fachschule Rettungsdienst« der Bundeswehr vom August 2010.

Bericht der *Wehrmedizin und Wehrpharmazie* vom März 2010.zur Ersthilfe im Einsatz in Kunduz

Online-Bericht der Bundeswehr vom Februar 2010 zur neuen Sanitäts-Ausstattung

Video des Youtube-Kanals der Bundeswehr aus dem Jahr 2010 zu Einsatz-Ersthelfern

CSIS-Präsentation »US Casualties: The Trends in Iraq and Afghanistan« vom August 2008.

John S. Holcomb u.a.: »Understanding Combat Casualty Care Statistics«, im *Journal of TRAUMA, Injury, Infection and Critical Care*, Ausgabe 2/2006.

ANZEIGE

Der **Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.**
bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen **»Strategic Community«** eingebunden werden! Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- die Arbeit des **Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen**
- und vor allem die **Schriftenreihe »Wissenschaft & Sicherheit«**, erscheinend im Berliner Wissenschafts-Verlag.

Engagieren auch Sie sich für die Sicherheitspolitik von Morgen! Im FSH.

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

- Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
  z.H. Richard Goebelt ● Rottweiler Straße 11 A ● 12247 Berlin
- und natürlich unsere Webpräsenz unter **www.sicherheitspolitik.de**.

Deutschland Land der Ideen
Ausgewählter Ort 2008

Eine Frage des Anstands

von Michael Seibold

Die Gefallenenzahlen der ISAF sind Gradmesser für die Intensität des Einsatzes in Afghanistan. Den Verwundeten wird hingegen immer noch viel »freundliches Desinteresse« zuteil. Seit Ende 2010 zeichnet die Bundeswehr verwundete Soldaten mit der »Einsatzmedaille Gefecht« aus – allerdings nur körperlich verletzte. Die US Army geht mit dem »Purple Heart« wesentlich weiter und verleiht es auch an ausgewählte PTBS-Betroffene.

>> Knapp vierzig Tonnen wiegt ein Marder. Der vierzig Jahre alte Schützenpanzer gilt als das am besten geschützte Fahrzeug der deutschen Soldaten in Afghanistan. Die halbe Tonne Sprengstoff, die einen Marder am 2. Juni 2011 trotzdem zerstörte, wirbelte das Fahrzeug herum wie ein Spielzeug, zerfetzte es. Ergebnis: ein Gefallener, fünf Verwundete.

Absoluten Schutz gibt es nicht, das zeigen die Gefallenenstatistiken der ISAF-Truppen am deutlichsten. Und dennoch – und trotz aller Mängel, die der Wehrbeauftragte im Januar 2012 wieder feststellte: In wohl keinem Krieg waren Soldaten so gut ge- und beschützt wie im Einsatz am Hindukusch. Schutzwesten, immer stärker gepanzerte Fahrzeuge, aber auch höchst effiziente Verwundetenversorgung – innerhalb von sechzig Minuten, so die Vorgabe der Nato, nehmen die Lazaretts Verwundete auf und versorgen sie – retten den beschossenen oder angesprengten Soldaten das Leben.

Insgesamt sank durch die verbesserten Schutz- und Rettungsmaßnahmen das Verhältnis der Gefallenen zu Verwundeten auf weniger als eins zu sieben – im Vietnamkrieg lag es noch bei eins zu drei. Längst vorbei die Zeiten, in denen Soldaten das Lazarett mehr fürchten mussten als das Schlachtfeld, in denen Seuchen und Infektionen mehr Opfer forderten als der Feind.

Dass verhältnismäßig Wenige fallen und dass Viele gerettet werden können, ist eine gute Entwicklung, keine Frage, denn jeder Tote bedeutet unendlichen Schmerz für die Angehörigen und Hinterbliebenen. Diese Entwicklung hat aber auch eine Schattenseite, denn die Gefallenzahlen bleiben gering und täuschen einen Konflikt vor, der weniger blutig scheint als er ist.

Vor körperlicher oder gar seelischer Verwundung schützen können diese Maßnahmen nicht so effektiv. Die Gliedmaßen und vor allem die >>

Beine der Soldaten sind nach wie vor exponiert und besonders gefährdet: 79 Amputationen mussten britische Ärzte 2010 bei insgesamt 508 Verwundeten vornehmen. Öffentlichkeit und Medien der ISAF-Teilnehmer schauen aber wie hypnotisiert auf die Gesamtzahl der Gefallenen, den Verwundeten bleibt da nur wenig Aufmerksamkeit. Die militärische wie politische Führung auch in Deutschland wiederum scheint auch kein besonderes Interesse daran zu haben, die Öffentlichkeit mit regelmäßigen Verwundetenzahlen zu konfrontieren. Noch größer würde wohl die Ablehnung des Einsatzes, denn Verwundungen sind eine dauerhafte Erinnerung an den Krieg, im Gegensatz zu den einmaligen, straff organisierbaren Trauerveranstaltungen.

Diese Trennung zwischen Gefallenen und Verwundeten lässt sich bis in die Sprache von Medienberichten zurückverfolgen. Die Bezeichnung »gefallen« statt gestorben oder getötet hat sich in der Berliner Republik mittlerweile durchgesetzt und trägt der Tatsache Rechnung, dass in Afghanistan Krieg herrscht. Das passende Gegenstück »verwundet« findet sich dagegen weitaus seltener in Presseberichten. Stattdessen werden Soldaten »verletzt« – als ob sie einen Sportunfall gehabt hätten und nicht von Aufständischen beschossen oder angesprengt worden wären.

»Angesichts der traurigen Tatsache, dass regelmäßig Soldaten der Bundeswehr im Einsatz verwundet werden«, forderte die Bundestagsabgeordnete Elke Hoff im April 2010, endlich ein Verwundetenabzeichen ähnlich dem amerikanischen »Purple Heart« zu stiften. Viel Gehör fand sie damit nicht in der Öffentlichkeit – nach einer Kurzmitteilung in den Medien war das Thema schnell wieder vergessen. Und auch die Politik konnte sie nicht überzeugen. Die Verleihung einer Einsatzmedaille setze eine Leistung des gewürdigten Soldaten voraus, reagierten Verteidigungsministerium und Präsidialamt ablehnend auf Hoffs Vorstoß. Das aber sei im Falle des Verwundetenabzeichens nicht gegeben. Keine Leistung, keine Würdigung. Das erbrachte Opfer schien nicht auszureichen. »Völlig daneben« findet Hoff diese Begründung noch heute: »Hinter jeder in einem solchen Einsatz erlittenen Verwundung steht für mich eine herausragende Leistung.« (siehe auch Interview auf Seite 15)

Im November 2010 schuf das Verteidigungsministerium dann doch eine Medaille, die auch Verwundeten verliehen werden konnte: die »Einsatzmedaille der Bundeswehr Gefecht«. Die Gefechtsmedaille soll die »Kämpfer« von anderen Soldaten unterscheiden und die Gefahren würdigen, denen diejenigen ausgesetzt sind, die außerhalb der verhältnismäßig sicheren Lager dienen. Ausgezeichnet wird, wer mindestens einmal aktiv an Gefechtshandlungen teilgenommen hat oder »unter hoher persönlicher Gefährdung terroristische oder militärische Gewalt erlitten hat«. Damit sei die Gefechtsmedaille weiter gefasst als das amerikanische Verwundetenabzeichen, so die Bundeswehr. Kein Wunder, in den USA soll das Purple Heart ausschließlich das von den Soldaten erbrachte Opfer würdigen. Für Leistungen im Gefecht gibt es andere Medaillen, etwa das »Combat Infantryman Badge«.

Dennoch: Die Einsatzmedaille ist ein echter Fortschritt, auch die Verwundeten aus den Einsätzen der Bundeswehr zu würdigen. Die Problematik Verwundetenabzeichen endet aber mit der Schaffung der Gefechtsmedaille noch nicht, denn viele Soldaten kommen zwar körperlich heil, aber seelisch verwundet zurück aus dem Einsatz – unter post-traumatischen Belastungsstörungen (PTBS, siehe auch Beitrag auf Seite 17) leidende Heimkehrer sind ebenso Opfer.

Unter PTBS Leidende sind ebenso Opfer

Mit Abstand die meisten Soldaten setzen die USA in Afghanistan ein – und haben ebenso die deutlich meisten Verluste zu beklagen. Dass 2008 das Thema PTBS und Verwundetenabzeichen zuerst in den Vereinigten Staaten auf den Tisch kam, ist daher nicht überraschend. Zu denjenigen, die das Purple Heart für PTBS-Betroffene forderte, gehörte John E. Fortunato, Leiter des »Fort Bliss Restoration and Resilience Center« in Texas. »Diese Jungs haben einen Preis gezahlt, der genauso hoch ist wie ein Gehirntrauma oder eine Splitterwunde«, so Fortunato gegenüber der US-Armeezeitung *Stars and Stripes*.

Auf der anderen Seite der Debatte standen diejenigen, die auf die Tradition der Medaille verwiesen, darunter John Bircher, Sprecher des »Order of the Purple Heart«. Für ihn war und ist Blutvergießen das entscheidende Kriterium für das Verleihen der Auszeichnung. »Herabgesetzt« >>

würde die Medaille, würde sie auch für PTBS verliehen werden. Ende 2008 lehnte das Pentagon die Verleihung des Purple Heart an PTBS-Betroffene zunächst ab, wenn auch insgesamt aus weniger »blutrünstigen« Gründen und nach erstaunlicher langer und intensiver Entscheidungsfindung. Zwar verwiesen Vertreter des Pentagons ebenfalls auf die historische, 76 Jahre bestehende Anforderung, das Purple Heart könne nur für physische Wunden verliehen werden. Sie lehnten damit eine mögliche Verleihung an seelisch verwundete Soldaten aber keineswegs vollkommen ab. Der entscheidende Grund besteht für sie im Problem, PTBS-Verwundungen eindeutig Kampfhandlungen zuzuordnen. Einen eindeutigen Beweis zu erbringen, so eindeutig wie der Granatsplitter in der Wunde des Soldaten, das könne die Hirnmedizin heute schlicht noch nicht.

Länger leben dank Verwundetenmedaille?

Die Frage der Verleihung war also schon vor drei Jahren für das Pentagon keine mehr zwischen Blutvergießen und »bloßen« seelischen Schäden. Es war eine Frage des Beweises, um sicherzustellen, dass nur jene die Medaille erhalten, die durch feindliches Handeln zu Schaden gekommen waren. Insgesamt fand diese Entscheidung Zustimmung: Die *New York Times* etwa bezeichnete sie als »vernünftig und wohlüberlegt«. Die Entscheidung, PTBS insgesamt zur Verleihungsgrundlage des Purple Heart zu machen, hätte die Auszeichnung zwar nicht entwertet, aber ihren Charakter geändert, »vielleicht in unbeabsichtiger und unwillkommener Weise«, kommentierte die Redaktion der Times. Es sei aber überhaupt schon ein Fortschritt, dass Militärs mittlerweile beide Begriffe, PTBS und Purple Heart, in einem Atemzug gebrauchten.

Im Sommer 2011 fand das Pentagon dann doch eine Möglichkeit, auch diejenigen mit dem Purple Heart zu würdigen, die aus Gefechten eine seelische Verwundung davongetragen haben: Soldaten, bei denen die Truppenärzte nach Kämpfen – vor allem durch Sprengfallen – bestimmte Gehirntraumata feststellen, und die später an PTBS erkranken, sind jetzt berechtigt für die Verleihung der Medaille. Damit verlässt sich die US-Armee nicht auf einen hundertprozentigen medizinischen Beweis, sondern auf Plausibilität, um all diejenigen zu würdigen, die im Kampf Opfer gebracht haben. Alle also, die »terroristische oder militärische Gewalt erlitten« haben, um es wie das deutsche Verteidigungsministerium auszudrücken.

Soweit scheint Deutschland noch nicht zu sein. Der Einwand ist richtig und wichtig, dringlicher sei die medizinische Versorgung der PTBS-Betroffenen, das unkomplizierte, unbürokratische Anerkennen der Wehrdienstbeschädigung. Militärische Auszeichnungen sind aber – Napoleons Bemerkung zum Trotz – nicht nur »buntes Band«, für das viele ihr Leben verschenkten: Eine Studie der amerikanischen Veteranenbehörde fand vergangenes Jahr heraus, dass Soldaten, die mit dem Purple Heart ausgezeichnet wurden, länger und gesünder leben als jene, die nicht ausgezeichnet werden. Das erscheint zunächst wenig intuitiv, denn schließlich werden nur Versehrte ausgezeichnet, deren Verwundungen – es läge zumindest nahe – sich negativ auf die Lebenserwartung auswirken könnten. Tatsächlich scheint aber der positive Effekt des Geehrtwerdens die physischen Beeinträchtigungen zu überwiegen.

Medaillen sind für die Bundeswehr »eine bedeutsame Geste mit hohem Symbolcharakter, als sichtbares Zeichen des Dankes und der Anerkennung«. Noch liegen für Deutschland keine entsprechenden Daten vor, es liegt aber nahe, dass dieser Dank auch hilft, die psychischen Wunden der Veteranen der Bundeswehr heilen zu lassen.

Es ist eine Frage des Anstands, diejenigen zu würdigen, die Opfer bringen. Das sind – zumindest in den USA – sowohl die körperlich als auch die seelisch Verwundeten. Wenn dieses Symbol dazu noch reale positive Effekte nach sich zieht: umso besser. ◄◄◄◄

Quellen und Links:

Meldung des US Department of Veteran Affairs vom 29. September 2011 zur Studie über Purple Heart und PTBS

Editorial der *New York Times* vom 11. Januar 2009

Bericht der *Stars and Stripes* vom 4. Mai 2008

»Mein Vorschlag war vielleicht doch hilfreich«

Foto: Herbert Piel

Interview: Michael Seibold

Die liberale Parlamentarierin und Verteidigungsexpertin Elke Hoff findet verspätete Befriedigung in der Stiftung der Gefechtsmedaille der Bundeswehr, die auch an Verwundete aus Gefechten und Anschlägen verliehen wird.

ADLAS: *Frau Hoff, was war für Sie im vorvergangenen Jahr die Motivation, ein Abzeichen für Verwundete vorzuschlagen?*
Elke Hoff: Ich habe mich im April 2010 für die Einführung eines Verwundetenabzeichens ausgesprochen, weil es zum damaligen Zeitpunkt keine sichtbare Anerkennung unserer Soldatinnen und Soldaten für deren im Einsatz erlebte Härten und Entbehrungen gab. Obwohl mit der Einsatzmedaille der Bundeswehr die Teilnahme an einem Auslandseinsatz gewürdigt wurde, gab es nichts Vergleichbares für die besondere Betroffenheit unserer verwundeten Soldaten. Mit meinem Vorschlag wollte ich die Debatte anstoßen in der Hoffnung, dass gerade unseren verwundeten Soldaten die notwendige Anerkennung und Dankbarkeit entgegen gebracht wird. Auch andere Kollegen waren dieser Meinung. Mit Blick auf die zu einem späteren Zeitpunkt gestiftete Gefechtsmedaille war mein Vorschlag Anfang 2010 vielleicht doch hilfreich und hat etwas in Bewegung gebracht.

Der Vorstoß hat damals nur für nur kurze Zeit Aufmerksamkeit genossen. Wie erklären Sie sich das schwache Echo in Medien und Öffentlichkeit?
Das schwache Medienecho war vielleicht ein weiterer Ausdruck eines »freundlichen Desinteresses« am Afghanistan-Einsatz. Meist entsteht ein Interesse bei den Medien nur dann, wenn sich etwas Schlimmes ereignet hat oder Dinge skandalisiert werden können. Diese Haltung finde ich sehr schade, und dies ist auch ein häufiger Kritikpunkt unserer Soldaten im Einsatz. Sie haben zum Teil auch berechtigt den Eindruck, dass ihr Einsatz von Leben und Gesundheit in der Öffentlichkeit nicht ausreichend gewürdigt wird und fühlen sich dadurch häufig alleine gelassen.

Das Verteidigungsministerium hat ein Verwundetenabzeichen unter anderem mit der Begründung abgelehnt, ein Soldat, der verwundet wird, leiste dazu nichts. Wie beurteilen Sie diese Aussage?
Diese Begründung finde ich völlig daneben. Für >>

»Unsere Soldaten im Einsatz haben den Eindruck, dass ihr Einsatz von Leben und Gesundheit nicht ausreichend gewürdigt wird.«

mich ist eine körperliche Verwundung Ergebnis der Teilnahme an einer Kampfhandlung, auch wenn dies durch einen Anschlag geschieht. Es müsste auch im Ministerium klar gewesen sein, dass sich unsere Soldaten in Afghanistan in einem asymmetrischen Kriegseinsatz befinden, in dem Hinterhalte und Sprengfallen zu den täglichen Mitteln der Kriegsführung des Gegners gehören. Dem müssen sich viele Soldaten jeden Tag aufs Neue aussetzen, ihre Angst überwinden, die Kameraden schützen oder die afghanische Armee unter dieser ständigen Bedrohung ausbilden. Hinter jeder in einem solchen Einsatz erlittenen Verwundung steht für mich eine herausragende Leistung.

Seit November 2010 gibt es neben dem »Ehrenkreuz für Tapferkeit« auch die »Einsatzmedaille der Bundeswehr Gefecht«. Ersetzt die Gefechtsmedaille ein Verwundetenabzeichen wie das amerikanische Purple Heart, so wie es die Bundeswehr impliziert? Sollte eine Verwundung dennoch nicht getrennt gewürdigt werden?

Ich begrüße die Stiftung der Einsatzmedaille Gefecht. Ich finde, dass sie die mit meiner ursprünglichen Forderung verbundenen Ziele erfüllt. Soldaten, die im Gefecht oder im Rahmen eines Anschlages verwundet werden, erhalten die Gefechtsmedaille ebenso wie die Soldaten, die unter Einsatz ihres Lebens in Kampfhandlungen ihren Auftrag erfüllt haben und zum Glück nicht verwundet wurden. Die Einführung eines weiteren Abzeichens halte ich daher für nicht mehr zwingend notwendig. ◂◂◂◂

ELKE HOFF

Jahrgang 1957, ist für die FDP Rheinland-Pfalz seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags. Sie ist Mitglied im Verteidigungsausschuss und seit 2009 sicherheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

NOTIZ

Doppelte Angst

Die US-Militärmedizin ergründet die Zusammenhänge zwischen Hirnverletzungen und posttraumatischen Belastungsstörungen. Ermöglicht das neue Therapien?

Foto: US Central Command

Immer mehr Soldaten wurden in den letzten Jahren mit einsatzbedingten psychischen Störungen diagnostiziert – 2011 allein 922 Fälle in der Bundeswehr. In den USA, die das Phänomen besonders aus dem Vietnamkrieg kennen, wird schon seit Jahren verstärkt hierzu geforscht, trotzdem gestalten sich Therapien immer noch schwierig. Unabhängig davon registrierten US-Militärmediziner im Irak-Krieg und im Afghanistan-Einsatz einen starken Anstieg schwerer Hirntraumata. Die Ursache wird vor allem in den immer stärkeren Explosionen von IEDs vermutet, die bei den von der Schockwelle Getroffenen das Gehirn innerhalb der Schädelhöhle stark erschüttern. Gehirnerschütterungen und Bewusstseinsverlust sind die häufigsten Folgen.

Amerikanische Forscher, unter anderen eine Gruppe der University of California unter Maxine Reger, haben nun entdeckt, dass zwischen PTBS und Hirnverletzungen mehr Verbindungen bestehen, als bislang vermutet. Von physischen Schädeltraumata ist häufig der Bereich des menschlichen Gehirns betroffen, in dem Angst entsteht – der Mandelkern. Er bildet nach einer starken Erschütterung anscheinend mehr Rezeptoren für Neurotransmitter aus. Wenn die oder der Betreffende danach einem Angst einflößenden Erlebnis ausgesetzt ist, wird dieses umso stärker wahrgenommen. Grob umrissen bedeutet das: Wer schon kurz- oder mittelfristig eine Hirnverletzung davongetragen hat, ist anfälliger dafür, eine PTBS zu entwickeln. Auch das Zusammenspiel von Mandelkern und präfrontalem Cortex wird beeinflusst. Letzterer unterdrückt normalerweise unangemessene Angstimpulse.

Es scheint nun möglich, Fälle von PTBS pharmakologisch zu behandeln: »›Propanalol‹ verspricht, der Entwicklung von PTBS die Spitze zu nehmen«, meint Steve Hymen von der Harvard Medical School zu einem Betablocker, der normalerweise bei Angstzuständen verschrieben wird. »Aber gewiss müssen wir noch bessere Medikamente und Eingriffsmethoden finden.« **mmo**

Quellen und Links:

Bericht des sicherheitspolitischen Blogs *Danger Room* vom 22. Februar 2012

Hintergrundbericht der »Dana Foundation« vom Februar 2008

»Hauptsache ist, dass die Betroffenen sich melden«

Foto: Bundeswehrkrankenhaus Berlin

Interview: Marcus Mohr

Im Mai 2010 wurde das dezidierte »Psychotraumazentrum« der Bundeswehr am Bundeswehrkrankenhaus Berlin eingerichtet. Es behandelt die Soldatinnen und Soldaten, die mit posttraumatischen Belastungsstörungen aus dem Auslandseinsatz, vor allem aus Afghanistan, zurückgekehrt sind. Es ist aber nicht dessen einzige Aufgabe. Der Leiter des Zentrums, Oberstarzt Peter Zimmermann, erklärt, was seine Arbeit und die seiner Kollegen derzeit beinhaltet – und was die Öffentlichkeit zur Therapie für die Betroffenen beitragen kann.

ADLAS: 2011 hat die Bundeswehr 922 behandelte Fälle von einsatzbedingten psychischen Störungen bei ihren Soldaten gezählt. Die Verarbeitung von seelisch belastenden und verstörenden Erfahrungen ist aber nur eine Seite militärischer Psychologie. Auf welche Weise ist das Psychotraumazentrum aber zunächst an der Einsatzvorbereitung der Bundeswehr beteiligt?

Peter Zimmermann: Indem wir neue Verfahren der Prävention erproben und wissenschaftlich auswerten. Mit dem präventiven »CHARLY«-Programm, einem interaktiven Lernprogramm namens »Chaos Driven Situations Management Retrieval Systems«, bereiten wir potentiell besonders exponierte Soldatinnen und Soldaten auf ihren Einsatz vor: Sanitäter und Kampfmittelbeseitiger etwa. Allerdings gibt es noch keine Version für Kampftruppen. Die Rotationszeiten der Kontingente gewähren dabei genügend Spielraum für die psychologische Prävention. Einheiten, deren Einsatz beispielsweise für Anfang 2013 vorgesehen ist, könnten mit ihren Soldaten ab Sommer 2012 unsere vorbereitenden Seminare anfragen.

Selbst die beste Vorbereitung kann nun schlimme und schlimmste Erfahrungen nicht verhindern. Wenn es soweit gekommen ist und ein Soldat ein traumatisierendes Erlebnis hatte: Wer ist für das Anerkennungsverfahren als PTBS-Betroffener verantwortlich?

Zuständig sind die Wehrbereichsverwaltung, das Sanitätsamt und die Versorgungsämter. Rein rechtlich wird das dann als Behandlung einer »Wehrdienstbeschädigung«, also quasi als Berufsunfall, eingestuft.

Kann so ein Verfahren nicht langwierig werden? Und im schlimmsten Fall sogar kontraproduktiv

>>

sein, wenn es sehr lange dauert, bis ein Betroffener als solcher anerkannt wird?
Ja, das kann durchaus passieren, und das ist dann psychologisch das falsche Signal. Wir selbst versuchen, so unbürokratisch wie möglich zu arbeiten, wenn sich jemand bei uns gemeldet hat. Betroffene, selbst wenn sie schon keine aktiven Soldaten mehr sind, behandeln wir oft schon, ohne die formale Anerkennung abzuwarten.

Hat die Zahl der PTBS-Fälle mit dem Grad der Bekanntheit seit 2007, 2008 zugenommen?
In gewisser Weise schon. Der Bekanntheitsgrad der Diagnose ist ein wichtiger Mechanismus, dass Betroffene überhaupt darüber nachdenken, was mit ihnen geschieht, und sich melden. Wir rechnen heute aber immer noch mit einer Dunkelziffer von circa 50 Prozent.

Wenn Sie von einer Dunkelziffer sprechen – viele Soldaten zögern ja sicher noch, sich und Kameraden eigene psychische Probleme einzugestehen, um nicht als »Weichei« dazustehen ...
Welche Bedeutung das Image vom »Weichei« hat, ist schwer einzuschätzen. Ganz sicher ist das leider immer noch verbreitet anzutreffen. Ich stelle aber fest, dass da ein kräftiger Öffnungsprozess im Gange ist.

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, dass eine Belastungsstörung bei Soldaten bekannt wird, oder die Betroffenen sich melden. Das Psychotraumazentrum berichtet von 542 Anrufen zwischen Mai 2009 und Juli 2011 bei einer neu eingerichteten Beratungshotline. Ist das viel oder wenig?
Es ist eigentlich egal, wie sich Betroffene melden – Hauptsache ist, dass sie sich melden. Viele melden sich auch über die Truppenärzte, Sozialarbeiter, Truppenpsychologen und Pfarrer, wie auch über die übrigen niederschwelligen Angebote. Dazu gehört die Hotline, aber auch beispielsweise die Websites von »PTBS-Hilfe« und »Angriff auf die Seele« oder die Familienbetreuungszentren.

»Wir rechnen immer noch mit einer Dunkelziffer von 50 Prozent.«

Sie befassen sich mit Behandlung und Forschung zugleich. Hat die Bundeswehr auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf?
Im Hinblick auf die verfügbaren klinisch-therapeutischen Methoden eher weniger, aber in Sachen Forschung beginnen wir erst mit der systematischen Arbeit. Behandlung und Forschung finden bei uns parallel statt, weil die beiden Bereiche eng miteinander verzahnt sind. Wir können zum Beispiel mit Hilfe der Forschung unseren Patienten auch die bestmögliche Behandlung zugutekommen lassen.

Wie finden Ihre Erkenntnisse den Weg wieder zurück in die Truppe?
Seit Ende 2004 wurde in der Bundeswehr das »Psychosoziale Netzwerk« etabliert. Darin sind alle Zuständigen miteinander verknüpft: auf der Standortebene in der Regel Truppenärzte, Militärseelsorger, regional zugeordnete Psychologen und Sozialarbeiter. Sie erhalten von uns Beratung, Weiterbildung und Orientierungshilfen. Wir wollen diese Serviceangebote in den nächsten Jahren eher noch verstärken und neue Methoden, die den Soldaten helfen, weiterentwickeln. Dazu gehört auch Prävention mit Angehörigen. Weiterentwicklung findet aber auf allen Ebenen von psychosozialen Belastungen statt. Die zugenommene Belastung der Soldaten im Auslandeinsatz ist da nur ein Aspekt. Selbst im täglichen Dienst in der Heimat können solche Belastungen entstehen: Stress, Burnout oder Mobbing, persönliche oder familiäre Probleme mit möglichen Folgen von Schlafstörungen bis zum Suizidverhalten.

Wie arbeiten Sie heute mit den betroffenen Soldatinnen und Soldaten?
Erste Therapiemethoden haben wir schon seit den 1990er Jahren entwickelt. Ich nutze in den Einzelsitzungen vor allem die so genannte EMDR-Methode, »Eye movement desensitization and reprocessing«: Der Patient folgt mit den Augen meiner stetigen Handbewegung zu den Seiten, während wir miteinander sprechen. Es funktioniert so ähnlich, wie das Verarbeiten von Geschehenem im Traum, in der REM-Phase beim Schla- >>

fen. Es ruft im Betroffenen Gefühle und Erinnerungen hervor; später kann er dann Vergangenes bearbeiten, umbewerten und akzeptieren.

Auch Schuldgefühle, wenn ein Soldat einen anderen Menschen töten musste?
Schuldgefühle zu erfahren, kann bei den möglichen traumatischen Erlebnissen, wie etwa die Verwundung oder Tötung eines anderen Menschen oder der Tod eines Kameraden, zu den schwerwiegendsten gehören. Soldaten, die in Gefechte verwickelt waren, erleben sich auch als »Täter«, wie zum Beispiel ein Scharfschütze.

Was passiert diesen Soldaten, wenn sie nach dem Einsatz wieder in diese Gesellschaft heimkehren?
Die Konfrontation der Rückkehrer mit der »Wirklichkeit« zuhause kann die Behandlung von Traumata manchmal ziemlich erschweren. Umso wichtiger ist für sie die soziale Unterstützung, das Gefühl, von der Familie, dem Freundeskreis, aber auch der Gesellschaft verstanden zu werden. Dazu gehören selbst Orden und Ehrenzeichen.

Die US-Armee setzt sogar virtuelle Realitäten ein, um ihre PTSB-Betroffenen zu behandeln, in der Simulation »Virtual Iraq« ...

Ja, diese computerbasierte Therapie, komplett mit einer 3D-Brille und zum Beispiel auch Geräuschen und Gerüchen, exponiert die Soldaten noch einmal sehr plastisch in kontrollierter Umgebung mit dem Erlebten. Das ist grundsätzlich eine interessante Methode, sie ähnelt aber im Kern letztendlich auch der EMDR-Therapie. Wichtiger sind für uns die begleitenden Therapien, die die Einzelgespräche ergänzen, wie etwa die Gruppentherapie.

Was soll am Ende der Behandlung wieder herauskommen? Der Soldat, der wieder fit für den Einsatz ist?
Unsere erste Therapieabsicht ist nicht, die Soldaten gleich wieder in den Einsatz schicken zu können. Uns ist daran gelegen, dass es ihnen zunächst wieder besser geht. Das ist unser Primärziel. ◄◄◄◄

»Vergangenes bearbeiten, umbewerten und akzeptieren«

Quellen und Links:

Webpräsenz der »PTBS-Hilfe« des Bundesverteidigungsministeriums

Webpräsenz der Initiative »Angriff auf die Seele«

Webseite der Abteilung Psychiatrie und Psychotherapie des Bundeswehrkrankenhauses Berlin

Produktseite der ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH über das Lernprogramm »CHARLY«

OBERSTARZT DR. MED. PETER ZIMMERMANN

trat 1986 als Sanitätsoffizieranwärter in die Bundeswehr ein; ab 1993 begann er, sich auf Psycho- und Traumatherapie zu spezialisieren. Er hat militärische Einsätze in Bosnien, im Kosovo und in Afghanistan absolviert. Seit Januar 2009 ist er Leitender Arzt der Abteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« des Bundeswehrkrankenhauses Berlin. Als solchem untersteht ihm auch das Psychotraumazentrum der Bundeswehr.

Die Cyberkrieger kommen ins Schwitzen

von Richard Hugo

Die chinesische Volksbefreiungsarmee änderte im Herbst 2011 ihre Einberufungspraxis, indem sie unter anderem die Gewichtsgrenzen anhob und finanzielle Anreize für Hochschulstudenten schuf. Die neuen Regelungen zeigen dabei nicht nur, dass Chinas Gesellschaft zunehmend unter steigender Fettleibigkeit leidet, sondern auch, dass sich die strategische Ausrichtung der Volksbefreiungsarmee grundsätzlich ändert.

>> Im Oktober 2011 beschloss der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China eine Änderung der Einberufungskriterien für die Volksbefreiungsarmee: Mit dem Beginn der Wintereinberufung wurden die Gewichtsgrenzen für Rekruten gelockert und neue Anreize für Studenten geschaffen.

Die Veränderung der prozentualen Ober- und Untergrenzen bezieht sich auf ein Idealgewicht, das vom chinesischen Militär in Abhängigkeit des Alters und der Größe eines Rekruten berechnet wird. Dieses Idealgewicht eines Rekruten darf demnach seit November 2011 um bis zu 25 Pro- >>

Foto: US DoD / Chad J. McNeeley.

Ausnahme? Athletische Soldaten der chinesischen Marineinfanterie.

zent überschritten werden. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 20 Prozent. Die Unterschreitung des Idealgewicht wiederum darf nun 15 Prozent, statt wie bisher 10 Prozent betragen. Des weiteren werden Bewerber mit Tätowierungen ab sofort nicht mehr automatisch abgelehnt, solange diese im Gesicht oder auf dem Nacken eine Größe von zwei Zentimeter nicht überschreiten. Neben Veränderungen bei den physischen Kriterien hat der Ständige Ausschuss zudem zahlreiche finanzielle und gesellschaftliche Anreize für Hochschulstudenten geschaffen.

Die finanziellen Vorteile sind für chinesische Standards massiv. Rekruten erhalten nach Ablauf ihrer Dienstzeit finanzielle Hilfen von bis zu 6.000 Renminbi (731 Euro) pro Studienjahr und eine Einmalzahlung von 30.000 Renminbi (3.657 Euro). Zum Vergleich: ein Wohnheimplatz an einer Universität in Peking kostet im Moment ungefähr 800 RMB (97 Euro) pro Semester. Neben den geldlichen Anreizen erhalten Soldaten nach Vollendung der Dienstzeit zudem die Möglichkeit, ihr Hauptfach im Masterstudium frei wählen zu können. Darüber hinaus ist vor allem die erleichterte Beantragung einer Pekinger Wohnregistrierung, des Hukou, besonders interessant. Das Hukou-System ist in China von zentraler Bedeutung für die Beziehung von Sozialleistungen und beim Zugang zu Bildung.

Die geänderten Gewichtstoleranzen sind dabei von besonderer Bedeutung für die künftige Entwicklung der Volksbefreiungsarmee. Die neuen Gewichtsregelungen sind eine Reaktion auf die zunehmenden Gewichtsprobleme in der chinesischen Gesellschaft. Studien chinesischer und amerikanischer Universitäten kommen zu dem Schluss, dass Chinas Jugend massiv unter Fettleibigkeit leidet und sich in den nächsten Jahren den Werten der Vereinigten Staaten annähern wird. Dies ist für die chinesische Armee von besonderer Bedeutung, da Fettleibigkeit in der Volksrepublik eine andere Bevölkerungsgruppe als in den Vereinigten Staaten und in Europa betrifft.

Die Studie »Correlates of Overweight Status in Chinese Youth: an East-West Paradox« der »American Academy of Health Behaviour« aus dem Sommer 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass in China Kinder aus wohlhabenden und bildungsnahen Schichten eine größere Wahrscheinlichkeit besitzen, an Fettleibigkeit zu erkranken. Die Forscher vermuten, dass die mit dem Wohlstand einhergehende, grundsätzliche Veränderung in der Ernährungsweise zur Fettleibigkeit beiträgt.

Ein starker Kontrast zu europäischen oder amerikanischen Problemen

Die Ergebnisse stehen im starken Kontrast zu Untersuchungen in Europa und den Vereinigten Staaten, wo die Wahrscheinlichkeit für ein Auftreten von Fettleibigkeit mit sozial niedrigeren Schichten und Armut zusammenhängt. Das amerikanische Militär leidet seit Jahren unter dem Problem der steigenden Fettleibigkeit bei ihren Rekruten, allerdings weniger auf der Ebene der ausgebildeten und spezialisierten Fachkräfte, als auf der Ebene des einfachen Soldaten. Da Fettleibigkeit in China genau die andere, nämlich die bildungsnahe Schicht betrifft, war das chinesische Militär gezwungen, seine Gewichtsgrenzen anzuheben, um die gut ausgebildeten, aber übergewichtigen Hochschulabsolventen anwerben zu können.

Diese geänderten Einberufungsregeln sind eine Reaktion der chinesischen Streitkräfte auf die neuen Herausforderungen denen sie sich seit der Abkehr vom System des Massenheeres und dem damit einhergehendem Strategiewechsel gegenübersehen. Das *Wall Street Journal* zitiert am 3. November 2011 den Sprecher eines Pekinger Rekrutierungsbüros mit der Aussage, dass die grundsätzliche Entwicklung der chinesischen Armee mehr junge Leute mit höherer Bildung bedarf; die Fähigkeit neue Technologien zu verstehen sei dabei von zentraler Bedeutung. So hat sich im letzten Jahrzehnt der Schwerpunkt innerhalb der chinesischen Armee verlagert: Cyber-Kriegführung sowie die Entwicklung und der Einsatz neuer, moderner Waffentechnologie stehen nun im Fokus.

Im Bereich Cyber-Kriegsführung steht dabei der Konflikt mit den Vereinigten Staaten im Vordergrund. Die chinesische Armee scheint sowohl indirekt als auch direkt in den Aufbau und den Einsatz von Cyber-Kriegsführung verwickelt zu sein (siehe Beitrag im *ADLAS* 3/2011). Bisher lag >>

der Schwerpunkt von chinesischer Cyber-Spionage vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Laut einem Bericht des *Wall Street Journal* vom 13. Dezember 2011 gelang es aber US-Regierungsbehörden in der zweiten Hälfte 2011 erstmals, den Ursprung von Cyber-Spionage in Kreisen des chinesischen Militärs nachzuweisen. Dies könnte vor allem der Debatte in den Vereinigten Staaten, Hackerangriffe als Kriegsgrund einzustufen, neuen Rückenwind verleihen.

Dass die neue strategische Ausrichtung neue Anforderungen an die Rekruten schafft, wurde besonders im letzten Jahr offensichtlich: sei es der Ausbau des ehemals sowjetischen Flugzeugträgers »Varyag«, die Entwicklung des chinesischen Tarnkappenflugzeugs Chengdu J-20 oder die Berichte über ballistische Anti-Schiff-Raketen, die die Bewegungsfreiheit der US-Marine im Pazifik massiv einschränken würden. Die Entwicklung dieser Technologien ist kein neuer Schritt: Der Wunsch der Chinesen zum Beispiel nach eigenen Anti-Schiff-Raketen kam spätestens mit der Krise in der Straße von Taiwan 1995/1996 auf. Die chinesischen Streitkräfte haben in den letzten Jahren technologische Fortschritte gemacht und ihre strategische Ausrichtung klar hin zu der Entwicklung und dem Einsatz von neuen, komplexen Waffensystemen verschoben.

Die Modernisierung des chinesischen Militärs schafft allem Anschein nach nicht nur eine neue technologische, sondern gleichzeitig auch eine neue personelle Basis. Die neuen Regelungen schaffen finanzielle Anreize für Studenten, die geänderte Gewichtstoleranz ermöglicht letztlich den Zugang zur Armee. Gleichzeitig sind die eingeleiteten Schritte auch Beleg für den Modernisierungsprozess der chinesischen Armee. Die Volksbefreiungsarmee wird auch zukünftig nicht ausschließlich aus dicklichen Studenten bestehen, sich aber den neuen technologischen Anforderungen weiter anpassen und neue Rekruten anwerben müssen. ◄◄◄◄

Quellen und Links:

Hintergrundbericht des *Wall Street Journal* vom 3. November 2011

Meldung der *China Daily* vom 2. November 2011

Bericht des *Wall Street Journal* vom 18. Juli 2011

Bericht der *New York Times* vom 31. Mai 2011

Bericht der *China Daily* vom 7. Januar 2009

Studie »Chinas Militärische Entwicklung« der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Oktober 2009

Jährlicher Bericht »Military Power of the People's Republic of China« des US-Verteidigungsministeriums für das Jahr 2009

Eine tödliche Kombination

von Björn Hawlitschka

Foto: Warner Bros.

Schön krank: Gwynneth Paltrow in »Contagion« als Geschäftsreisende in Hong Kong.

Pandemien betreffen die öffentliche Sicherheit der gesamten Gesellschaft – im Extremfall weltweit. Und obwohl die globalisierte Wirtschaft mittlerweile perfekte Voraussetzungen bietet, potentiell tödliche Viren schnell und weiträumig zu übertragen, haben Vorsorgepläne in der modernen »Just in time«-Versorgungskette keinen Platz. Ausgerechnet Hollywood hat zuletzt öffentlichkeitswirksam auf die Gefahren von Vogel- und Schweinegrippen hingewiesen.

>> Fledermaus beißt Ferkel; Fledermausvirus und Schweinevirus tun sich zusammen. Ferkel landet in der Küche; Koch bereitet es zu und schüttelt Gwyneth Paltrow die Hand. Gwyneth Paltrow fliegt mit dem Fledermaus-Schweine-Virus um die Welt und stirbt; ihr Mann Matt Damon ist dagegen immun. So gestaltet sich im Film »Contagion« der Ausbruch einer Pandemie. Er zeigt Nebenwirkungen, die nicht nur mit Husten, Schnupfen, Heiserkeit zu tun haben, sondern die öffentliche Sicherheit der Gesellschaft betreffen. Auch wenn die letzte ausgerufene Pandemie, die >>

Schweinegrippe, harmloser als befürchtet verlief, warnen Experten weiterhin davor, dass die nächste Pandemiewelle nur eine Frage der Zeit ist. Mit Sorge betrachten sie dabei weiter den H5N1-Virus, den die meisten von uns noch als Vogelgrippe von 2006 kennen. Für viele Menschen würde die Ansteckung mit H5N1 in vielen Fällen tödlich verlaufen. Bislang ist der Virus aber noch nicht derart mutiert, dass eine Übertragung von Tieren auf Menschen nachweisbar stattfand. Der H1N1-Virus der Schweinegrippe dagegen war übertragbar, mit hohem Ansteckungspotential von Mensch zu Mensch, jedoch nicht so gefährlich im Krankheitsverlauf.

Was würde aber passieren, wenn beide Virenstämme zueinander fänden, ähnlich wie der Fledermaus- und der Schweinevirus in »Contagion«? Die Antwort darauf wurde bereits parallel von niederländischen Forschern um Ron Fouchier sowie von japanischen und amerikanischen Wissenschaftlern um Yoshihiro Kawaoka in gefunden. Ihnen gelang im Herbst 2011 die Entwicklung eines Virenstamms, der beide gefährliche Eigenschaften aufweist. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Experimente werden jedoch durch das amerikanische National Science Advisory Board for Biosecurity (NSABB) vor einer Herausgabe geschützt. Als Begründung wurde die Furcht vor Bioterrorismus genannt. Andererseits verhindert die Weitergabe des Wissens aber auch die Forschung in anderen Laboren auf der Welt, um zum Schutze der Bevölkerung den Aufbau und die Entwicklung von Viren besser verstehen zu können.

Ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Viren sehr oft den Verlauf der Geschichte beeinflusst haben. Als Auswirkungen des »Schwarzen Tods«, der Pestseuche von 1347 bis 1353, sind nicht nur die geschätzten 25 Millionen Todesopfer in Europa zu nennen – zur damaligen Zeit fast ein Drittel der Bevölkerung. Die Entvölkerung ganzer Landstriche durch die Pest hatte auch langfristig zur Folge, dass weniger Arbeitskräfte verfügbar waren und damit die Mechanisierung der Arbeit vorangetrieben wurde. Der Buchdruck verdankt unter anderem seinen Siegeszug auch der Tatsache, dass die Löhne von Schreibern und Kopisten nach der Pest anstiegen, wodurch die Suche nach günstigeren Verfahren überhaupt erst begann.

Ein Beispiel für Viren, die Eroberungen begünstigt haben, sind die Pocken. Diese schwächten die amerikanischen Ureinwohner, für die die aus Eurasien stammende Krankheit unbekannt war, entscheidend, was den Vormarsch der Europäer zum Vorteil gereichte. Aus den Indianerkriegen des 18. Jahrhunderts in Nordamerika wird sogar berichtet, dass britische Offiziere planten, die Eingeborenen gezielt anzustecken. Dabei müssen Viren nicht immer für den Menschen ansteckend sein, um ihn zu betreffen. Durch Kartoffelfäule herrschte von 1845 bis 1849 eine große Hungersnot in Irland. Diese führte dort nicht nur zu rund einer Million Toten sondern auch zu einem Massenexodus in die USA.

Wenn es heute um Grippe-Pandemien geht, wird oft an die Spanische Grippe von 1918 erinnert. Merkwürdigerweise scheint diese im kollektiven Gedächtnis noch festgeschrieben zu sein, obwohl Zeitzeugen von damals nur noch spärlich zu finden sind. Auf die Asien-Grippe von 1957, aber auch an die Hongkong-Grippe, die 1968 bis 1970 in Deutschland grassierte, greifen die Medien hingegen kaum zurück. Im Bezug auf die Sterblichkeit können es beide nicht mit der Spanischen Grippe aufnehmen: Weltweit forderte sie zwischen 50 und 100 Millionen Opfer, die Asien-Grippe über 2 Millionen, die Hongkong-Grippe circa 1 Million Tote. Trotzdem lassen die damaligen Auswirkungen der, gemessenen an den Todeszahlen, scheinbar glimpflich verlaufenen Hongkong-Grippe auf Krisenzustände schließen: Zusammenbruch der öffentlichen und medizinischen Versorgung, des öffentlichen Verkehrs und Telefonnetzes Reduktion der Produktion, Engpässe bei Beerdigungen selbst im fernen Europa.

Die kollektive Erinnerung reicht bis 1918, überspringt aber die Hongkong-Grippe.

Die Bedrohung durch eine Pandemie ist also nicht nur auf den einzelnen Menschen zu beziehen: Welches Risiko ihn erwartet, sich anzustecken, welche Nachwirkungen eine Impfung hat, >>

wie schlimm die Krankheit für ihn wird und ob er sie überlebt. Mit einzubeziehen sind ebenfalls gesamtgesellschaftliche Auswirkungen, die eine Pandemie hervorruft. Diese betreffen ebenfalls den Einzelnen, nur ist es dabei egal, ob er infiziert oder gesund ist: Engpässe bei jeglicher Versorgung und Dienstleistung bis hin zum Totalausfall betreffen auch das gesunde Individuum.

Besonders problematisch ist die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung – Infektionen machen auch Helfer und Retter zu Opfern. Dieses Problem beschrieb bereits Giovanni Boccaccio im »Decamerone«, der die Pestseuche von 1348 in Florenz thematisiert: »Viele starben, die, wenn man sich um sie gekümmert hätte, wohl wieder genesen wären. Aber wegen des Fehlens an ordentlicher, für den Kranken nötiger Pflege und wegen der Macht der Pest war die Zahl derer, die Tag und Nacht starben, so groß, dass es Schaudern erregte, davon zu hören, geschweige denn es mitzuerleben.«

Dabei müssen Ausfälle der Hilfs-, aber auch allen übrigen Arbeitskräften gar nicht durch eine erfolgte Ansteckung mit der Krankheit begründet sein. Es können auch Gesunde sein, die aber durch die Pflege eines kranken Angehörigen gebunden sind. Ebenso zu erwähnen: Gesunde, die zu Hause bleiben, aus Sorge sich anstecken zu können.

Zwei Aspekte sorgen dafür, dass die globalisierte Gesellschaft heute stärker anfällig für Pandemien ist beziehungsweise schlechter auf den Ausfall von Versorgungsketten vorbereitet ist: einerseits die potentiell rasche Ausbreitung der Krankheit, andererseits fehlende Reserven bei der Versorgung. Vor Jahrhunderten konnte das Reisen zwischen Kontinenten mit dem Segelschiff Monate in Anspruch nehmen. Noch 1930 dauerte eine Schiffsreise von England nach Australien 16 Tage. Die Inkubationszeit einer Grippe beträgt dagegen ein bis drei Tage, bei Typhus bis zu einer Woche. Damit war früher die globale Verbreitung von Infektionen mehr erschwert, als es heute durch die Geschwindigkeiten von Flugreisen der Fall ist. Ausgeschlossen waren sie trotzdem nicht: Bis heute wird Kolumbus die Syphilis als Geschenk aus der Neuen Welt zugeschrieben, die Pestseuche von 1347 bis 1353 hatte ihren Ursprung in Asien. Durch den globalen Flugverkehr und die Mobilität der Arbeitswelt erfolgt die Verbreitung einer Infektion schneller und weitflächiger. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Infektion Pandemiestatus erhält und keine lokale Epidemie bleibt, ist damit höher. Im Film hält >>

»Just in time« statt Omas Speisekammer wurde zum Vorsorgerisiko.

PHASEN EINER PANDEMIE

Als Pandemie wird eine Infektionskrankheit bezeichnet, die sich in kurzer Zeit über ganze Länder und Kontinente ausbreitet. Der Begriff Pandemie ist den griechischen Wörtern *pan* (alles) und *demos* (Volk) entlehnt und bedeutet, dass etwas das gesamte Volk betrifft. Pandemie wird von der Epidemie unterschieden: Während eine Epidemie örtlich beschränkt ist, breitet sich die Pandemie regionenübergreifend aus. Dennoch müssen bei einer Pandemie nicht alle Gebiete der Welt betroffen sein.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat einen Pandemieplan mit sechs verschiedenen Stufen erarbeitet. Dabei sind die ersten beiden Stufen »Geringes Risiko für menschliche Infektionen« und »Höheres Risiko für menschliche Infektionen« zu einer ersten, »grünen« Phase »Interpandemische Phase« zusammengefasst. In dieser Stufe wurde ein neuer Virus bei Tieren festgestellt, jedoch noch nicht bei Menschen. Danach folgt die »gelbe« Phase »Pandemische Warnperiode«, in der es zu menschlichen Infektionen mit einem neuen Virus kommen kann. Sie umfasst die drei Stufen »Keine oder sehr begrenzte Mensch-zu-Mensch Übertragung«, »Nachweis von erhöhter lokalisierter Mensch-zu-Mensch Übertragung« und »Nachweis von erheblicher lokalisierter Mensch-zu-Mensch Übertragung«. Die dritte, »rote« Phase ist die Stufe »Rasche und anhaltende Mensch-zu-Mensch Übertragung« und trägt dann die Bezeichnung Pandemie.

sich Gwyneth Paltrow geschäftlich in Hongkong auf, wo sie den Erreger aufnimmt; sie fliegt zurück ins amerikanische Minneapolis, steckt zuvor aber noch ihren Liebhaber während eines Zwischenstopps in Chicago an. Ihr Geschäftspartner trägt die Krankheit nach Tokio, ein ukrainisches Model, die sie zufällig trifft, bringt das Fledermaus-Schweine-Virus nach London. Nach Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) müssen nicht einmal alle Kontinente von einer Infektion betroffen sein, damit diese als Pandemie eingestuft wird – es reicht, wenn zwei der sechs WHO-Regionen betroffen sind.

Der zweite Aspekt betrifft die Aufrechterhaltung der Versorgung. Eine Beeinträchtigung des gesellschaftlichen Lebens kann generell bei allen Pandemiefällen festgestellt werden. Die Schwierigkeit liegt jedoch zusätzlich darin, dass heutige Versorgungsketten einerseits auf einem Versprechen permanenter Verfügbarkeit beruhen, andererseits aufgrund wirtschaftlicher Effizienzfaktoren sensibel – »just in time« – aufeinander abgestimmt sind. Das System ist nur für Normalbetrieb ausgelegt: Die Lieferung der Waren über weite Strecken muss reibungslos funktionieren, weil kaum noch Reserven in Zwischenlagern gehalten werden. Dennoch können alle Verbraucher mit einer großen Auswahl an Produkten versorgt werden, wenn die Kaufkraft sich im statistischen Normalfall beziehungsweise im Feld der bekannten Spitzen bewegt, beispielsweise zu Weihnachten.

Eine unvorhergesehene Steigerung der Nachfrage führt dagegen nahezu umgehend zu Engpässen. Das mag wirtschaftlich zunächst lukrativ erscheinen – Knappheit erhöht bekanntlich den Wert der Ware. Sofern die Versorgung entsprechend der gestiegenen Nachfrage angepasst werden kann, ist das auch unproblematisch. Im Fall einer Pandemie müssen Logistiker jedoch mit Lücken in der Lieferkette rechnen. Die Wahrnehmung von drohenden und existierenden Knappheiten, die durch eine Thematisierung in den Medien zusätzlich verschärft werden kann, führt zudem bei der Bevölkerung zum Phänomen der »Hamsterkäufe« – was den Effekt der Engpässe noch weiter verschärft. Erschwerend kommt noch hinzu, dass natürlich auch Medikamente Teil der modernen Versorgungskette sind, und dementsprechend prekär kann ihre Verteilung im Ernstfall sein.

Die Verteilung von Medikamenten kann im Ernstfall prekär sein.

Diese Problematik wird aber nicht allein durch die Wirtschaft verursacht, sondern auch durch das geänderte Einkaufsverhalten des modernen Konsumenten: Omas Einmachgläser gehören der Vergangenheit an. Wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Regale immer gefüllt sind, wird der Supermarkt zur Speisekammer des Endverbrauchers. Engpässe bei der Versorgung können so heute nur noch in den wenigsten Haushalten mit Reserven überbrückt werden beziehungsweise die Zeitspanne, die mit Reserven überbrückt werden kann, ist geschrumpft. Dazu braucht es nicht einmal eine Pandemie – dramatische Szenen in Spätverkaufsläden gab es bereits 2009 in Berlin, als die Weihnachtsfeiertage auf Freitag und Samstag fielen, womit am Sonntag ein weiterer Tag mit geschlossenen Geschäften folgte. Eine vorhandene Tiefkühltruhe im eigenen Haushalt mag eine technisch verfeinerte Speisekammer darstellen – im Falle eines mehrtägigen Stromausfalls sind die Lebensmittel jedoch schnell unbrauchbar. Wer für sich selbst überprüfen will, ob seine Vorräte über zwei Wochen reichen, sollte sich die Checkliste in der Broschüre »Für den Notfall versorgt« des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu Gemüte führen. Das Schriftstück empfiehlt zudem: »Im Hinblick auf einen möglichen Stromausfall vorzugsweise Lebensmittel bevorraten, die man auch kalt essen kann.«

Auf staatlicher Seite existiert in Deutschland zur Prävention und für Krisenmaßnahmen seit 2005 der »Nationale Pandemieplan«. Dessen oberstes Ziel ist es, das öffentliche Leben im Ernstfall weiterhin aufrecht zu erhalten. Deshalb ist im Plan vorgesehen, zuerst Personen der medizinischen Versorgung sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit Impfstoff zu versorgen – sofern dieser bereits verfügbar ist. Erst >>

dann wird die Bevölkerung nach Altersjahrgängen geimpft. Die empfohlenen Maßnahmen nehmen dazu das Phasenmodell des Pandemieplans der WHO als Grundlage.

Die Pandemiemaßnahmen letztlich umzusetzen ist Aufgabe nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder. Inwiefern dies erfolgt, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Es zeigt sich, dass Pandemieplan nicht gleich Pandemieplan ist – föderal wie international gibt es Unterschiede in den Maßnahmen. Laut WHO sollten Grippemedikamente wie Tamiflu oder Relenza für 25 Prozent der Bevölkerung als Vorrat angelegt werden, das Robert-Koch-Institut empfiehlt dagegen eine Versorgung für nur 20 Prozent. Aber selbst diese Menge wird nicht von allen Ländern bevorratet. Wer sich informieren möchte: Auf der Internetseite des Robert-Koch-Instituts, der zentralen deutschen Stelle zur Erforschung und Kontrolle von Infektionskrankheiten, sind die individuellen Pandemiepläne der Länder aufgelistet und verlinkt. Auch wenn dort nur 13 Bundesländer vertreten sind, verfügen inzwischen alle 16 Bundesländer über Pandemiepläne. Schlusslicht war die Stadt Bremen, die erst Ende des letzten Jahres einen entsprechenden Plan beschlossen hat.

Mittlerweile wird die Ausarbeitung von Notfallplänen für Pandemien auch in Unternehmen stärker vorangetrieben. Dass hier ganz von vorne angefangen werden musste, belegt eine Studie vom Institut für Management- und Wirtschaftsforschung (IMWF) aus dem Jahr 2010. Nach dieser besaßen vor zwei Jahren etwa die Hälfte der deutschen Unternehmen immer noch keinen >>

»EINZIGARTIGE REALITÄTSTREUE«

Mit komplexen, politischen Filmen hat sich Regisseur Steven Soderbergh schon vor »Contagion« einen Namen gemacht: »Traffic« aus dem Jahr 2000 portraitiert den amerikanischen Krieg gegen Drogen aus Mexiko, »Che« von 2008 ist die filmische Biographie des kubanisch-argentinischen Revolutionärs Ernesto »Che« Guevara.

Ähnlich wie eine sich weltweit ausbreitende Pandemie spannt der Amerikaner Sonderbergh seine Erzählstränge in »Contagion« rund um den Globus. Die Drehorte lagen nicht nur in den USA, sondern auch in Japan, Dubai, Großbritannien, Russland und Brasilien. Dementsprechend ist die Anzahl der Akteure groß und beschränkt sich nicht auf die Patchworkfamilie, die in Hollywood-Produktionen üblicherweise durch die Katastrophe gejagt wird. Mitten im Familiendrama befindet sich Mitch Emhoff (Matt Damon), der nach dem Tod seiner Frau Beth (Gwynneth Paltrow) zwischen den Gefühlen der Trauer und des Betrogenwordenseins schwankt. Seinem Charakter obliegt, die Aufgabe die Sicht des einfachen Bürgers nachzuempfinden, wenn er mit seiner Tochter vor geplünderten Supermärkten oder in der Warteschlange für Hilfslieferungen steht.

Ein anderer Erzählstrang forscht dem Ursprung des Virus nach, damit es für die Entwicklung eines Impfstoffs isoliert werden kann. Dabei gewährt der Streifen nicht nur kurze Einblicke in die Virologie

Verschwörungstheoretiker: Jude Law.

Foto: Warner Bros.

und das Krisenmanagement von Behörden wie der Weltgesundheitsorganisation und dem amerikanischen »Centers for Desease Control and Prevention«, sondern verknüpft auch Krisenkommunikation im Amt mit persönlicher Betroffenheit. Ebenso zu erwähnen: Blogaktivist und Verschwörungstheoretiker Alan Krumwiede (Jude Law), der Behörden und Pharmakonzernen den Kampf ansagt. All diese und andere Episoden bieten in nicht ganz zwei Stunden zwar nur wenig Zeit für eine komplexe Entfaltung der einzelnen Charaktere, aber diese steht ohnehin nicht im Vordergrund.

Dafür hat »Contagion« viel Lob nicht nur von Filmkritikern, sondern auch aus der Wissenschaftsgemeinde erhalten. Für »einzigartig« hält der britische *New Scientist* den Streifen in seiner Realitätstreue.

Contagion
Warner Bros. Pictures u.a.,
USA/VAE 2011, 106 Minuten

Pandemieplan, bei den kleineren Unternehmen sogar zwei Drittel. Eine Begründung, warum Notfallpläne als nicht notwendig betrachtet werden, liegt in der laut Studie bei Managern verbreiteten Annahme, dass bei einer Pandemie sowieso alles samt Markt zusammenbricht und dementsprechend auch nichts mehr produziert werden kann – womit wir wieder bei den Katastrophenszenarien aus Hollywood à la »Contagion« wären.

In der kürzlich ebenfalls vom IMWF vorgelegten Studie »Krisensituationen in Unternehmen 2011« konnten die Wirtschaftsberater jedoch Fortschritte verzeichnen: 79 Prozent der Firmen verfügen jetzt über ein für Katastrophenschutzplanung zuständiges Fachgremium beziehungsweise einen Krisenstab. Dennoch gehen 59 Prozent der Unternehmen davon, dass durch einen Zuliefererausfall bei einer Pandemie die firmeneigene Produktion beziehungsweise ihre Dienstleistungsfähigkeit nach vier Wochen zum Erliegen käme.

Ein Druckmittel zur Erstellung von Notfallplänen in Großunternehmen stellen inzwischen Rating-Agenturen dar, die Firmen ohne entsprechende Pläne eine Herabstufung androhen können. In den USA beurteilen Analysten Unternehmen bereits nach der Qualität ihrer Pandemiepläne. Mit dieser Methode würden Unternehmen ihre Notfallpläne nicht aus Einsicht in die Notwendigkeit der Gesundheitsvorsorge erstellen, sondern durch den Zwang wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben – selbst wenn es nie zu einer Pandemie kommen sollte. Bleibt als Fazit, dass Geld und Gesundheit eines eint: Wenn sie fehlen, tut es weh. ◂◂◂◂

Bremen hat erst Ende 2011 einen Landes-Pandemieplan beschlossen.

Quellen und Links:

Pressemitteilung des IMWF vom 9. Februar 2012 zur Studie »Krisensituationen in Unternehmen 2011«

Christine Uhlenhaut: »Pandemie, Endemie und lokaler Ausbruch«, herausgegeben vom »Forschungsforum Öffentliche Sicherheit« im Juni 2011

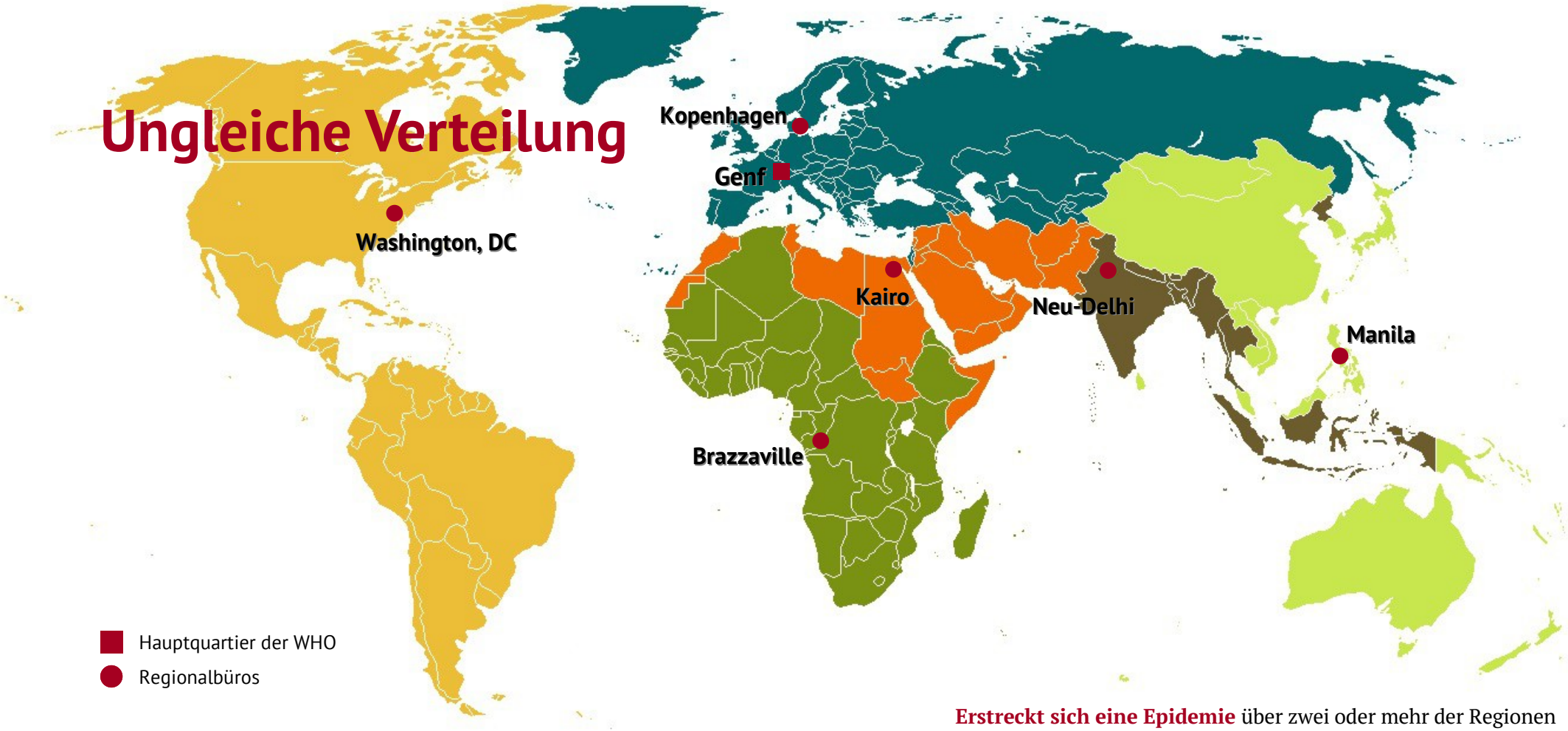
Broschüre »Für den Notfall vorgesorgt: Vorsorge und Eigenhilfe in Notsituationen« vom August 2009 des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Nationaler Pandemieplan Deutschlands auf der Website des Robert-Koch-Instituts

Pandemiepläne der Bundesländer auf der Website des Robert-Koch-Instituts

Filmkritik des *New Scientist* vom 15. September 2011 über »Contagion«

Ungleiche Verteilung



Hauptquartier der WHO

Regionalbüros

Regionen der WHO:

	Amerika:	925 Mio. Einwohner
	Europa:	892 Mio. Einwohner
	Ostmittelmeer:	592 Mio. Einwohner
	Afrika:	824 Mio. Einwohner
	Südostasien:	1.784 Mio. Einwohner
	Westpazifik:	1.799 Mio. Einwohner

Quelle: WHO (2011) Karte: mmo

Erstreckt sich eine Epidemie über zwei oder mehr der Regionen der globalen Gesundheitsbehörde, wird sie offiziell zur Pandemie erklärt.

Die Grenzen der WHO-Bereiche folgen nicht immer der Logik der natürlichen Verbreitung von Infektionskrankheiten. Vor allem politische Gründe sorgen dafür, dass zum Beispiel Marokko nicht zu Afrika gehört. Oder der Fall Nordkorea: Das nach Außen hermetisch abgeriegelte Land gehört zur Region »Südostasien«, seine Nachbarn, bis auf Russland, zum »Westpazifik«. ◄◄◄◄

»Je chemischer Sie etwas formulieren, desto höher ist das Risikoempfinden«

Interview: Stefan Dölling

Am Bundesinstitut für Risikobewertung befasst sich Gaby-Fleur Böl mit dem Ungewissen. Das Institut erforscht, bewertet und vermittelt, was für den Verbraucher zur Gefahr werden könnte und was nicht. Im Interview spricht die Biochemikerin über ihre Arbeit, die Medien und typisch deutsche Angst.

ADLAS: Eine der Kernaufgaben des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) ist die Risikokommunikation – was kann man sich darunter vorstellen?

Gaby-Fleur Böl: Gesundheitlicher Verbraucherschutz beinhaltet die Erforschung, Bewertung und Kommunikation von Risiken. Dabei sind nicht nur tatsächliche Risiken von Bedeutung, sondern auch deren mediale Vermittlung sowie die subjektiv geprägte Wahrnehmung von Risiken. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen transparent und verständlich vermittelt werden, um den rationalen Umgang mit Risiken zu fördern. Unsere interdisziplinär zusammengesetzte Abteilung Risikokommunikation führt daher Forschungsprojekte zur Wahrnehmung von Risiken, der Früherkennung und der Abschätzung ihrer Folgen durch – beispielsweise im Bereich neuer Technologien wie der Nanotechnologie, der Änderung im Ernährungsverhalten von Verbrauchern nach erfolgter Risikokommunikation oder der Priorisierung von Risiken durch verschiedene gesellschaftliche Interessengruppen. Hierbei setzen wir mit natur- und sozialwissenschaftlicher Expertise Repräsentativbefragungen, Verbraucherkonferenzen, Delphi-Befragungen und Fokusgruppen als Instrumente ein.

>>

Foto: BfR

Wer greift wann auf Ihre Expertise auf diesem Gebiet zurück?

Die Politik fragt uns täglich – Politikberatung ist ja auch eine unserer Kernaufgaben – ebenso wie Journalisten und nicht zuletzt die Verbraucher selbst in Form von Bürgeranfragen per Mail, Brief oder Telefon. Die Nachfragen aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen und aus der Wirtschaft beziehen sich dabei meist auf aktuelle Risikobewertungen unseres Hauses.

Wie sieht der Super-GAU der Risikokommunikation aus? Was darf Ihnen keinesfalls passieren?

Kommunikations-GAUs zeichnen sich dadurch aus, dass Informationen vorenthalten werden, die Bevölkerung beschwichtigt oder aber gar in Panik versetzt wird – all das sollte einem guten Kommunikator nicht passieren. Daher informiert das Bundesinstitut für Risikobewertung stets frühzeitig, sachlich, seriös und wissenschaftlich fundiert.

Nach der EHEC-Krise haben uns zum Glück nur wenige Stimmen dafür kritisiert, dass wir Verzehrempfehlungen zu Gurken, Salat und Tomaten herausgegeben haben, die später wieder zurückgenommen wurden – um dann vom Verzehr von rohen Sprossen abzuraten. Alle Daten wiesen aber zu einem frühen Zeitpunkt auf Gurken, Salat und Tomaten als Quelle der Epidemie hin, so dass es ein Gebot der Stunde war, die Bevölkerung umgehend zu informieren, um sich durch ein verändertes Ernährungsverhalten schützen zu können. Es wäre wissenschaftlich und gesellschaftlich nicht verantwortbar gewesen, aufgrund der – stets vorhandenen – wissenschaftlichen Unsicherheit von Daten mit dieser Information zu warten oder sie gar überhaupt nicht öffentlich zu machen – hier hätte man im schlimmsten Fall weitere schwere Erkrankungs- und Todesfälle riskiert.

Früh genug verfügbares Wissen zu bewerten und in Handlungsempfehlungen umzuwandeln, ist eine unserer Hauptaufgaben, die wir sehr ernst nehmen. Uns ist bewusst, dass wir dabei gegebenenfalls mit dem Wissen von morgen eine neue Empfehlung heraus geben müssen – wir wollen aber dennoch heute sicher sein, die bestmögliche Empfehlung für Verbraucher ausgesprochen zu haben.

»Die Politik fragt uns täglich.«

Stichwort EHEC: Bei Epidemien und Pandemien sind die Bewertungen Ihres Hauses gefragt. Auf welche Expertise greifen Sie bei der Bewertung solcher Phänomene zurück, wer sind dabei Ihre Partner?

Zentraler Bestandteil der Arbeit des BfR ist die wissenschaftliche Expertise der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit unsere Wissenschaftler fundiert Risiken bewerten können, müssen sie selbst forschen und im ständigen internationalen Austausch stehen. BfR-Forscher >>

DAS BUNDESINSTITUT FÜR RISIKOBEWERTUNG

Nach dem eigenen Motto: »Risiken erkennen – Gesundheit schützen« erforscht, bewertet und kommuniziert das BfR seit November 2002 potentielle Gefahren im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Das Institut prüft dabei die Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln, von Chemikalien und von Produkten des Alltags wie Textilien, Kosmetika oder auch Kinderspielzeug und erarbeitet gegebenenfalls konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Industrie und Verbraucher als Entscheidungshilfe für Maßnahmen des Risikomanagements. Somit werden aufgrund der Analysen und Empfehlungen des BfR Produkte aus dem Markt genommen, Gesetze erlassen oder auch das Konsumverhalten der Verbraucher verändert. Zusätzlich erforscht und evaluiert das Institut Methoden, Dynamiken und Prozesse der Risikowahrnehmung und -kommunikation.

Als eigenständige Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundeministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz arbeitet das BfR eng mit einer Vielzahl nationaler und internationaler Partner zusammen, ist in seiner Forschung, seinen Bewertungen und seiner Kommunikation aber vollkommen unabhängig.

Webpräsenz des BfR

arbeiten daher in verschiedenen internationalen Gremien mit: Etwa ein Drittel unserer Belegschaft befindet sich täglich auf Dienstreise.

Partner unserer Arbeit sind neben dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz andere Bundeseinrichtungen wie beispielsweise das Robert-Koch-Institut und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Zudem ist das BfR sehr eng mit diversen universitären und außeruniversitären Forschungsinstituten vernetzt. Dazu trägt auch unser unabhängiges Kommissionswesen bei, dessen Mitglieder ehrenamtlich als externe, unabhängige Sachverständige für unser Institut arbeiten. Dies erhöht die wissenschaftliche Qualität der Stellungnahmen des BfR und stellt gleichzeitig eine externe Qualitätssicherung dar. Die Arbeit der BfR-Kommissionen bündelt den in Deutschland vorhandenen Sachverstand auf höchstmöglichem wissenschaftlichem Niveau. Nicht nur in Krisenfällen können wir so ein etabliertes Netzwerk zu Rate ziehen.

Angeblich ist die Angst vor einer Krankheit oft schädlicher als die Auswirkungen der Krankheit selbst. Wie macht sich dieser Effekt bemerkbar?

Man kann diesen Effekt zunächst anschaulich darstellen: Etwa 75 Prozent der europäischen Bevölkerung antwortet auf die Frage, ob man die Verwendung von Dihydrogenmonoxid reglementieren oder verbieten sollte, überzeugt mit »ja«, ohne zu wissen, dass es sich dabei nur um die chemische Bezeichnung von Wasser handelt. Je chemischer sie etwas formulieren, desto höher ist das Risikoempfinden, und Menschen wünschen sich Verbote und persönlichen Schutz. Sobald den Menschen aber die Möglichkeit gegeben wird, Risiken durch eigene Verhaltensänderungen zu kontrollieren, sinkt ihr Risikoempfinden. Daher sind konkrete Handlungsempfehlungen in solchen Fällen von hoher Bedeutung.

An der Schweinegrippe etwa starben in Deutschland binnen eines Jahres 253 Personen. Bedingt durch die »normale« saisonale Influenza versterben durchschnittlich rund 10.000 Personen pro Jahr. Durch panikmachende Berichterstattungen in den Medien war die Nachfrage nach dem Impfstoff gegen die Schweinegrippe zu Beginn der Epidemie dramatisch nach oben geschnellt, fiel aber genauso schnell wieder ab, als klar wurde, dass die Erkrankung einen milden Verlauf nahm und die befürchteten großen Ausmaße ausblieben.

»Sie wären vermutlich alle noch am Leben, wenn sie geflogen wären.«

Noch ein Beispiel: Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in New York machte sich in den Vereinigten Staaten Flugangst breit. Viele Menschen stiegen für kürzere Strecken auf das Auto um. Es ist statistisch belegt, dass in den USA in den folgenden zwölf Monaten im Vergleich zu den Vorjahren etwa 1.500 Personen mehr bei PKW-Unfällen starben. Sie wären vermutlich alle noch am Leben, wenn sie geflogen wären, denn rein statistisch gesehen ist das Risiko, bei einem Autounfall ums Leben zu kommen, deutlich höher als bei einem Flugzeugabsturz. Man beurteilt Risiken jedoch nicht immer rational, sondern oft intuitiv. Und sobald man das Gefühl hat, etwas selbst unter Kontrolle zu haben – also beispielsweisen beim Autofahren – werden Risiken eher gering eingeschätzt. Handelt es sich bei einem Risiko hingegen um etwas Neues, bislang Unbekanntes, wie eine ungewöhnliche Krankheit, oder etwas besonders Schreckliches, bei dem viele Menschen ums Leben kommen, wie ein Flugzeugabsturz oder ein Reaktorunfall, wird das persönliche Risiko deutlich höher eingeschätzt – unabhängig davon, wie groß die Eintrittswahrscheinlichkeit tatsächlich ist.

Wie muss man sich die Arbeit des BfR im Fall einer auftretenden Pandemie vorstellen?

Wir arbeiten auf Veranlassung von drei verschiedenen Bundesministerien: Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Wir verfügen jedoch auch über ein Selbstbefassungsrecht. Sobald es im ge- >>

sundheitlichen Verbraucherschutz zu Problemen oder gar Krisenfällen kommt, analysieren wir unverzüglich alle dazu aktuell erhobenen und vorhandenen Daten der Länderüberwachungen sowie die dazu erhältliche Literatur. Zusätzlich wird das BfR in solchen Fällen selbstverständlich vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den offiziellen Regierungsauftrag erhalten, aktuelle Risikobewertungen zu erstellen. Dadurch ist man sehr schnell in der Lage, konkrete Handlungsempfehlungen für die Bevölkerung zu kommunizieren und dem Risikomanagement auf Bundes- und Landesebene zu empfehlen, bestimmte Produkte sofort vom Markt zu nehmen. Im Pandemiefall erfolgt die Zusammenarbeit in enger Abstimmung, je nach Themengebiet, mit nationalen und internationalen Wissenschaftlern – unter anderem über das Kommissionswesen des BfR – sowie mit weiteren zuständigen öffentlichen Einrichtungen wie dem Robert-Koch-Institut, dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie den Bundesländern und internationalen Einrichtungen wie der »European Food Safety Authority« oder der WHO.

Nach der BSE-Krise wurde bewusst – und auch europaweit – entschieden, die Risikobewertung vom Risikomanagement zu trennen, um damit jederzeit wissenschaftlich unabhängige Empfehlungen erarbeiten zu können, ohne auf eventuelle ökonomische Schäden Rücksicht nehmen zu müssen. Diese Abwägung ist dann die Aufgabe des Risikomanagements. Im Gegensatz beispielsweise zur universitären Forschung ist es dem BfR zum Schutz des hohen Gutes der Unabhängigkeit daher gesetzlich untersagt, Drittmittel aus der Wirtschaft einzuwerben. Unsere Finanzierung stammt somit ausschließlich aus öffentlicher Hand: vom Bund, der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder auch von der EU.

»75 Prozent der europäischen Bevölkerung wollen die Verwendung von Dihydrogenmonoxid reglementieren oder verbieten.«

Alarmistische Schlagzeilen sind im Mediengeschäft eher Regel als Ausnahme. Wie problematisch ist dies für Ihre Arbeit?

Die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland ist ein hohes Gut, dass wir würdigen sollten, auch wenn uns manche Aussagen nicht passen oder in der täglichen Arbeit eher unbequem sind. Mehr als 90 Prozent aller Informationen, die wir täglich aufnehmen, kommen über das Fernsehen, Zeitungen oder das Internet. Da Medien letztendlich Wirtschaftsunternehmen sind, berichten sie über relevante Ereignisse stets auch im Hinblick darauf, wie gut sich diese Nachrichten »verkaufen« lassen. Dadurch entstehen leicht wissenschaftlich unbegründete, jedoch real vorhandene Ängste in der Bevölkerung, denen man seriös begegnen muss. Es sollte das Ziel von unabhängigen Institutionen wie dem BfR sein, den Menschen durch fundierte, unabhängige und verständliche Informationen eine >>

Foto: BfR

Orientierung zu bieten, um ihnen Risikomündigkeit und damit Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Das BfR erforscht daher auch mit Psychologen und Soziologen die Mechanismen, mit denen Risiken subjektiv wahrgenommen werden. Nicht selten werden naturwissenschaftlich eher unbedeutende Risiken – beispielsweise die von Pflanzenschutzmittelresten in Lebensmitteln – überschätzt, während solche Risiken, die uns als Wissenschaftler ernsthaft Sorgen bereiten – zum Beispiel die Risiken durch mangelnde Lebensmittelhygiene und Erkrankungen mit Salmonellen – von der Bevölkerung unterschätzt werden. Sobald man die Mechanismen dieser unterschiedlichen Einschätzung versteht, ist die entsprechende Kommunikation darüber viel besser steuerbar.

»Die so genannte ›German Angst‹ ist ein interessantes Phänomen.«

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Medien?

Mit Medienvertretern sind wir täglich in Kontakt. Sie stellen Rückfragen zu unseren Internet-Stellungnahmen oder Pressemitteilungen, nehmen an Veranstaltungen des BfR teil oder berichten live von unseren Pressekonferenzen. Unser Haus ist stets offen, um diese direkte Informationsübermittlung zu ermöglichen. Das spielt nicht nur in Krisenlagen eine wichtige Rolle, sondern gerade auch in »ruhigen« Zeiten, in denen wir uns in Hintergrundgesprächen aktiv als Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Diese Vernetzung eröffnet Journalisten die Möglichkeit, sich bei Fragen zu Themen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes jederzeit direkt an uns wenden zu können, um ernsthaften Journalismus zu betreiben und sich eben gerade nicht wissentlich oder unwissentlich an einer medialen Panikwelle zu beteiligen. Dieses Konzept hat sich bewährt: Wir stellen fest, dass wir gerade von den Leitmedien oft und gern angefragt werden. Im gesamten Haus stehen neben dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten sowie Vertretern der Abteilung Risikokommunikation mehrere, medial geschulte Wissenschaftler als konkrete fachliche Ansprechpartner für Interviews zur Verfügung. So erhalten die Medienvertreter fundierte Informationen aus erster Hand, und das wissen sie zu schätzen.

Welche Möglichkeiten nutzt das BfR, um seine Einschätzungen gegebenenfalls auch als Korrektiv von Medienberichten, in die Bevölkerung zu tragen?

Das BfR agiert aufgrund seiner Unabhängigkeit und seines gesetzlichen Auftrags zur Risikokommunikation auf mehreren Ebenen: Wir veröffentlichen die wissenschaftlichen Stellungnahmen transparent auf unserer Homepage und erarbeiten dazu passend »häufig gestellte Fragen« (FAQs) für die Bevölkerung, sowie Pressemitteilungen für die Medien. Zusätzlich bieten wir für gesellschaftliche Multiplikatoren wie Ärzte, Apotheker oder Ernährungsberater kontinuierlich Fortbildungsveranstaltungen zum Thema gesundheitlicher Verbraucherschutz an. Um nicht nur in Krisenzeiten präsent zu sein, gibt es regelmäßig öffentliche Pressekonferenzen, bei denen wir zu aktuellen Fragen wissenschaftlich Stellung beziehen und uns den Journalisten stellen.

Sind Sie in der Rückschau zufrieden mit der Arbeit Ihres Hauses im Fall EHEC oder gibt es Dinge, die Sie lieber anders gelöst hätten?

Im eigentlichen Sinne zufrieden sollte man nie sein – jede Krise verläuft anders, und es gibt immer noch weiteren Optimierungsbedarf. Bezüglich der Arbeit unseres Hauses zum Thema EHEC ziehen wir eine positive Bilanz: hier wurde unverzüglich mit hoher Kompetenz an Risikobewertungen und dazu passenden Verzehrempfehlungen für die Bevölkerung gearbeitet. Wir haben hierbei erneut bestätigt gesehen, dass die Bevölkerung unsere Empfehlungen sehr ernst nimmt – immerhin hat laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des BfR mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung in dieser Zeit ihr Ernährungsverhalten geändert. Wenn man in Kooperation mit allen beteiligten Partnern im In- und Ausland früh genug am Ball bleibt, jedes Quäntchen neuen Wissens in die ak- >>

tuelle Lagebewertung mit einfließen lässt und bereit ist, Verzehrempfehlungen bei neuem Wissensstand jederzeit auch zu revidieren, dann können Krisen gemeistert werden. Wichtig ist es, Menschen stets durch alltagstaugliche Informationen und Handlungsempfehlungen in die Lage zu versetzen, Risiken mit kontrollieren zu können. Dann werden Risiken typischerweise auch realistischer eingeschätzt, und Menschen machen sich nicht zum Opfer medialer Berichterstattung.

hat unter anderem deshalb heute mehr Angst, weil im Vergleich zu früher sehr viel mehr in den Medien berichtet wird. Man sollte sich jedoch nicht von jedem berichteten Analyseergebnis verrückt machen lassen Es bedeutet keineswegs, dass die Welt unsicherer geworden ist. Ganz im Gegenteil: Es zeigt zunächst nur, dass man mit den heutigen analytischen Methoden auch kleinste Mengen an Stoffen – wie etwa ein Stück Würfelzucker im Bodensee – nachweisen kann.

»Gerade, weil es uns so gut geht, können wir uns Panik eben immer mal wieder leisten.«

Stellt man den Vergleich aktueller Fälle mit vergangenen Pandemien an, beispielsweise der »Hongkong-Grippe« von 1968 bis 1970: Werden wir Deutschen eine immer ängstlichere Nation?

Die sogenannte »German Angst« ist ein interessantes Phänomen. Auch wenn wir genügend Gründe hätten, uns heutzutage bezüglich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes – beispielsweise im Bereich der Lebensmittelsicherheit – sicherer denn je zu fühlen, passiert genau das Gegenteil: Menschen glauben, dass Lebensmittel heutzutage weniger gesund oder nahrhaft sind als früher. Ihnen die Sicherheit zurückzugeben, damit sie auf den gesundheitlichen Verbraucherschutz vertrauen können, ist ein hohes Gut. Man

Mengen, die weit davon entfernt sind, für uns eine gesundheitliche Gefährdung darzustellen. Und es bedeutet auch, dass dieses Wissen heute allen verfügbar gemacht wird – was nicht in allen Ländern der Welt eine Selbstverständlichkeit ist. Gerade weil es uns in den Industrieländern heutzutage so gut geht, können wir uns Panik eben immer mal wieder leisten. Das Leben wird durch großen Wohlstand eher reizärmer, was Menschen auch dazu verleitet, im Urlaub Extremsportarten auszuüben. Einmal überwundene Gefahren führen zu einem durch körpereigene Endorphine vermittelten wohligen Glücksgefühl. In Ländern dieser Erde, die Probleme wie Kriege oder Hungersnöte meistern müssen, macht man sich beispielsweise ganz sicher keine Gedanken über Pflanzenschutzmittelreste in Lebensmitteln. ◂◂◂◂

PD DR. GABY-FLEUR BÖL

promovierte in Hannover im Fach Biochemie und habilitierte anschließend in Potsdam, wo sie auch als Privatdozentin an der Universität lehrt. Seit 2006 leitet sie die Abteilung Risikokommunikation im Bundesinstitut für Risikobewertung. Ihre Schwerpunkte sind Fragen der Risikowahrnehmung, des Umgangs mit gefühlten Risiken und wissenschaftlicher Unsicherheit sowie die Evaluation von Risikokommunikationsmaßnahmen.

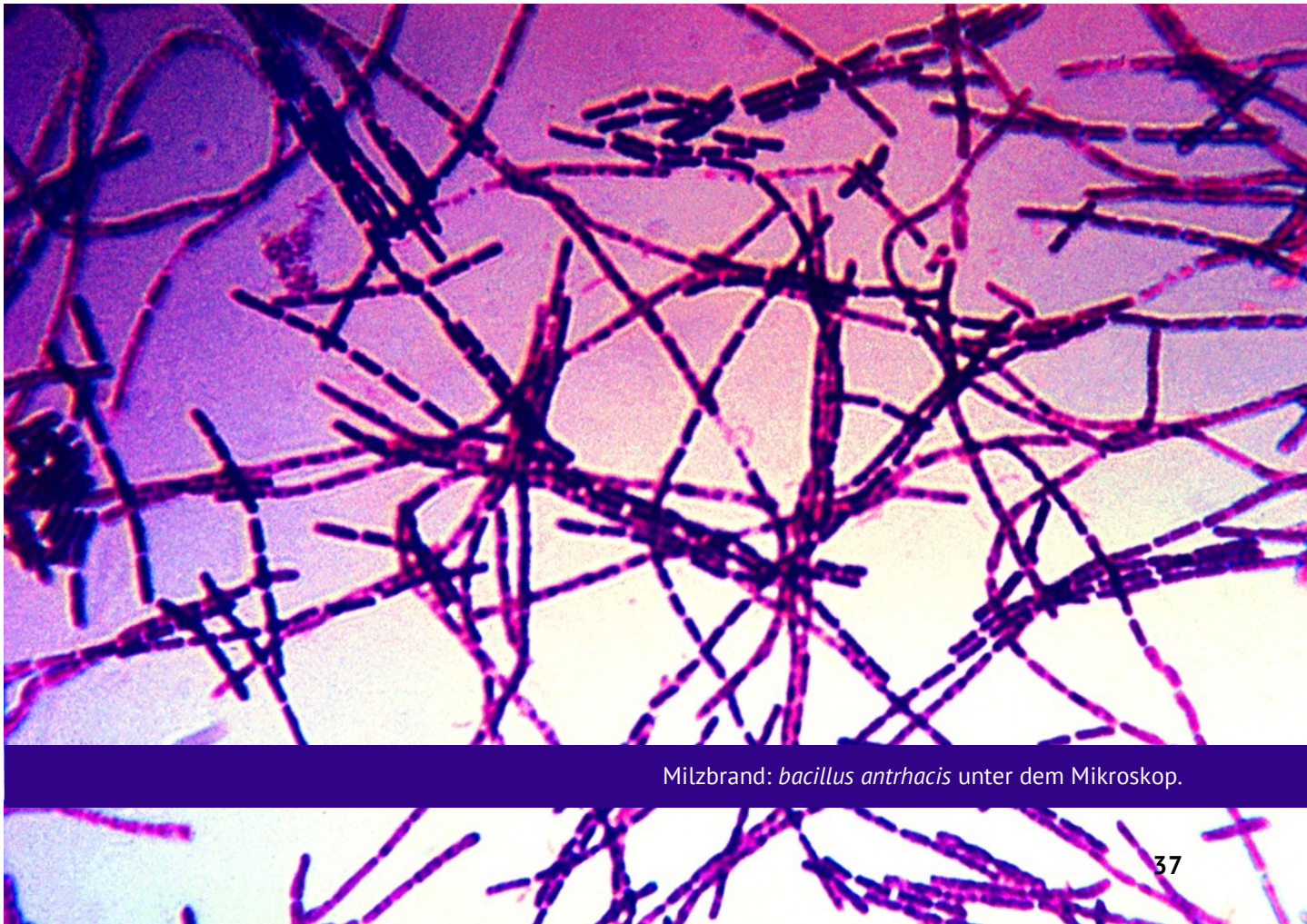
Die vergessenen Killer

von Juliane Ulbricht

Im Dezember 2011 tagte in Genf die siebte Überprüfungskonferenz der Biowaffenkonvention. Das Fazit: Die Kontrollen fallen vernachlässigbar schwach aus, Änderung ist nicht in Sicht. Angesichts der Aufregung um Irans Atomwaffenprogramm gerät diese Dimension von Massenvernichtungswaffen momentan in den Hintergrund. Dabei haben natürliche Epidemien wie SARS, Vogel- und Schweinegrippe oder EHEC eines deutlich gemacht: Wir sind bereits mit Krankheiten natürlichen Ursprungs überfordert.

>> Der Einsatz von biologischen Waffen hat eine lange Geschichte: Bereits im antiken Griechenland, Persien oder Rom verseuchte man gezielt gegnerische Brunnen oder bestrich seine Waffen mit natürlichen Giften. Das berühmt-berüchtigte Katapultieren von Pesttoten in gegnerische Städte im Mittelalter kann ebenso als Biowaffenangriff angesehen werden, wie die absichtliche Übergabe von mit Pocken verseuchten Decken an die nordamerikanischen Indianerstämme um 1770. Aus Angst vor den Folgen eines gleicharti-

Foto: Centers for Desease Control and Prevention.



Milzbrand: *bacillus antrhacis* unter dem Mikroskop.

gen Vergeltungsschlages verzichteten die Europäischen Mächte im Ersten und Zweiten Weltkrieg auf den Einsatz ihrer Biowaffen – anders als das Kaiserreich Japan, das im besetzten China die Verbreitung von Cholera, Typhus, Pest und Dysenterie massiv vorantrieb.

Seit 1972 sind die Entwicklung, Herstellung oder Lagerung von Biowaffen durch die sogenannte Biowaffenkonvention umfassend und unter allen Umständen verboten. Frühere Bestände an Biowaffen müssen zerstört werden; die Weitergabe oder Hilfestellung zur Entwicklung in anderen Staaten ist untersagt. Durch das Abkommen sind 165 Staaten gebunden – ferngeblieben sind ihm nur sehr wenige Staaten Afrikas und des Nahen Ostens, darunter Somalia, der Tschad, Syrien, Israel und Ägypten. Problematisch daran ist jedoch, dass der tatsächliche Einsatz von Biowaffen durch die Konvention nicht verboten wird. Dies regelt ein anderer Vertrag: das Genfer Protokoll zum Verbot der Anwendung von Biowaffen und Gasen von 1925. Diesem wiederum gehören aber nur 137 Staaten an – für Weißrussland, Kolumbien, Kasachstan, Oman und Usbekistan – um nur einige zu nennen – ist damit zwar die Produktion, nicht aber der Einsatz von Biowaffen verboten.

Weiterhin gestaltet sich die praktische Umsetzung des Verbots sehr schwierig. So sind im Abkommen beispielsweise keinerlei konkrete Kontrollmechanismen vereinbart. Die so genannte »Überwachung« findet lediglich im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen statt, auf denen die Staaten eigene Berichte über ihre Aktivitäten vorstellen. 2010 wurden allerdings nur 72 Berichte eingereicht – also von weniger als der Hälfte der Vertragsstaaten. Langjährige Versuche der EU und insbesondere Großbritanniens, über ein Zusatzprotokoll verpflichtende Kontrollen einzuführen, scheiterten 2001 vor allem am Widerstand der USA. Das vorgeschlagene Verifikationsprotokoll würde die Vertragsstaaten etwa zur Aufdeckung von geheimen biotechnischen Anlagen verpflichten und bei Verdachtsfällen deren zufällige Inspektion durch internationale Beobachter ermöglichen. Die unverändert negative US-Haltung zu einem solchen Verifikationsregime brachte Außenministerin Hillary Clinton zuletzt in ihrer Rede auf der Konferenz im Dezember kurz und knapp auf den Punkt: Dies sei schlicht »not possible«.

Allerdings wäre eine wirksame Kontrolle auch mit einem solchen Regime denkbar schwierig, denn die Bestandteile zur Produktion von Biowaffen sind – etwa verglichen mit denen zur Herstellung einer Atombombe – für Staaten vergleichsweise einfach und häufig legal zu erlangen, da es sich um »Dual-use«-Güter handelt. So wird für die legale Herstellung der meisten Impfstoffe auch der Erreger hierfür industriell hergestellt – die Grenzen zur Biowaffenproduktion sind da fließend. Darüber hinaus ist das Verbot der Erforschung und Herstellung durch die Konvention im Allgemeinen löchrig: die Entwicklung von biologischen Stoffen, etwa zur Prophylaxe oder zum eigenen Schutz, ist vom Verbot ausdrücklich ausgenommen. Damit dürfen waffenfähige Biostoffe zunächst entwickelt werden, um danach etwaige Gegengifte hieran zu erforschen. Zusätzlich sind einmal produzierte Biowaffen nur schwer aufzuspüren, da zu ihrer Lagerung eine vergleichsweise wenig aufwendige Infrastruktur benötigt wird und sie, anders als etwa Atomwaffen anhand ihrer Strahlung, auch nicht physika- >>

Mission Impossible: ein wirksames Kontrollregime für Biowaffen

BIOLOGISCHE WAFFEN

sind definiert als Waffen, bei denen, im Gegensatz zu den künstlich hergestellten Substanzen der Chemiewaffen, Krankheitserreger wie Bakterien und Viren, Pilze oder natürliche Giftstoffe zur Wirkung gebracht werden. Biowaffen werden zudem in drei Kategorien von A bis C eingeteilt – ausgewählt nach der Schnelligkeit ihrer Verbreitung, ihrer Letalität oder schlechten Bekämpfbarkeit — wobei Kategorie A die gefährlichsten umfasst.

lisch aus größerer Entfernung nachgewiesen werden können.

Die militärische Nutzung von Biowaffen in einem konventionellen Konflikt galt 1970 als höchst unwahrscheinlich: aufgrund der schwierigen Ausbringung – die Verbreitung etwa mit Sprühvorrichtungen hängt stark von Windrichtung und Wetter ab – und wegen des möglichen Bumerang-Effekts – auch eigene Truppen würden beim Nachrücken in das »verseuchte« Gebiet von den Auswirkungen betroffen – galten Biowaffen weithin als viel zu unberechenbar in ihrer Anwendung. Wohl aus diesem Grund einigten sich die Staaten daher schnell vertraglich auf deren Beschränkung.

Wegen enormer Fortschritte, etwa in der Mikrobiologie oder Genetik, ist diese Auffassung heute weit weniger verbreitet. Mit Hilfe von Biotechnologie, so glauben beispielsweise die Experten Malcolm Dando, Piers Millett und Simon Whitby, könnten Mikroorganismen so verändert werden, dass sie beispielsweise nur in bestimmten Zeiträumen Gifte produzieren oder Resistenzen entwickeln – und damit stabil genug den Einsatz als taktische Waffen wären. Durch diese Möglichkeiten scheint der – begrenzte – Einsatz von Biowaffen bei einigen Staaten wieder salonfähig zu werden: Nach einer Studie des amerikanischen »Stimson Center« stehen China, Ägypten, Indien, Iran, Israel, Libyen, Nordkorea, Pakistan, Russland, Syrien, Kuba, Sudan und Taiwan unter dem Verdacht, verdeckte Biowaffenprogramme zu unterhalten. Zudem dürften aufgrund der Forschung an Gegenmaßnahmen heute auch alle westlichen Industrienationen in der Lage sein, Biowaffen zu produzieren.

International ist momentan demnach ein wachsender Trend erkennbar, die Bestimmungen der Konvention immer mehr aufzuweichen. Kritiker werfen beispielsweise den USA vor, die Regeln zu missachten: diese vertreten seit Jahren die Auffassung, dass nicht-tödliche Biowaffen oder Stoffe, die allein gegen Materialen, Tiere und Pflanzen wirken, nicht unter die Bestimmungen als »Biowaffe« fallen würden, obgleich die Konvention eine solche Qualifizierung keinesfalls beinhaltet. Praktisch schlägt sich diese Haltung zum Beispiel in der vermehrten Entwicklungen von materialzerstörenden Mikroben zur Zerstörung fremder Kriegsmittel oder der Patentanmeldung für eine Granate durch die US-Armee, die explizit zum Versprühen von Biologischen oder Chemischen Stoffen gedacht ist, nieder. Auch wenn letztere offiziell nicht für die Verbringung von Biowaffen gedacht ist, verletzt sie nach Ansicht vieler Kritiker bereits durch die Möglichkeit einer solchen Verwendung das absolute Verbot der Entwicklung von Ausbringvorrichtungen für Biowaffen jeglicher Art.

Darüber hinaus gab es ausgerechnet unter Aufsicht der UN, nämlich im Rahmen ihres Anti-Drogenprogramms UNDCP, Forschungen mit genveränderten Pilzen, die gezielt Drogenpflanzen wie den Kokastrauch oder Schlafmohn befallen. Diese sollten bei der Bekämpfung illegaler Drogenanbaugebiete in Kolumbien oder Afghanistan zum Einsatz kommen. Nach erheblichen Protesten distanzierte sich die UN schließlich von diesem »Agent Green« – die USA halten hieran jedoch fest und drängen etwa Kolumbien zu dessen Einsatz im Kampf gegen Drogen.

Weiterhin lösten Pressemeldungen um das Jahr 2000, wonach das US-, russische und laut dem Umweltbundesamt auch das deutsche Militär heimlich beispielsweise an Antibiotika-resistenten Milzbrand- oder Pesterregern forsche, öffentliche Empörung aus. Begründet wurden diese fragwürdigen Unternehmungen mit der Forschung an möglichen Schutzmaßnahmen gegen biologische Angriffe. Die USA und Frankreich kündigten zudem an, in Zukunft verstärkt erforschen zu wollen, wie hypothetische Feinde künftig hypothetische Biowaffen ausbringen könnten. Mit anderen Worten: unter dem Deckmantel der Gefahrenabwehr werden hier aktiv neue Methoden zur offensiven Nutzung von Biowaffen entwickelt. Das Ergebnis all dieser Entwicklungen und Bestrebungen aber ist, dass das absolute Ver- >>

»Unter dem Deckmantel der Gefahrenabwehr werden aktiv neue Methoden zur offensiven Nutzung von Biowaffen entwickelt.«

bot von Biowaffen zunehmend löchriger wird – die Grenze zu »echter«, offensiver Biowaffenforschung scheint längst überschritten.

Glaubt man den amtlichen Verlautbarungen, stellt aktuell jedoch keineswegs die konventionelle Nutzung von Biowaffen in zwischenstaatlichen Konflikten die größte Bedrohung dar, sondern terroristische Akte gegen Zivilpersonen mit solchen Waffen. Westliche Geheimdienste fürchten nicht erst nach einem Aufruf von al-Quaeda an »Brüder mit Abschlüssen in Mikrobiologie« aus dem Jahr 2011, dass die Terrororganisation die Entwicklung von Biowaffen massiv vorantreiben könnte. Auf den ersten Blick scheint dies plausibel, werden Biowaffen doch auch gern als »Atombombe des armen Mannes« bezeichnet. Tatsächlich sind Biowaffen jedoch keineswegs so »billig und einfach« herzustellen, wie zum Teil suggeriert wird: so vertreten beispielsweise die Experten des Schweizer Bundesamtes für Bevölkerungsschutz die Auffassung, dass es noch immer »immense staatliche Unterstützung hinsichtlich Know-how, Technologie, finanziellen Mitteln und verfügbaren Fachleuten« bräuchte, um eine Biowaffe mit hohem Wirkungsgrad zu entwickeln. Insbesondere Syrien, Nordkorea und der Iran gelten dabei als mögliche staatliche Partner für Terrororganisationen mit Biowaffenambitionen.

Um solche Staaten zumindest in gewissem Maße kontrollieren zu können, fokussierten unter anderem die USA ihre Bemühungen zuletzt verstärkt darauf, bilaterale Kooperationen im Bereich Biotechnologie mit diesen einzugehen. Als Mittel der Wahl sollen hierzu insbesondere Vertrauensbildende Maßnahmen dienen. Sie umfassen etwa den Austausch von Erfahrungen bezüglich Infektionskrankheiten und Impfstoffen oder die Förderung von Kontakten zwischen Wissenschaftlern. Getragen sind diese Maßnahmen von der Hoffnung, dass diese Staaten es aufgrund der größeren Transparenz und des frei zugänglichen Wissens zur Infektionsbekämpfung nicht mehr für nötig halten, selbst und unbeaufsichtigt heikle Forschungen auf diesem Sektor zu betreiben. Allerdings war das Interesse bislang eher begrenzt – maximal 56 Mitgliedstaaten nutzten den Mechanismus bis 2010.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Gefahren durch Biowaffen keineswegs gebannt sind. Vielmehr scheinen diese wieder zu wachsen. Anstatt entschiedene Schritte zur Durchsetzung des totalen Biowaffenverbots zu unternehmen, bewegen sich einige Staaten unter anderem aus Angst vor Biowaffenterrorismus in genau die entgegengesetzte Richtung und forcieren ihre umstrittenen Forschungen in diesem Bereich. Die damit verbundenen hohen Risiken illustriert der letzte bekannte Fall von Biowaffenterror aus dem Jahr 2001. Die Milzbrand-Sporen, die hier fünf Menschen das Leben kosteten und die USA wochenlang in Atem hielten, stammten nämlich keineswegs von al-Quaeda – sondern aus staatlichen Laboren. ◄◄◄◄

Juliane Ulbricht *studiert in Aberystwyth den Masterstudiengang »Intelligence and Strategic Studies«.*

Quellen und Links:

Abschlussdokument der 7. Überprüfungskonferenz der Biowaffenkonvention vom 22. Dezember 2011

Statement von US-Außenministerin Hillary Clinton vom 7. Dezember 2011 auf der 7. Überprüfungskonferenz der Biowaffenkonvention

»National Strategy for Countering Biological Threats« des Nationalen Sicherheitsrats der USA vom 23. November 2009

US-Patent-Nummer 6.523.478 »Rifle-launched non-lethal cargo dispenser« vom 25. Februar 2003

Vortrag »Der mögliche Missbrauch der Genetik für biologische Waffen« von Malcolm Dando, Piers Millett und Simon Whitby am 9. Juni 2001

Entwurf des »sunshine project« vom April 2001 für eine Erweiterung der Biowaffenkonvention

Bericht des *Spiegel* vom 21. Oktober 2000 über Kritik des Umweltbundesamts an den gentechnischen Forschungen der Bundeswehr

Studie »Ataxia: The Chemical and Biological Terrorism Threat and the US Response« des Stimson Center vom 9. Oktober 2000

»Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen« vom 16. Dezember 1971: Text und Ratifikationsstand

Gesundheit in jedem Gesetz?

von Verena Holtz

Plenarsaal des südafrikanischen Parlaments: Die Legislative lag im Rechtsstreit mit globalen Pharmakonzernen.

Als Schlagwort für eine veränderte Herangehensweise an Entscheidungen, die weltweit Folgen für das Wohlergehen von Menschen haben, steht »Globale Gesundheit«. In der internationalen Politik hat ihre Förderung in den letzten Jahren auf zahlreichen Ebenen an Bedeutung gewonnen – vor allem in wirtschaftlichen, aber seit dem 11. September 2001 auch in sicherheitspolitischen Zusammenhängen. Deutschlands Handeln und strategische Positionierung in diesem Bereich ist bislang vergleichsweise zurückhaltend.

>> »Health in all Policies« – die Auswirkungen auf Gesundheit bei jedem legislativen Beschluss im Auge zu behalten und zu berücksichtigen – dieses hehre Ziel hielt der Rat der Europäischen Union im Dezember 2006 in einer Erklärung mit eben diesem Titel fest. Diese Aufforderung an unterschiedlichste politische Entscheidungsträger ist ein völlig neuer Blickwinkel auf zu treffende Entscheidungen und Ausdruck eines Perspektivwechsels der sich in den letzten Jahren in der internationalen Gesundheitspolitik vollzogen hat. Schlagwort für dieses neue Verständnis ist der Begriff der »Globalen Gesundheit«. Sie ist als Zielsetzung zu verstehen, das Menschenrecht auf Gesundheit für alle Menschen auf bestmögliche Weise dadurch zu verwirklichen, dass eine weltweite Zusammenarbeit in allen dafür erforderlichen und dazugehörigen Bereichen stattfindet. Das erfordert eine komplexe interdisziplinäre Herangehensweise.

David Fidler, Juraprofessor an der Indiana University Bloomington, spricht von einer »politischen Revolution« des Themenfeldes. Ende 2006 konkretisierte er in der Fachzeitschrift *Health Promotion International* seine Beobachtung: Das Poli- >>

tikfeld »Gesundheit« sei im außenpolitischen Kontext traditionell mit Entwicklungspolitik und der Stärkung von Menschenrechten verbunden worden. Durch eine zunehmende Verknüpfung mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragestellungen habe es auf diplomatischer Ebene nun enorm an Bedeutung gewonnen.

Eine Ursache hierfür war auch die Refokussierung internationaler Politik auf terroristische Bedrohungen, insbesondere durch biologische Waffen. Als Katalysator wirkten dabei neben den Terrorangriffen des 11. September 2001 auch die Anthrax-Anschläge in den USA, die nur eine Woche nach der Attacke von al-Qaeda stattfanden.

Die wirtschaftliche Dimension war zuvor schon insbesondere durch Streitigkeiten über Patentrechte und deren Auswirkungen auf eine bestmögliche Medikamentenversorgung deutlich geworden: 1994 wurde das »Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights« – kurz TRIPS-Abkommen – als Zusatz zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) verabschiedet. Mit seinem Inkrafttreten hat es seither bindenden Charakter für die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO). Durch Streitschlichtungsmechanismen der WTO besteht die Möglichkeit, Verstöße gegen das TRIPS-Abkommen zu sanktionieren.

Für internationales Aufsehen sorgte wenige Jahre später ein Prozess vor dem obersten Gerichtshof Südafrikas. Mehrere Pharmaunternehmen klagten gegen ein 1997 verabschiedetes Gesetz, welches durch Parallelimporte und Zwangslizenzen eine billigere Beschaffung von Medikamenten ermöglichen sollte. Die Klage wurde später zurückgezogen. Der Streit um die Umsetzung des TRIPS-Abkommen setzte sich aber weiter fort. Wolfgang Hein, Forscher am German Institute of Global and Area Studies in Hamburg, beschrieb die Konfliktsituation wie folgt: »Dass indische Pharmafirmen generische Versionen produzierten und zu weniger als einem Zehntel der Preise für die Originalversionen anboten, diese aber in vielen Entwicklungsländern, in denen bereits ein TRIPS-kompatibles Patentrecht in Kraft war, nicht verkauft werden durften, machte die Problematik des Zugangs zu Medikamenten offensichtlich.« Die Verabschiedung der »Doha Deklaration« 2001 durch die WTO entschärfte den Konflikt, indem es die bestehenden Regelungen des TRIPS flexibilisierte.

Strittig ist diese Thematik allerdings bis heute – mit Auswirkungen auf die diplomatische Arbeitsebene. Ilona Kickbusch, Leiterin des »Global Health Programme« der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf, stellte 2009 auf einer internationalen Konferenz des Auswärtigen Amtes in Berlin fest, »dass die besten Experten für Global Health Diplomacy in den Schwellenländern sind. Die besten globalen Gesundheitsdiplomaten, die Public Health und Außenpolitik eng verbinden, finden wir in Brasilien, Indonesien, Südafrika und Thailand.«

Erfahrungsvorsprung und Verhandlungsvorteil der Schwellenländer

Diesen Schwellenländern gelingt es vergleichsweise gut, auch bei fachfremden Verhandlungen die Auswirkungen auf den Bereich der Gesundheit mit einzubeziehen und sich entsprechend zu positionieren. Da unterschiedliche Determinanten die Gesundheit von Menschen beeinflussen, kann dieses unter anderem Felder wie die Umwelt-, Wirtschafts-, Forschungs- und Innenpolitik betreffen. Manche Staaten sind bei der Institutionalisierung einer zielgerichteten, ressortübergreifenden Zusammenarbeit sehr fortgeschritten. 2006 veröffentlichte die Schweiz als erstes Land ein Strategie - und Maßnahmenpapier, das offenlegt, welche neue Art der Zusammenarbeit der Schweizer Gesundheitsaußenpolitik zu einer größeren Kohärenz verhelfen soll. In den USA wurde 2009, als eine Maßnahme von vielen, die »Global Health Initiative« gegründet, die die Arbeit von US-Behörden auf ganz neue Weise verbindet. Im Rahmen dieser Initiative koordinieren unter anderem, die Ministerien für Innere Sicherheit, Verteidigung, Landwirtschaft, Arbeit, Finanzen und Handel sowie verschiedene Programme ihre Arbeit im Hinblick auf die Förderung globaler Gesundheit.

Deutschland hat bei solchen Aktivitäten noch Aufholbedarf. Ein Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über »Gesundheit als Teil deut- >>

Foto vorherige Seite: Michael Hebb / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Generic

scher Entwicklungspolitik« aus dem Sommer 2009 verdeutlicht, dass es einer »intensiven Zusammenarbeit« zwischen vielen Politikbereichen bedürfe. Dies beinhalte »neben der strategischen Kooperation des Gesundheitssektors mit anderen Handlungsfeldern auch die gezielte Integration gesundheitsrelevanter Aspekte in deren Vorhaben«. Auf welche Weise dies passieren soll, bleibt vollkommen ausgeblendet. Immerhin verrät das Papier die Schwerpunkte deutscher Gesundheitsdiplomatie: die Gesundheitssystementwicklung, die Bekämpfung von HIV und AIDS sowie die sexuelle und reproduktive Gesundheit. Daneben engagiert sich der »Exportchampion« natürlich in der internationalen Gesundheitswirtschaft – zuletzt mit Gesundheitsminister Daniel Bahrs Besuch auf der Messe »Arab Health« in Dubai im Januar, »um die gesundheitspolitische Kooperation noch weiter zu intensivieren.« Berlin verknüpft mit der Förderung von Globaler Gesundheit eigene und entwicklungspolitische Interessen.

Dabei ist das BMZ zentraler Akteur bei der Entwicklung und Umsetzung der Aktivitäten Deutschlands im Bereich der »Globalen Gesundheit«. Die Bedeutung dieser Schwerpunktsetzung innerhalb des Entwicklungshilfeministeriums lässt sich auch daran ablesen, dass der Entwicklungshilfeausschuss des Bundestages 2010 den Unterausschuss »Gesundheit in Entwicklungsländern« bildete.

Neben dem Auswärtigen Amt, traditionell zuständig für die Repräsentation Deutschlands bei den Vereinten Nationen und die Vertretung deutscher Interessen im Dialog mit anderen Regierungen, ist ein weiterer institutioneller Akteur mehr und mehr beteiligt, die Fragen Globaler Gesundheit zu behandeln: Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) ist verantwortlich für die deutsche Beteiligung innerhalb der WHO. Im Dezember 2011 nahm Minister Bahr beispielsweise an einem Treffen der »Global Health Security Initiative« in Paris teil. Dort tauschten sich Gesundheitsminister von acht OECD-Ländern mit der Generalsekretärin der WHO und dem Europäischen Kommissar für Gesundheit aus und legten Schwerpunkte für ein koordiniertes Vorgehen fest. Wirklich initiativ tätig wurde Deutschland bislang zweimal.

2007, als Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft und G8-Präsidentschaft innehatte, schob es unter anderem die Initiative »Providing for Health« (P4H) an. Diese vernetzt Frankreich, Spanien, die Schweiz, die Internationale Arbeitsorganisation, die WHO, die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und Deutschland. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die soziale Sicherung von Patienten zu stärken und private Zuzahlungen im Krankheitsfall, wie zum Beispiel bei Medikamenten, zu reduzieren.

Im gleichen Jahr initiierten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der britische Premierminister Gordon Brown die »International Health Partnership«. Dieser Zusammenschluss, dem aktuell 52 Mitglieder angehören, sollte sich mit den Fortschritten in der Erreichung der Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen befassen. Gleichzeitig sollte er weiteren Austausch über die Umsetzung der »Paris Declaration on Aid Effectiveness« von 2005 ermöglichen. Mit dieser Erklärung hatten sich 89 Staaten auf Grundsätze für einen effektiveren und besser koordinierten Einsatz von Entwicklungshilfe geeinigt.

Trotz solcher Vorhaben werfen Experten Deutschland in Sachen globaler Gesundheitspolitik Strategielosigkeit, uneindeutige Zuständigkeiten und fehlendes Engagement vor – die deutsche *Ärzte Zeitung* spricht sogar von »Kopflosigkeit«. Dadurch, dass sich in den auf diesem Feld aktiven Ländern innerhalb der letzten Jahre viel verändert hat, bleibt abzuwarten, wie sich die Bundesrepublik in Zukunft positionieren wird. Wird sich die Förderung der globalen Gesundheit mittel- und langfristig zu einer bedeutenden Zielsetzung deutscher Außenpolitik entwickeln oder wird sie ein Nischendasein fristen?

Eine verstärkte Verknüpfung globaler Gesundheitspolitik mit erweiterter Sicherheitspolitik >>

Berlin verknüpft mit der Förderung von Globaler Gesundheit eigene und entwicklungspolitische Interessen.

birgt in diesem Zusammenhang Chancen und Risiken in sich. Während sie vielfach weitere finanzielle Mittel für Gesundheitsinitiativen erschlossen hat, konzentriert sich sicherheitspolitisch ausgerichtete Gesundheitspolitik häufig auf geopolitisch wichtige Schlüsselstaaten – selbst wenn solche gezielten nationalen Sicherheitsinteressen nicht mit den weltweiten Erfordernissen einer besseren Gesundheitsversorgung identisch sind.

Indes ist weltweit ein weiterer Trend zu beobachten: Das Engagement innerhalb globaler Gesundheitspolitik folgt zunehmend einem vertikalen Ansatz. 2002 wurde auf Initiative der G8, und vor allem auf Drängen der USA, der »Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria« als Public-Private Partnership ins Leben gerufen, anstatt UN-Organisationen wie die WHO finanziell besser auszustatten. Die Bekämpfung einzelner Krankheiten rückt in den Vordergrund, und dabei wird die Förderung von nationalen Gesundheitssystemen verhältnismäßig wenig berücksichtigt. An dieser Stelle könnte Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten, indem es sich auf den unterschiedlichen Ebenen für eine Stärkung von Gesundheitssystemen einsetzt.

Ebenso ist auf mehreren Ebenen ein Perspektivwechsel gefragt: »Natürlich ist Koordination für eine Global Health Governance kein Selbstzweck«, befand Ilona Kickbusch nebst ihren Kollegen Hein und Silberschmidt im *Journal of Law, Medicine & Ethics* schon 2010. Die Forderung geht an Diplomaten, Regierungen und Parlamentarier, in dem, was sie tun, die Auswirkungen auf Gesundheit zu bedenken und zu berücksichtigen. Sie sollten »mehr Fairness, mehr Sicherheit und mehr Effektivität durch eine verstärkte Kohärenz Globaler Gesundheitspolitik und ihrer Programme anstreben.« ◂◂◂◂

Ein Perspektivwechsel auf mehreren Ebenen ist gefragt.

Verena Holtz *hat an der Universität Bremen Politikwissenschaften studiert.*

Quellen und Links:

Webpräsenz der amerikanischen »Global Health Initiative«

Website der »Global Health Security Initiative«

Bericht der *Ärzte Zeitung* vom 2. November 2011

Länderbericht »Global Health Policymaking in Germany« vom Mai 2011 der »Evidence to Policy Initiative«

Ilona Kickbusch u.a.: »Adressing Global Health Governance Challenges trough a New Mechanism« im *Journal of Law, Medicine & Ethics*, Ausgabe 3/2010

Sektorkonzept »Gesundheit in der deutschen Entwicklungspolitik« des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom August 2009

Tagungsband zum »23. Forum Globale Fragen« vom 18. März 2009 des Auswärtigen Amts

Wolfgang Hein: »Global Health. Ein Politikfeld von unterschätzter Bedeutung«, Paper der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Februar 2007

Schlüsse des Rats der Europäischen Union vom 1. Dezember 2006 über »Health in all Policies«

Zielvereinbarung »Schweizerische Gesundheitsaussenpolitik« der eidgenössischen Departements des Innern und für auswärtige Angelegenheiten vom 9. Oktober 2006

David Fidler: »Health as foreign policy: harnessing globalization for health« in der *Health Promotion International*, Ausgabe 21/2006

Freiwillige vor!

von Sebastian Petyrek

Katastrophenfall: ein Helfer des Roten Kreuzes in Otsuchi an der Nordostküste Japans im März 2011.

Foto: Toshiharu Kato/Japanisches Rotes Kreuz

Im Jahr 2013 feiert das Rote Kreuz sein 150-jähriges Bestehen. Entstanden aus der Sorge um Kriegsverwundete ist die Bewegung in dieser Zeit zu der weltweit wichtigsten Hilfsorganisation mit rund 97 Millionen ehrenamtlichen Helfern geworden – ein stiller Begleiter von großen und kleinen Kriegen und Katastrophen. Aber auch vor der deutschen Haustür wird ihre Unterstützung immer häufiger benötigt. Eine Würdigung

>> Im norditalienischen Solferino werden am 24. Juni 2012 tausende Rotkreuzler aus aller Welt der gleichnamigen Schlacht und der damit verbundenen Entstehung ihrer Organisation vor bald 150 Jahren gedenken. Der Schweizer Geschäftsreisende Henri Dunant wurde 1859 mehr zufällig Zeuge des blutigsten Gefechts auf dem europäischen Kontinent seit der Völkerschlacht von Leipzig. Seine veröffentlichte Beschreibung des Gemetzels zwischen Franzosen, Piemontesern und Österreichern gab den Anstoß zur Gründung des »Internationalen Komitees vom Roten Kreuz« vier Jahre später. 1864 dann unterzeichneten europäische Mächte, unter ihnen Preußen und Frankreich, die erste von inzwischen vier »Genfer Konventionen« zum Schutze aller vom Krieg Betroffenen, die der internationalen Organisation ihren völkerrechtlichen Status verleihen.

Heute gehört das Rote Kreuz zweifelsohne zu den bekanntesten Hilfsorganisationen weltweit. Ihre Schutzzeichen – das Rote Kreuz, der Rote Halbmond und, seit 2006, der Rote Kristall – finden in Katastrophenfällen, Kriegen und Konflikten global Anwendung. So prominent die Organi- >>

sation selbst sein mag, so unterschiedlich fallen bisweilen die damit verbundenen Assoziationen aus. Während der im Krieg verletzte Soldat mit dem Roten Kreuz in erster Linie das Schutzzeichen für Verwundete assoziiert, verbinden von Naturkatastrophen heimgesuchte Menschen damit wohl eher die Unterstützung mit Nahrungsmitteln und/oder Hilfsgütern.

Befragte man in Deutschland die Frau oder den Mann auf der Straße nach ihren Assoziationen zum Roten Kreuz, würden sicherlich Aspekte wie die Genfer Konventionen, die internationale Hilfe bei Katastrophen und die Kontaktaufnahme zu politischen Gefangenen in Diktaturen genannt. Zugleich kann man die Erwähnung stärker auf Deutschland bezogener Aufgabenfelder des Roten Kreuzes erwarten – beispielsweise der Organisation von Blutspenden oder die Bereitstellung von Sanitätern. All das gehört zu den Funktionen des Roten Kreuzes und ist zugleich doch nur ein Auszug seiner Arbeitsfelder. Im Bereich nationaler Sicherheitspolitik beziehungsweise der inneren Sicherheit ist vor allem seine Mitwirkung am Katastrophenschutz von herausragender Bedeutung – besonders dann, wenn der vom zivilen Bevölkerungsschutz befürchtete Fall eintritt: der MANV, der »Massenanfall von Verletzten«, beispielsweise 2010 bei der »Loveparade« in Duisburg.

Der Katastrophen- und der zivile Bevölkerungsschutz in Deutschland sind föderal organisiert. Doch nicht nur geben Bund und Länder gemeinsam die Richtung vor; es sind viele Organisationen beteiligt. Abgesehen vom Technischen Hilfswerk, das direkt dem Bundesinnenministerium unterstellt ist, wie auch den kommunalen Feuerwehren, sind es die evangelische Johanniter-Unfall-Hilfe, der katholische Malteser Hilfsdienst, der unabhängige Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und allen voran das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die in der Bundesrepublik für den Katastrophenschutz Personal stellen sowie dieses aus- und fortbilden.

Mit 250.000 Einsatzkräften, organisiert in 19 Landesverbänden, ist das DRK die mit Abstand größte Hilfsorganisation in diesem Bereich. Derartige Zahlen verleiten gerne zu einem Vergleich mit den großen Arbeitgebern der Bundesrepublik doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DRK, aber auch der anderen Hilfsorganisationen, sind Ehrenamtliche – bis hinauf in die höchsten Posten. Erst Ende 2010 trat die Organisation Gerüchten entgegen, laut denen sie bei einer Abschaffung der Wehrpflicht die Einführung einer »Heimatschutz-Dienstpflicht« gefordert hätte. DRK-Generalsekretär Clemens Graf von Waldburg-Zeil betonte: »Freiwilligkeit ist einer unserer wichtigsten Grundsätze. Darauf bauen wir auch weiterhin im Katastrophenschutz.«

Auch ein Vergleich beispielsweise zu den freiwilligen Feuerwehren würde hinken, da sich zwischen beiden Institutionen die Aufgabenfelder – und damit die ideellen Anreizstrukturen zur Mitarbeit – zu stark unterscheiden. Bei den Feuerwehren liegt der Schwerpunkt ihrer Einsätze auf der Abwicklung mehr oder weniger alltäglicher Gefahrenlagen, wie der Bekämpfung von Gebäudebränden, dem Retten von Verletzten aus Autowracks oder dem Auspumpen überfluteter Keller. Diese Einsätze haben eine relativ hohe Taktfrequenz und man kann sich auf sie vergleichsweise gut vorbereiten.

»Auch beim Roten Kreuz wird man nicht mehr anrufen können.«

Die Aktionen von Hilfsorganisationen wie dem DRK sind in ihrer Frequenz hingegen seltener, und man kann relativ schwer gezielt dafür üben. Zudem finden die Tätigkeiten jenseits der schlagzeilenträchtigen »Großlagen« weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung – beispielsweise wenn die Feldköche des Roten Kreuzes mit mobilen Küchen für mehrere hundert Betroffene und Helfer nach einer Evakuierung Mahlzeiten zubereiten und andere speziell ausgebildete Einsatzkräfte wiederum Notunterkünfte einrichten. Ähnlich im Sanitätsdienst, wo Verletzte versorgt werden und gelegentlich auch mit Blaulicht gefahren wird. Und es sind dieselben ehrenamtlichen Sanitäter des Roten Kreuzes auf Open Air Festivals bis hin zu Volkfesten, die zur Stelle sind, wenn sich ein Elbehochwasser wie 2002 oder ein Zugunglück wie in Eschede 1998 ereignet. >>

Sind solche Ereignisse einmal wieder aus Schlagzeilen und Tagesnachrichten verschwunden, findet die Beschäftigung mit ihnen wieder deutlich weniger Interesse. In der medialen Öffentlichkeit wird das Thema »Katastrophenschutz« kaum aufgeworfen, wenn es nicht gerade akut ist. Über die Freiwilligen des Roten Kreuzes fällt dann ein ähnlicher Schatten.

Das betrifft aber auch die Frage, was die Gesellschaft von den Katastrophenschutzeinheiten in einer solchen Situation erwarten kann. Bei komplexen Großschadens- und Katastrophenlagen stellen nicht die erfahrenen, hauptamtlichen Regelrettungsdienste, wie die der Berufsfeuerwehren, die überwiegende Zahl an Einsatzkräften. Es sind, ganz im Gegenteil, Freiwillige, die hier neben Beruf und Familie einen Dienst verrichten.

Dabei komplizieren schon die Schwierigkeit, sich auf immer andere und neuartige Lagen in Übungen adäquat vorzubereiten, und die ganz individuellen persönlichen Situationen der Helferinnen und Helfer die ehrenamtliche Arbeit. Vor allem aber die häufige Weigerung von Arbeitgebern, die entsprechenden Personen für mehrere Tage oder Wochen aus der Beschäftigung freizustellen, gefährden das freiwillige System.

Wie verletzlich gegenüber und zum Teil schlecht vorbereitet Deutschland auf unvermutete Gefahren ist, haben die Ausbreitung des EHEC-Erregers Anfang 2011 oder der Stromausfall im Münsterland 2005 gezeigt. Das DRK hat zu solchen und anderen denkbaren Szenarien Stellung bezogen. Generalsekretär Waldburg-Zeil warnte im Rückblick auf den Münsteraner Stromausfall vor naivem Optimismus: Entfiele einmal großflächig und langfristig die Elektrizitätsversorgung, so ginge er davon aus, »dass das öffentliche Leben zusammenbricht und chaotische Zustände herrschen. Auch beim Roten Kreuz wird man dann nicht mehr anrufen können.«

Verbandsintern wird die Hilfsorganisation solche Gefahren und Themen auch im Jubiläumsjahr diskutieren – wenngleich nach außen natürlich die großen Errungenschaften wie die Genfer Konventionen und die Hilfe bei Kriegen und Katastrophen weltweit im Vordergrund stehen. Noch zu selten stehen die Gefahren, die in Deutschland selbst drohen, im Fokus. ◂◂◂◂

Sebastian Petyrek *studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der Christian-Albrechts Universität zu Kiel. Er engagiert sich als Bereitschaftsleiter im DRK.*

Quellen und Links:

»Gefahrenbericht« der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern vom 31. Mai 2011

Grünbuch des »Zukunftforums Öffentliche Sicherheit« vom September 2008

Webpräsenz der Internationalen Komitees vom Roten Kreuz

Webpräsenz des Deutschen Roten Kreuzes

ESKALATION

Der Kalte Krieg wechselt die Fronten

von Sandro Gaycken

Während der Cyber-War als Thema längst auf dem politischen Parkett angekommen ist, stehen sicherheitspolitische Akteure vor den technischen Grenzen und Möglichkeiten herkömmlicher Methoden. Zudem erschweren mangelnde Kompetenzen und Ehrlichkeit die Suche nach internationalen Deeskalationsmechanismen im virtuellen Raum. Reicht das gute alte Rote Telefon noch aus?

>> **Cybersecurity ist nicht nur** eine innere Angelegenheit von Staaten. Sie wird auch immer mehr zu einem Problem der internationalen Beziehungen. Warum? Zum Beispiel aus ermittlungstaktischen Gründen. Internetbasierte Verbrechen können bekanntermaßen von fast jedem Punkt auf der Erde aus verübt werden. Das ergibt automatisch schlechte Ausgangsbedingungen für national orientierte Ermittlungsbehörden. Es gibt zwar viele Vorstöße – wie zum Beispiel die Cybercrime-Konvention – zur Verbesserung der internationalen Kooperation auf diesem Gebiet, aber praktisch stehen diesen Ansätzen immer noch viele Widerstände gegenüber. Denn die grenzüberschreitenden Untersuchungen laufen derzeit vorrangig über die klassische Form der Rechtshilfeersuchen.

Da die eigenen Ermittler nicht in fremden Ländern ermitteln dürfen, müssen sie offiziell die ausländischen Polizeien um deren Mitarbeit bitten. Hier sind zwar inzwischen viele Fortschritte zu verzeichnen – die Zusammenarbeit mit Staaten wie etwa Russland sind beispielsweise erheblich besser geworden – aber es fehlt wie in allen anderen Ländern nach wie vor an kompetentem Personal in den Polizeikräften bei gleichzeitig nur sehr begrenzt wirksamen technischen Hilfsmitteln. Technik kann eben auch hier nicht als Ersatz polizeilicher Arbeit herhalten. Außerdem weichen Cyberkriminelle auch immer wieder gerne technisch in Länder aus, die keine Konventionen unterschrieben haben.

»Cyberwaffen« sind weit unspezifischer als nukleare Waffen.

Doch das ist nicht das einzige, ja nicht einmal das drängendste Problem. Bedeutend wichtiger werden langsam, aber stetig, die Verhaltensweisen von Staaten im Cyberspace zueinander. Dazu zählt die Aufstellung von militärischen Hackereinheiten, die als neues und hocheffizientes Wirkmittel für zukünftige Kriege aufgebaut und die technische Umgebung der Militärs wieder einmal revolutionieren werden. Das zeichnet sich bereits jetzt als neue Grundkonstante kommender Konflikte ab. Alles, was auf Informationstechnik beruht, wird zukünftig im Ernstfall immer weniger zuverlässig sein. Eine zumindest partielle Rückkehr zu einfacheren Kriegstechnologien und entsprechenden Verfahrensweisen und Taktiken ist eine klare und folgenreiche Konsequenz daraus.

Noch gravierender allerdings ist der gegenwärtig dominante Trend des Einsatzes von Hackerkapazitäten durch Staaten zu Spionage und gelegentlicher Sabotage. Davon sind vor allem die Wirtschaften der jeweils anderen Staaten betroffen. Das Ausmaß hat längst epische Züge erreicht: kein größeres Unternehmen ist noch ohne regelmäßige Spionagevorfälle; an Börsen, Banken und Währungsströmen werden immer häufiger Fälle direkter oder indirekter Manipulationen aufgedeckt. Wirksamer technischer Schutz ist dabei so gut wie unmöglich. Das größte Problem bei diesen Aktivitäten war bislang allerdings weniger der tatsächlich verursachte Schaden, sondern der Fakt, dass sie der Öffentlichkeit weitgehend vorenthalten wurden. So gut wie nichts wurde darüber bekannt, denn die Unternehmen und die Finanzbranche fürchteten den Verlust von Image und Vertrauen, sollte ihre Verwundbarkeit im Cyberspace publik werden. So entsteht aber ein verzerrtes Bild in Öffentlichkeit und Politik, denn gerade die besonders folgenreichen und gefährlichen Vorfälle sind nicht Teil der Wahrnehmung. Trotz der Geheimhaltung sind einigen Behörden aber viele dieser Fälle bekannt – und viele von ihnen finden die Situation bereits länger unerträglich.

Das führt derzeit zu einem spürbaren Wandel in der bestehenden Kultur der verschworenen und hinnehmenden Heimlichkeit, hin zu einem offensiveren Umgang mit dem Problem. Insbesondere auf massenhafte Cyberspionage wollen einige Länder – trotz des weiterhin bestehenden Problems der Schwierigkeit einer zweifelsfreien Attribution solcher Attacken – in Zukunft schärfer reagieren. Extreme Maßnahmen wie Militärschläge werden, trotz aller Rhetorik, zwar nicht zu erwarten sein, aber Strategien wie die öffentliche Denunziation vermuteter Angreifer sind wahrscheinlich. Solch ein virtueller Pranger würde im Idealfall durch den damit erzeugten, starken internationalen Druck auf die vermeintlichen Angreifer die Hemmschwelle für künftige Angriffe erhöhen. Möglicherweise ist der seit einigen Wochen zu beobachtende Anstieg bei den öffentlichen Bekanntmachungen elektronischer Spionageaktivitäten bereits ein erster Schritt in diese Richtung. >>

Foto vorherige Seite: Earkle (flickr) / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-NoDerivs 2.0 Generic

Dieses Vorgehen ist allerdings nicht ganz unproblematisch, denn es provoziert das denunzierte Gegenüber zur Reaktion – und im schlimmsten Fall zur Eskalation. In der Regel werden beschuldigte Staaten ihre Beteiligung unter Hinweis auf die unklare Beweislage vermutlich schlicht abstreiten. Verhärtete Fronten wären die fast sichere Folge.

Wie sich diese ersten Schritte einer solchen bewussten Verschärfung weiter entwickeln werden, ist derzeit jedoch noch offen. Etliche der möglichen Reaktionen aber können uns, dem Westen, nicht wirklich schmecken. So ist beispielsweise bereits jetzt absehbar, dass einige der beschuldigten Staaten versuchen werden, unter dem Deckmantel der besseren Eindämmung von aus ihren Ländern ausgehenden Spionagebemühungen eine drastische Erhöhung von Überwachung und Zensur im Netz zu legitimieren. Dies kann nicht in unserem Interesse liegen.

Ganz gleich aber wie diese spezifische Situation sich entwickeln wird – zwischenstaatliche Spannungen durch Cyberaktivitäten werden auch in der Zukunft ein äußerst ernstes Thema bleiben. Denn immer mehr Staaten entdecken diesen Vektor als attraktiven Weg zu Macht und Einfluss – oder ganz profan als Einnahmequelle. Und immer mehr Angegriffene möchten sich, wenn eben der technische Schutz nicht hergestellt werden kann, auch auf Grundlage nur vager Beweislagen verteidigen können.

Neben dieser Eskalation der großen internationalen Player werden also viele kleine Eskalationen zu befürchten sein, die schließlich auch über zusätzlich Cybervektoren weiter angeheizt werden können, wie etwa durch vorgetäuschte Spionage und Sabotage sowie Manipulationen der Öffentlichkeit durch geschickt manipulierte Web 2.0-Medien. Und bei kleineren Akteuren ist möglicherweise auch der Griff zur ganz realen Waffe leichter getan, wenn in einer angeheizten Atmosphäre zwischen kleinen Ländern ohne Nuklearwaffen plötzlich vermeintlich kritische Hackerangriffe als zündender Funke dienen.

Dies ist eine ernste Situation, die erneut eine Erweiterung der Sichtweise auf digitale Medien und ihre gesellschaftliche Bedeutung erfordert. Denn wenn Informationstechnik nun auch reale Kriege – und damit auch reale Tode – evozieren kann, beeinflusst dies auch das Gewicht der Forderungen nach mehr IT-Sicherheit. Der beste Weg dazu wäre dabei nach wie vor die Prävention durch sichere Informationstechnik. Dieser ist allerdings für viele Staaten – aufgrund der hohen Kosten des dafür erforderlichen Ersatzes bestehender Technik durch wesentlich teurere und weniger effiziente Hochsicherheits-IT – nicht gangbar. Aus diesem Grund gewinnt ein zweiter Weg zunehmend an Popularität: Sicherheit durch stärkere Kontrollen und rigidere Überwachung, sei es der eigenen Netzwerke oder aber gleich aller Netze auf dem Globus.

Daneben, aber zum Teil auch im Rahmen dieser Vorstöße zu erhöhten Kontrollen, wird neuerdings zudem verstärkt erwogen, etablierte Mechanismen zur Friedenssicherung auch für den Erhalt des Friedens im Cyberspace nutzbar zu machen. Internationale Konferenzen, wie jene, die im Dezember 2011 im Auswärtigen Amt durchgeführt wurde, sind die Foren dieser Vorschläge. Viele der dort vorgebrachten Ideen sind überaus sinnvoll. Vereinbarte Kommunikationskanäle, ähnlich dem »Roten Telefon« des Kalten Krieges, oder vertrauensbildende Maßnahmen, so wie sie beispielsweise bei Atomwaffen üblich sind, stellen nur zwei Beispiele für Mechanismen dar, die einer Eskalation im Cyberspace entgegenwirken könnten. Die praktischen Details solcher Maßnahmen auszuarbeiten erweist sich allerdings als schwierig, denn ihre Realisierung ist oft alles andere als klar oder einfach. Divergierende Interessen und Gesetzgebungen sowie die Technik stehen dem gern im Weg und erfordern das Erkunden neuer Wege.

»Cyber« ist längst kein Hype mehr.

Für diese Erkundung existiert glücklicherweise eine etablierte internationale Gemeinschaft mit solidem technischem und regulativem Wissen. Trifft diese auf die diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Instanzen und sind diese in der Lage, ihre Interessen klar zu formulieren, können Konzepte und Ansätze für Entscheidungen entwickelt, sowie deren Möglichkeiten, Grenzen und Folgen klar dar- und gegebenenfalls zur Dispositionen gestellt werden.

Das geht aber nicht immer gut, was aktuell am deutschen Beispiel zu beobachten ist. »Cyber« ist auch hier ein Hype-Thema, mit dem sich potenziell viel Geld verdienen lässt. Firmen, Techniker oder – neuerdings – Politikwissenschaftler drängen auf den Markt. Dabei ist aber oft ein Mangel an Ehrlichkeit oder Kompetenz – oder beidem – zu bemerken. >>

Der Mangel an Ehrlichkeit tritt besonders bei Firmen zutage, die selbstbewusst Lösungen für Probleme verkaufen wollen, für die es schlicht keine Lösungen geben kann. Etwa die bereits erwähnte gesicherte Attribution – also die Zuschreibung von Angriffen auf einen bestimmten Angreifer – ist ein solches Problem, dass sich nach wie vor nicht lösen lässt. Die technische Rückverfolgung erweist sich in der Realität als überproportional schwer und gibt, selbst wenn sie gelingen sollte, noch keinerlei Auskunft darüber, welcher Mensch tatsächlich an der angreifenden Maschine gesessen hat. Trotzdem gibt es ganze Heerscharen an Firmen, die entsprechende technische Lösungen anbieten wollen.

Datenschutz ist mehr als die Nutzungsbedingungen bei Facebook.

Der Mangel an Kompetenz dagegen ist oft bemerkenswert, wenn beispielsweise unkritisch versucht wird, anderweitig etablierte Konzepte auf die neue Situation zu übertragen. So behaupten einige der nachdrängenden Politikwissenschaftler gerne, mit den »Waffen« im Cyberwar verhielte es sich wie mit Bio-, chemischen oder sogar Nuklearwaffen und sie ließen sich demnach auch entsprechend regulieren – etwa mit Waffenkontrollen und Krisenmanagementmechanismen. Ein taktischer Zug, denn mit jenen anderen Waffenformen kennen sie sich gut aus. Aber die erwähnten Analogien passen bei genauerem Hinsehen nur für einige, wenige Merkmale, und die etablierten Wege sind oft nicht oder nur schwierig gangbar.

Rüstungskontrollen sind ein gutes Beispiel. »Cyberwaffen« sind nun einmal weit unspezifischer als nukleare Waffen. Das zu ihrer Herstellung benötigte Knowhow und das Equipment sind beinahe auf Alltagsniveau verbreitet. Jeder Internetladen könnte genauso gut eine militärische Cybertruppe beherbergen. Bei entsprechend gut getarnten, nachrichtendienstlichen Aktivitäten dann noch etwas Entscheidendes rechtzeitig beobachten zu wollen, ist eine fixe Idee. Verbreitung und Angebot solcher Waffen im Netz nachzuverfolgen, wie zum Teil propagiert, ist schlicht kaum möglich. Wer solche Ideen in die Welt setzt, vertraut dabei auf einen technischen Fortschritt, den er anstoßen möchte und der diese ganzen Probleme automatisch erledigt. Aber hier gibt es systematische Grenzen des Fortschritts, belegt in der technischen Forschung.

Aber diese Probleme kennen viele dieser Politikwissenschaftler nicht. Genauso wenig wie Bedenken bezüglich des Datenschutzes, wenn nach ihren Ideen zur Kontrolle der »Cyberwaffen« beispielsweise Datenströme hochdetailliert beobachtet werden sollen. Bei vielen dieser Forscher besteht offenbar ohnehin der Eindruck, IT-Sicherheit wäre erst seit letzter Woche ein Problem. Dass Deutschland bereits seit zwanzig Jahren eine eigene Bundesbehörde dafür hat, seit vierzig Jahren Forschungen dazu existieren, es bereits eine Reihe internationaler Gremien und Regularien zu IT-Sicherheit gibt oder dass Datenschutz mehr ist als die Nutzungsbedingungen bei *Facebook*, ist an vielen offenbar vorbeigegangen. Leider lässt sich konstatieren, dass der nötige Wille zur Aufarbeitung dieser Wissenslücken bei vielen ebenfalls nicht sehr ausgeprägt ist. Ohne eine solide Kenntnis der bestehenden regulativen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen kann aber in diesem Bereich nicht sinnvoll gearbeitet werden – auch nicht mittelfristig und schon gar nicht mithilfe an den Haaren herbei gezogener Analogien. In der sich erhitzenden Atmosphäre der internationalen Debatte zur Cybersicherheit ist das zusätzlich ungünstig. Die Risiken sind real und hoch – Verzögerungen durch falsche Agenden und Konzeptionen können wir uns nicht leisten.

Das gilt insbesondere, da Deutschland eine wichtige Rolle im Spiel der internationalen Cyberbeziehungen zu spielen haben wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist in der Bundesrepublik nämlich in diesem Bereich bereits viel an solider Vorarbeit geleistet worden. Beispielsweise existieren hohe technische Schutzstandards und – zumindest im internationalen Vergleich – gute technische und regulative IT-Sicherheitskulturen sowie reichhaltige gesellschaftliche Debatten zur Informationstechnik und ihrer Rolle in der Gesellschaft. Wir sollten uns dessen bewusst werden und auf dieser Grundlage in Zukunft eigene Ideen selbstsicherer auf dem internationalen Parkett platzieren, anstatt allzu schnell und leichtfertig die Konzepte anderer Partner zu übernehmen.

Ein allzu voreiliges Zustimmen zu vielen internationalen Initiativen und Forderungen dagegen könnte häufig in einer Aufweichung und Verflachung >>

der vergleichsweise hohen deutschen Standards enden. Das Resultat wäre nicht mehr, sondern weniger IT-Sicherheit, und daher kann und sollte Deutschland vielen dieser internationalen Vorstöße die Zustimmung verwehren. Gerade bundesdeutsche Konzepte könnten auch anderen Staaten zu einer parallelen Erhöhung von IT-Sicherheit und Freiheit verhelfen, gerade ein deutscher Weg in den internationalen Debatten in besonders hohem Maße sowohl freiheits- wie friedenssichernd wirken. Ganz nebenbei hätte dies auch wirtschaftliche Vorteile für Deutschland. Wir sollten unsere Positionen daher selbstbewusster vertreten.

Das würde auch ein deutliches Signal an Europa senden, denn der Kontinent hat sich in technischen und Technikregulierungsfragen schon immer gerne an den, in diesen Fällen sehr sorgfältig vorgehenden, deutschen Modellen orientiert. Dies wiederum hätte Folgen für die Cybersicherheit weltweit. Internationale Regelungen ohne – oder gar gegen – Europa werden sich kaum durchsetzen. Um diesen Weg erfolgreich gehen zu können, braucht es allerdings mehr Vermittler mit hinreichender Sachkenntnis in diesen Debatten. ◄◄◄◄

Dr. Sandro Gaycken *ist Senior Researcher an der Freien Universität Berlin*.

Quellen und Links:

Interview von *Zeit Online* mit Sandro Gaycken vom 8. Februar 2012

Rede von Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer zur Eröffnung der Konferenz »Challenges in Cybersecurity« am 13. Dezember 2011

Sandro Gaycken: »Cyberwar. Das Internet als Kriegsschauplatz«, erschienen im Verlag Open Source Press, München 2010.

NOTIZ

Nahost-konflikt 2.0

Die Fronten zwischen Israelis und Arabern wandern in den Cyberspace. Um auch gegen Angriffe auf sein Militärnetzwerk geschützt zu sein, stellte Israel nun 300 Experten zur Cyber-Abwehr ein.

Illustration: mmo

Alles begann, als ein saudischer Hacker, der sich selbst »0xOmar« nennt, am 15. Januar Kreditkartendaten von 20.000 Israelis online publizierte. Daraufhin publizierte »Hannibal«, ein israelischer Hacker, persönliche Informationen, unter anderem Passwörter arabischer Internetnutzer. Schon war eine Spirale virtueller Gewalt ausgelöst. Arabische Hacker machten Internetseiten von israelischen Banken, der Tel Aviver Börse und der Fluggesellschaft El Al unerreichbar, Israelis rächten sich mit Cyberangriffen auf saudische Börsen. Daraufhin wurden die Seiten von zwei israelischen Krankenhäusern per DDoS-Attacken lahmgelegt.

Dan Meridor, Israels Vize-Premier, rief am 18. Januar im Radio zur Beendigung der Attacken auf und betonte, die Angriffe einzelner Israelis würden nicht im Namen des Staates ausgeführt. Doch der »Cyber-Dschihad« – so nannte ein muslimischer Fernsehprediger die Attacken – wird nicht als größte Bedrohung aus dem Netz wahrgenommen.

Wegen der wachsenden Bedrohung aus dem Iran reagiert Jerusalem auf den erhöhten Schutzbedarf im Cyberspace. Ein mögliches Einhacken in ihr immer stärker computerbasiertes Militärnetzwerk macht Israels Regierung deutlich mehr Angst. Über dieses Netz werden unter anderem Standortinformationen eigener und gegnerischer Truppen ausgetauscht – ein mitlesender Gegner wäre fatal. Das Verteidigungsministerium rekrutierte deshalb 300 Computerspezialisten fürs Militär. Ein Trend, der auch anderswo zu beobachten ist: China hat bereits im Mai 2011 30 Elitehacker in einer »Blauen Armee« zusammengeschlossen; der Iran plant, eine Milliarde US-Dollar in technologische Entwicklung und eine Eliteeinheit zu investieren. In der Zwischenzeit hat sich »0xOmar« mit der propalästinensischen Hackergruppe »Nightmare« zusammengeschlossen. **Lara Schermer**

Quellen und Links:

Bericht der *Süddeutschen Zeitung* vom 22. Januar 2012

Bericht von *The National* vom 20. Januar 2012

Kurzinterview von *Gawker* mit »Hannibal« vom 16. Januar 2012

Meldung der *Jerusalem Post* vom 16. Januar 2012

US-WAHLKAMPF

Der Quersprecher

von Jochen Steinkamp

Die Außenpolitik der USA ist imperialistisch, freiheitsfeindlich und bedroht Amerika in der Existenz: Mit Thesen wie diesen erzielt der 76-jährige Kongressabgeordnete **Ron Paul** im republikanischen Vorwahlkampf überraschend gute Ergebnisse. Während seine Mitbewerber ihn für untragbar halten, feiern gerade junge Wähler den libertären Freigeist als Rebellen gegen den politischen Mainstream.

Ron Paul auf der »Conservative Political Action Conference« in Washington D.C. am 11. Februar 2011.

>> **Sie hatten sich im Herzen** von Washington D.C. getroffen, um über die nationale Sicherheit und die Rolle der USA in der Welt zu diskutieren: Die Anwärter auf die republikanische Präsidentschaftskandidatur waren am Abend des 22. November letzten Jahres vom American Enterprise Institute und der Heritage Foundation in die »Constitution Hall« geladen worden, einem beeindruckenden Versammlungsgebäude zwischen dem Weißen Haus und dem Washington Monument. *CNN* übertrug die »Republican National Security Debate« live. Es waren noch acht Politiker, die Barack Obama als Kandidat der Republikaner bei den kommenden Präsidentschaftswahlen herausfordern wollten.

Wer den Schlagabtausch im Fernsehen verfolgte, dem fiel ein Mann auf, der so gar nicht in die Kandidatenriege hineinpassen wollte: Ron Paul, 76-jähriger Kongressabgeordneter aus Texas. Sobald Paul darlegte, wie er die USA global positionieren würde, begann sich die Mimik seiner Konkurrenten zu ändern: leichtes Kopfschütteln, amüsiertes Grinsen, rollende Augen. Die USA seien ein Imperium, das ungerechtfertigte Kriege führe, Hass und Ablehnung in der Welt schüre und die Freiheitsideale der Gründerväter mit Füßen trete, ereiferte sich Paul. George W. Bushs War on Terror habe durch die verschärfte Sicherheitsgesetzgebung die Bürgerrechte des Landes zerstört, das einem Polizeistaat immer ähnlicher werde. Sämtliche Militärbasen gehörten aufgelöst, alle Soldaten müssten aus den Auslandseinsätzen abgezogen und die Kriegspropaganda gegen den Iran endlich eingestellt werden. Keine Kriege mehr, skandiert Ron Paul immer wieder, wenn er über amerikanische Außenpolitik spricht: »We're not the policemen of the world!« Sein inzwischen ausgeschiedener Mitbewerber John Huntsman, Ex-Gouverneur von Utah und ehemaliger US-Botschafter in China, fällte nach der Fernsehdebatte ein vernichtendes Urteil. Der versierte Außenpolitiker bemerkte, mit Ansichten wie diesen sei Ron Paul für einen Amerikaner nicht wählbar und als Oberbefehlshaber völlig undenkbar.

In der Tat: Die Thesen eines Ron Paul erwartet man nicht aus dem Munde eines republikanischen Präsidentschaftsanwärters. Selbst unter den meisten demokratischen Außenpolitikern wäre diese Radikalität nicht opportun. Unter dem Titel »The World According to Ron Paul« stellt Michael A. Cohen im Magazin *Foreign Policy* fest: »His entire philosophy is largely a renunciation of much of what Republicans believe about America's role in the world.« Dennoch hat Paul bei den ersten Vorwahlen seiner Partei Anfang dieses Jahres respektable Erfolge erzielt: In Iowa bekam er 21,5 Prozent der Stimmen. Nur eine Woche später gelang ihm in New Hampshire mit 22,9 Prozent sogar die Zweitplatzierung hinter Mitt Romney, dem aussichtsreichsten Bewerber für die Nominierung durch die Republican National Convention, die am 27. August in Tampa, Florida, stattfinden wird. Politische Beobachter sind überrascht, dass ein Mann, der die Weltmachtstellung der USA strikt ablehnt, ein solches Maß an Zustimmung erreicht. Seit einigen Wochen steigt spürbar das Medieninteresse an dem »kauzigen alten Mann«, wie *n-tv* den promovierten Mediziner nennt, der zum zwölften Mal den 14. Distrikt von Texas im US-Repräsentantenhaus vertritt.

Das Medieninteresse an dem »kauzigen alten Mann« steigt spürbar.

Auf den ersten Blick scheint Ron Paul gar nicht so weit entfernt vom Bild eines typisch konservativen Amerikaners. Seit 55 Jahren ist er mit seiner Frau Carol verheiratet. Fünf Kinder, achtzehn Enkel und drei Großenkel sind aus der Ehe hervorgegangen. Paul diente in den 1960er Jahren als Arzt in der US-Air Force, arbeitete später als Gynäkologe und half nach eigenen Angaben bei der Geburt von über 4.000 Kindern. Nachdem er beruflich Zeuge einer Abtreibung wurde, tritt er für den Schutz des ungeborenen Lebens ein – neben seinem geordneten Familienleben ein weiterer Pluspunkt unter republikanischen Wählern. Paul betitelt sich selbst gerne »Champion of the Consitution«, also als unbeugsamen Bewahrer der Verfassung der Vereinigten Staaten. Er sei der einzige Kandidat, der niemals für Steuererhöhungen oder einen unausgeglichenen Haushalt gestimmt habe: »100 percent consistent!«, verkünden Pauls Werbespots. Seine prononcierte Kritik gegen staatliches Behörden- >>

Foto vorherige Seite: Gage Skidmore / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 Generic.

Ron Pauls starke Basis im Internet: Kreative Fans entwerfen Plakate für ihn oder schneiden Videos seiner Reden.

Quelle: Veterans for Ron Paul / www.adamvstheman.com

tum und gesetzliche Überregulierung, kurz »big government«, brachte ihm den Spitznamen »Dr. No« ein. Sollte er Präsident werden, will er die öffentlichen Ausgaben um eine Billion US-Dollar kürzen und nach drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Nur wenn man den Staat rigoros zurückstutze, könnten die USA wieder das Land der Freiheit werden, dass die Gründerväter ersonnen hatten.

Paul pflegt das Image eines Querdenkers, dessen Politikangebot ein radikaler Gegenentwurf zum republikanischen Parteiestablishment darstellen soll. Seine Mitbewerber bezeichnet er als austauschbare Status-Quo-Kandidaten, die, gefangen im politischen Mainstream, trotz hehrer Rhetorik alles beim alten belassen wollen. Die Grenzen zwischen den Parteien in den USA sind fließender als in Deutschland. Als sich Paul 1988 zum ersten Mal um das Amt des US-Präsidenten bewarb, tat er dies nicht bei den Republikanern, sondern als Vertreter der Libertarian Party, der drittgrößten Partei in den USA. 2008 nahm er schließlich erstmals an den Vorwahlen der »Grand Old Party« teil. Er schaffte es jedoch nicht, über die Rolle des exotischen Außenseiters hinauszuwachsen. Heute findet er mehr Gehör, gerade bei unabhängigen Wählern und auch unter Demokraten, für die sich Obamas Außenpolitik nicht genug von der seines Vorgängers unterscheidet. Mögen ihm seine Kritiker realitätsfernen Isolationalismus, naiven Pazifismus oder gar Verrat an den Werten vorwerfen, für die die USA weltweit einträten: Ron Paul lässt das unberührt. Er sieht sich auch in außen- und sicherheitspolitischen Belangen als Sachwalter der einzig authentischen Auslegung der amerikanischen Verfassung von 1787. Von der Mehrheitsmeinung der Partei könnten die Positionen, die er daraus ableitet, kaum weiter entfernt liegen.

Die Anhänger des 76-Jährigen feiern ihn als Rebellen und letzten aufrechten Amerikaner.

Inzwischen sprechen sich angesichts der Haushaltsprobleme der USA und der hohen Belastung durch vergangene Interventionen fast alle republikanischen Bewerber für eine moderatere, zurückhaltende Außenpolitik der USA aus. Auch Barack Obama hat angekündigt, sich nun vermehrt dem Nation Building im eigenen Land zu widmen, anstatt kostspieliges Nation Building auf anderen Kontinenten zu betreiben. Der Präsident des New Yorker Council on Foreign Relations, Richard Haas, meint sogar ein neues außenpolitisches Paradigma zu erkennen, eine »Doktrin der Restauration«: Die Vereinigten Staaten sollten ihr internationales Engagement endlich beschränken, um durch die Erneuerung der eigenen Machtressourcen ihre Vormachstellung im 21. Jahrhundert sichern zu können. Es klingt danach, als wollten die >>

USA mit dem Erbe von acht Jahren offensiver Interventionspolitik unter George W. Bush in eine Phase der Rekonvaleszenz eintreten, was jedoch nicht als Sehnsucht nach isolationalistischer Weltabwendung fehlinterpretiert werden darf.

Für Ron Paul ist dies jedoch nur das Drehen an einigen Nuancen. Er sucht den Bruch mit der außenpolitischen Tradition der USA nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich der Schaffung und Erhaltung einer »liberalen Weltordnung« (John Ikenberry) verschrieben hat. George Washington, Thomas Jefferson und John Adams hätten es stets abgelehnt, sich in die Beziehungen anderer Staaten einzumischen, sich durch Allianzen in den Fallstricken weltpolitischer Verwerfungen zu verheddern und außerhalb der eigenen Grenzen nach Monstern zu suchen, über die man obsiegen müsse. Die USA könnten sich das weder leisten, noch sei es zielführend, meint Paul. Nur durch Handel und Diplomatie sollen die Vereinigten Staaten in Erscheinung treten, aber keineswegs durch Interventionismus oder Nation Building, wie etwa in Afghanistan oder im Irak. Ohnehin habe die Bush-Administration die wahren Motive des Kriegs gegen Saddam Hussein verschleiert. Was den Umgang mit autokratischen Systemen wie China und Russland angeht, rät Paul ebenso dazu, sich nicht in deren interne Angelegenheiten einzumischen. Druck, Drohgebärden und Belehrungen aus dem Weißen Haus hülfen nicht.

Bündnisverpflichtungen sind in einer solchen Konzeption Ballast, der abgeworfen werden muss. Unter einem Präsidenten Paul wären die USA weder Mitglied der Vereinten Nationen noch der Nato. Auch formalisierte Wirtschaftsbeziehungen wie durch die Welthandelsorganisation oder die NAFTA stoßen auf seine Ablehnung. Als Isolationalist will sich Paul dennoch nicht verstanden wissen – im Gegenteil. Sein Eintreten für freien Handel, freies Reisen und die Pflege friedlicher Beziehungen zu allen Staaten sei doch alles andere als isolationalitisch. Außerdem lehne er jede Art von Wirtschaftsprotektionismus ab, wie ihn die USA in der Phase zwischen den beiden Weltkriegen betrieben.

Unter einem Präsidenten Paul wären die USA weder Mitglied der UN noch der Nato.

Beim Paradigma des absoluten non engagement kennt Paul keine Ausnahme. Die USA müssten ihre »special relationships« aufgeben. Selbst die Schutzmachtfunktion etwa gegenüber Israel widerspräche der Idee der Gleichbehandlung aller Staaten. Dazu gehört auch das Einfrieren sämtlicher finanzieller und militärischer Unterstützung für den Partnerstaat. Neutralität sei auch im Nahost-Konflikt das Gebot der Stunde. Überhaupt müsse jede Form der amerikanischen Auslandshilfe eingestellt werden, da sie ihr Ziel verfehle, andere Länder in Abhängigkeit führe und dort in die falschen Hände gerate: »You take money from poor people in this country and you end up giving it to rich people in poor countries.«

Am »War on Terror« lässt Paul kein gutes Haar, da er nur als Vorwand für die Einschränkung der in der Bill of Rights verbrieften bürgerlicher Freiheiten durch Sicherheitsgesetze wie den »Patriot Act« gedient habe. Hier beruft er sich auf Benjamin Franklins berühmten Ausspruch, dass derjenige, der Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erlangen, beides nicht verdiene. Zudem sei Terrorismus ein Akt der Kriminalität und nicht des Krieges. Beschuldigte müssten daher vor Zivilgerichte gestellt werden, aber nicht vor Sondertribunale. Ausnahmeregelungen wie das Gefangenenlager auf Guantanamo Bay oder die Anwendung von Folter widersprächen dem Geist der Verfassung und seien von Grund auf unamerikanisch. Was seine Kritiker besonders erzürnt, ist Pauls These, dass der Terrorismus gegen die USA durchaus als Reaktion, »blowback«, auf die vermeintlich aggressive Militärpolitik der USA interpretiert werden könne. Ähnlich argumentierte er bezüglich der Anschläge vom 11. September 2001. Auch gezielte Liquidationen durch Drohnen-Einsätze würden antiamerikanische Gefühle schüren und so nicht der nationalen Sicherheit dienen.

»The biggest threat to our national security is our financial condition«, sagt Paul. Der Weltmachtanspruch der USA, der sich in einem feinen Netz aus Bündnissen, Abhängigkeiten, institutionellen Verpflichtungen und militärischer Omnipräsenz äußere, sei auf Dauer unfinanzierbar und gefährde die Existenzgrundlagen der USA. >>

Die Illusion des Imperiums werde derzeit nur durch eine unverantwortliche Verschuldungspolitik aufrechterhalten, in deren Gefolge die Inflation die Vermögen der amerikanischen Bürger aufzehre. Wenn man das Diktum des Historikers Paul Kennedy in diesem Kontext bemühen möchte, droht den USA endgültig die imperiale Überdehnung.

Ron Paul wird oft als einer der geistigen Väter der Tea Party-Bewegung bezeichnet. Dennoch wirft er einigen Vertretern dieser Richtung vor, in außenpolitischen Dingen nicht glaubwürdig zu sein. Michele Bachmann, die ihre Kandidatur bereits nach ihrem schlechten Abschneiden in Iowa zurückgezogen hat, gehört dazu. Innenpolitisch trete sie zwar für die strikte Begrenzung staatlicher Ausgaben ein, lasse diese Konsequenz hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen der USA jedoch vermissen: »We cannot talk about fiscal responsibility while spending trillions on occupying and bullying the rest of the world. We cannot talk about the budget deficit and spiraling domestic spending without looking at the costs of maintaining an American empire of more than 700 military bases in more than 120 foreign countries.«

Die außen- und sicherheitspolitische Konzeption von Ron Paul kann mit den Worten Eric A. Nordlingers als vollkommene Abwendung vom lange gültigen Paradigma des strategischen Engagements und Hinwendung zu einem strategischen Nicht-Engagement beschrieben werden, wie es die USA in ihrer jüngsten Geschichte noch nie praktiziert haben. Beispielhaft soll hierfür die Antwort Ron Pauls wiedergegeben werden, die er auf die Frage gab, wie sich die USA angesichts der Entwicklungen des »Arabischen Frühlings« und der Spannungen im Nahen und Mittleren Osten verhalten sollten: »Stay out of their internal business. Don't get involved in these wars. And just bring our troops home.« Sanktionen und mögliche Militärschläge gegen den Iran lehnt der Kongressabgeordnete ab. Hier werde, wie vor der Irak-Intervention 2003, bewusst Kriegspropaganda betrieben, um die amerikanische Öffentlichkeit für den nächsten Kampfeinsatz vorzubereiten.

»Wir sind nicht die Polizisten der Welt!«

Nicht nur außen- und sicherheitspolitisch versteht Ron Paul seine politische Kampagne als Revolution, eine Rückkehr zu den ideengeschichtlichen Wurzeln der Vereinigten Staaten, als die in der Verfassung niedergeschriebenen Ideale der Gründerväter noch unverfälscht wirken konnten. Gerade von jungen Wählern werden seine provokanten Thesen als wohltuendes Kontrastprogramm zum übrigen Politikangebot aufgenommen. Das Internet ist seine Basis. Es ist voll von Unterstützerseiten, Blogs und Foren, die sich mit der pazifistischen »Ron Paul Revolution« befassen. Kreative Anhänger des 76-Jährigen stellen Filmsequenzen mit seinen Redebeiträgen zusammen, untermalen sie mit dramatischer Musik und feiern ihn als Rebellen, als letzten aufrechten Amerikaner. Tausendfach werden diese Werke auf *Youtube* aufgerufen. Pauls provokante Auflehnung gegen das von ihm bezeichnete Establishment zeigt Wirkung, den Wahlkampf macht es interessanter. Die Mehrheit der Republikaner kann er jedoch nicht hinter sich versammeln. Die Revolution des Ron Paul wird 2012 wohl nicht stattfinden. ◄◄◄◄

Jochen Steinkamp *ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Vechta.*

Quellen und Links:

Profil des *Guardian* vom 17. Januar 2012 über Ron Paul

Hintergrundbericht der *Foreign Policy* vom 23. Dezember 2011

Video des *Guardian* über die »Republican National Security Debate« vom 22. November 2011

James Traub: »The Elephants in the Room«, in der *Foreign Policy*, Ausgabe November 2011

Bericht der *Foreign Policy* vom 16. November 2011

Ron Paul: »A Tea Party Foreign Policy«, Kommentar in der *Foreign Policy* vom 27. August 2010

Profil der *New York Times* über den Wahlkampf Ron Pauls

Ron Pauls persönliche Website

US-VERTEIDIGUNGSETAT

Budgetschlacht auf dem Capitol

von Patrick Pospiech

Aussage vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats: Leon Panetta

Foto: US DoD / Erin A. Kirk-Cuomo

Der Beinahe-Kollaps des globalen Finanzsystems und das lange wirtschaftliche Nachbeben haben die Vereinigten Staaten in eine schwere Haushaltskrise gestürzt. Die dadurch notwendigen Einsparungen treffen den Militärhaushalt hart. Verteidigungsminister Leon Panetta sieht die nationale Sicherheit in Gefahr und fürchtet den schrittweisen Abstieg der militärischen Supermacht. Die Handlungsfähigkeit Washingtons steht auf dem Spiel.

>> »Die Auswirkungen dieser Kürzungen wären verheerend«, warnte US-Verteidigungsminister Leon Panetta im November vergangenen Jahres angesichts der bevorstehenden Einsparungen im amerikanischen Verteidigungshaushalt. In einem Brief an die republikanischen Senatoren John McCain und Lindsey Graham zeichnete der Demokrat Panetta ein düsteres Bild von der Zukunft des amerikanischen Militärs. Sollten die geplanten Kürzungen vorgenommen werden, sei mit der »kleinsten Bodentruppe seit 1940, der niedrigsten Zahl an Schiffen seit 1915 und der kleinsten Luftwaffe in der Geschichte« zu rechnen. Die amerikanischen Streitkräfte drohten zu einem Papiertiger zu verkommen.

Ausgangspunkt der wachsenden Sorgen des Pentagonchefs und anderer führender Politiker wie McCain waren die Verhandlungen um die Erhöhung der Schuldenobergrenze im Sommer 2011. Sonst eine Routineabstimmung im politi- >>

schen Alltag Washingtons, entwickelte sich das Votum zu einem Schauplatz politischer Grabenkämpfe. Die aus den Kongresswahlen 2010 gestärkt hervorgegangenen Republikaner weigerten sich, einer erhöhten Aufnahme von Schulden zuzustimmen, ohne gleichzeitig bedeutende Kürzungen zu vereinbaren. Die Demokraten hingegen waren zu größeren Einschnitten im sozialen Bereich nur bereit, wenn die Steuern für Wohlhabende angehoben würden.

In letzter Minute einigten sich Präsident Barack Obama und der Sprecher des Repräsentantenhauses, der Republikaner John Boehner, im Juli unter anderem auf 450 Milliarden US-Dollar an Kürzungen im Verteidigungsetat über die nächsten zehn Jahre und die Einberufung eines überparteilichen »Superkomitees«, das bis Ende November Einsparungen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar vorzulegen hatte. Andernfalls würden ab Januar 2013 über einen Zeitraum von zehn Jahren automatische Kürzungen nach der Rasenmäher-Methode vorgenommen: 600 Milliarden Dollar im militärischen und weitere 600 Milliarden Dollar im nicht-militärischen Bereich. Ende November gab das Komitee bekannt, dass es keine Einigung erreicht habe und somit die automatischen Kürzungen in Kraft treten würden. Das Verteidigungsministerium schultert dabei die größte Last, da es nur ein Fünftel des Bundeshaushalts ausmacht, aber die Hälfte der automatischen Kürzungen zu tragen hat.

Das Pentagon zeigt sich besorgt über die Folgen der künftigen Einsparungen, die sich über die nächsten zehn Jahre auf insgesamt über eine Billion Dollar belaufen. Nach eigenen Angaben werden im Fiskaljahr 2013 nun etwa 23 Prozent des Verteidigungshaushalts gestrichen. Der gleiche Anteil muss auch bei allen größeren Investitionen und Bauaufträgen eingespart werden. Der Bereich, der am stärksten betroffen sein dürfte, sind daher neue Anschaffungen, von denen die meisten wohl nicht mehr durchgeführt werden können. Schließlich, so Panetta, könne man »nicht drei Viertel eines Schiffes kaufen«.

Ein Teil der zivilen Mitarbeiter der US-Streitkräfte muss damit rechnen, entlassen oder zeitweilig beurlaubt zu werden. In York, Pennsylvania, gingen bereits Arbeiter der Verteidigungsindustrie auf die Straße, um gegen die Kürzungen zu protestieren. Heimische Bauunternehmen erwarten einen Einbruch bei neuen Aufträgen vom Militär. Rüstungsprogramme müssen ebenfalls um knapp ein Viertel zurückgefahren werden. Dabei bleiben auch zentrale Modernisierungsmaßnahmen wie die der »Joint Strike Fighter« oder das »Ground Combat Vehicle« von den Kürzungen nicht verschont. Auch langfristig wird der Verteidigungsetat über die nächsten zehn Jahre um ein Fünftel verkleinert. Das Pentagon befürchtet deshalb erhebliche Risiken bei der zukünftigen Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und ihrer Fähigkeit, zügig auf Sicherheitsbedrohungen zu reagieren.

Der Etat für sogenannte »Overseas Contingency Operations«, wie den Einsatz in Afghanistan, bleibt indes von den Kürzungen unberührt. Verteidigungsexperten erwarten, dass der Kongress dieses Schlupfloch ausnutzen wird, um große Geldsummen vom Basis- zum Notfallbudget zu transferieren. Außerdem werden wohl langfristige Kürzungen zuerst vorgenommen, da diese später gegebenenfalls wieder revidiert werden können.

In der amerikanischen Bevölkerung treffen die Einsparungen derweil auf vergleichsweise geringen Widerstand. Das kriegsmüde Land orientiert sich nach den scheinbar erfolglosen Einsätzen in Afghanistan und im Irak immer stärker nach innen. Die mitunter als Experimente im »Nation Building« wahrgenommenen Interventionen lassen viele Amerikaner an dem Sinn der Einsätze zweifeln. Laut jüngsten Umfragen unterstützen 77 Prozent der Amerikaner den Truppenabzug aus dem Irak. Lediglich 36 Prozent der Befragten glauben, dass die Vereinigten Staaten in Afghanistan das Richtige tun, während 53 Prozent angeben, dass ihr Land nicht in dem Konflikt involviert sein sollte. Die passive Rolle der Vereinigten Staaten beim Libyen-Einsatz war daher nur eine logische Konsequenz aus der allgemeinen Stimmungslage. Das dominierende Thema des Präsi- >>

»Man kann nicht drei Viertel eines Schiffes kaufen.«

dentschaftswahlkampfs wird nicht die Verteidigung sein, sondern die Wirtschaft.

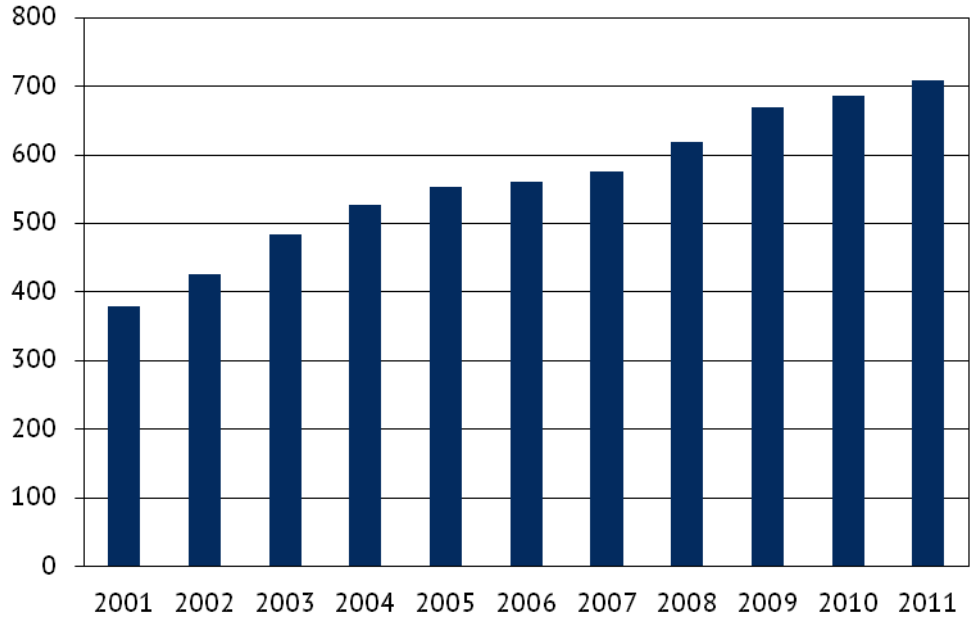
Dabei nehmen die potentiellen Gefahrenquellen in der Welt nicht ab. Eine Destabilisierung der Lage im Nahen Osten durch einen nuklear gerüsteten Iran würde die Interessen der Vereinigten Staaten erheblich gefährden. Zunehmend unberechenbare Nuklearmächte wie Nordkorea und Pakistan müssen im Zaum gehalten werden. Auch die Folgen des Arabischen Frühlings und der Wiedererstarkung des Islamismus in Nordafrika sind derzeit nicht absehbar. Und zu allem kommt schließlich die andauernde Rivalität mit China hinzu, das seine militärischen Fähigkeiten zunehmend ausbaut und modernisiert.

Experten warnen jedoch vor Untergangsszenarien: Auch nach den Kürzungen bleibe das Verteidigungsbudget der Vereinigten Staaten laut Newsweek weiterhin größer als das der nächsten fünfzehn Länder zusammengenommen, denn die Militärausgaben hatten sich im Laufe des »Kriegs gegen den Terror« binnen neun Jahren mehr als verdoppelt: von knapp 300 Milliarden Dollar im Jahr 2001 auf fast 700 Milliarden im Jahr 2010. Bedingt durch den fiskalischen Druck zeichnet sich unter der Regierung Obamas nun allerdings ein Strategiewechsel ab. Mit weniger Bodentruppen und mehr Abstandswaffen reagiert die Füh- >>

Less Bucks for the Bang!

VERTEIDIGUNGS-ETAT DER USA

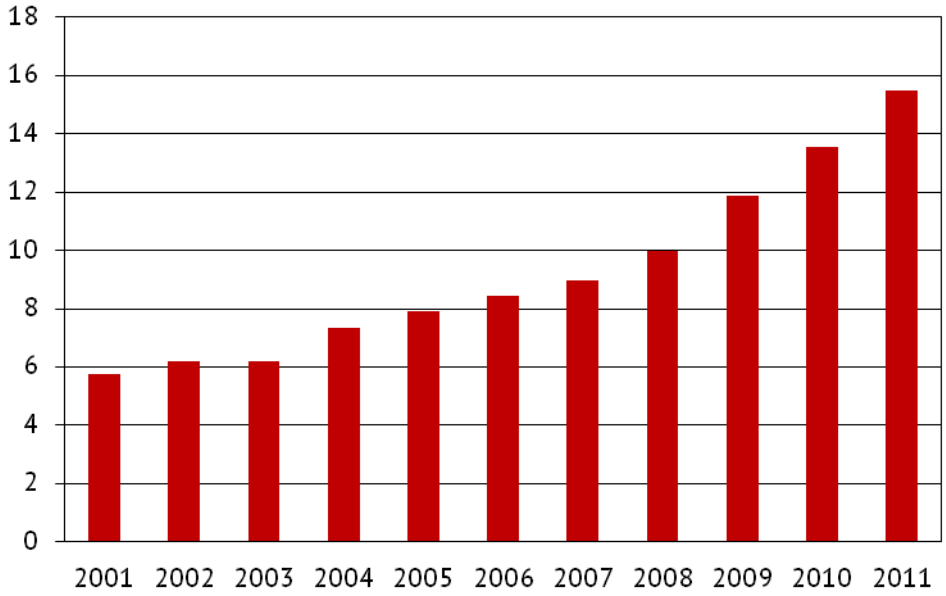
in Milliarden US-Dollar



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (2001–2010), US Department of Defense (2011)

STAATSSCHULDEN DER USA

in Billionen US-Dollar



Quelle: Weißes Haus »The Budget for Fiscal Year 2012. Historical Tables«

rung in Washington auf die neue sicherheitspolitische Realität, in der konventionelle Kriegsführung zunehmend durch asymmetrische Konflikte verdrängt wird. Das Pentagon plant, die Zahl der aktiven Soldaten von derzeit 570.000 auf 490.000 zu reduzieren. Unter anderem sollen Tausende Soldaten aus Deutschland abgezogen werden. Davon betroffen sind die US-Kampfbrigaden in Bayern und Rheinland-Pfalz. Auf der anderen Seite soll der Bestand an unbemannten Flugzeugen, der sich derzeit auf etwa 7.000 beläuft, um fast ein Drittel erhöht werden.

Insgesamt soll das Militär schlanker und effizienter werden. Gerade vor dem Hintergrund des kürzlich zu Ende gegangenen Kriegs im Irak und des schrittweisen Truppenabzugs aus Afghanistan konzentrieren sich die USA immer stärker auf gezielte Operationen wie die Tötung Osama bin Ladens in Pakistan oder die Befreiung ausländischer Geiseln in Somalia. Bei beiden spielten Elitetruppen – in diesem Fall die Navy Seals – eine entscheidende Rolle. Das Verteidigungsministerium will daher bis 2015 die Zahl aller Spezialeinheiten um satte zehn Prozent auf rund 70.000 erhöhen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in dem neuen Fokus der Obama-Regierung auf den pazifischen Raum wider. So werden in der neuen Militärbasis im australischen Darwin hauptsächlich Marines stationiert sein. Gleichzeitig sind die USA an ähnlichen Stützpunkten auf den Philippinen, in der Türkei und Ostjordanien interessiert.

Mit weniger Bodentruppen und mehr Abstandswaffen reagiert Washington auf die neue Realität.

Die grundlegende Umstrukturierung des Militärs dürfte die Auswirkungen der Kürzungen auf die militärische Potenz der Vereinigten Staaten in Grenzen halten. Auch sind die geplanten massiven Einschnitte alles andere als in Stein gemeißelt. Dem Kongress bleibt immer noch ein Jahr, um diese wieder rückgängig zu machen. Präsident Obama, der im November zur Wiederwahl antritt, hat sein Veto gegen entsprechende Bestrebungen bereits angekündigt. ◄◄◄◄

Patrick Pospiech *studiert International Economics and American Studies an der Universität Tübingen.*

Quellen und Links:

Bericht des *Wall Street Journal* vom 26. Januar 2012 über den Strategiewechsel der Obama-Administration

Bericht des *National Public Radio* vom 23. November 2011 zu den Protesten in der Verteidigungsindustrie

Bericht der *New York Times* vom 22. November 2012

Bericht des *Wall Street Journal* vom 22. November 2011

Kommentar im *Newsweek Magazine* vom 21. November 2012

Pressemitteilung des Büros von John McCain vom 14. November 2011 über den Briefwechsel zwischen US-Verteidigungsminister Panetta und den Senatoren McCain und Graham

Umfrage von *CBS News* vom 11. November 2011 zu außenpolitischen Standpunkten der amerikanischen Bevölkerung

RUSSISCHE AFRIKAPOLITIK

Zurück ins Rennen

von Max Brandt

Dynamisches Quintett oder Schlangengrube? Dmitri Medwedew im Kreis der BRICS-Staatschefs.

Foto: Roberto Stuckert Filho/PR / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 Generic

Im Wettlauf um den »schwarzen Kontinent« findet eine neue Runde statt. Heute geht es nicht um koloniale Herrschaft wie im 19. oder ideologische Konfrontationen wie im 20. Jahrhundert, sondern um den Zugang zu Märkten und Rohstoffen. Das wiedererstarkte Russland drängt zurück nach Afrika, und trifft dabei auf alte und auf neue Konkurrenten.

>> Unter Stalin spielte Afrika keine Rolle in der sowjetischen Außenpolitik. Erst Mitte der 1950er Jahre lenkte der Kreml seinen Blick auch auf diesen Kontinent, und in den 1970ern waren in Angola, Mosambik und Äthiopien sozialistische Bruderstaaten entstanden. Moskau unterhielt ein flächendeckendes Netz aus Militärstützpunkten und erwarb sich durch technische und finanzielle Entwicklungshilfe Ansehen und Einfluss in Staaten südlich der Sahara. Marxistische Ideen hatten in den intellektuellen Szenen Afrikas Hochkonjunktur und es zog viele junge Afrikaner zum Studium an die Universitäten im sozialistischen Europa.

Allerdings begann schon in den 80er Jahren der Abstieg. Die aus der Verschuldung resultierenden Legitimationskrisen der hoffnungslos ineffizienten afrikanischen Regime, krempelten die politische Landschaft Afrikas um, die Kooperation mit der Sowjetunion hatte wenig dazu beigetragen funktionierende Staaten zu schaffen. Befreundete Regime, wie etwa das in Äthiopien, wurden durch Revolutionen hinweggefegt. Der Krieg in Afghanistan kostete die Sowjetunion, die sich stets als anti-koloniale Macht verstanden wissen wollte, >>

Glaubwürdigkeit in den Staaten des globalen Südens. Die Stagnation der maroden sowjetischen Wirtschaft zwang die Kreml-Führung zu einer Generalrevision der eigenen Außenpolitik. Zu lange war zu viel Geld, das die Sowjetunion eigentlich nicht übrig hatte, an befreundete (oder angeblich befreundete) Herrscher geflossen, die es für vieles, aber selten für das Wohl des Sozialismus eingesetzt hatten. Michail Gorbatschow resümierte schließlich Mitte der 1980er Jahre, dass die bisherige Strategie gegenüber der Dritten Welt den sowjetischen Interessen eher geschadet als genützt hätte.

Die Sowjetunion zog sich schrittweise aus Afrika zurück. Nach ihrem Zusammenbruch schloss der neue russische Staat Botschaften und Konsulate und forderte Kredite aus der Zeit der Sowjetunion zurück. Die russisch-afrikanischen Beziehungen hatten in den Jahren 1992 und 1993 einen Tiefpunkt erreicht. Einzig in den Staaten Nordafrikas und in der Republik Südafrika blieb Moskau ernsthaft engagiert.

Es dauerte bis zum Jahr 2001 bevor Russland wieder eine strategische Politik gegenüber den Staaten südlich der Sahara verfolgte. In diesem Jahr besuchte der damalige Präsident Wladimir Putin als überhaupt erst zweiter Kreml-Chef Sub-Sahara-Afrika. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg belebte die globalen Ansprüche Russlands. Energie ist dabei nicht nur Motor des wirtschaftlichen Aufstiegs, sondern auch zentraler Parameter der außenpolitischen Strategiebildung. »Für die Durchsetzung von nationalen Interessen haben Öl und Gas dieselbe Bedeutung wie Atomwaffen«, brachte der damalige Verteidigungsminister Sergej Iwanow das russische Verständnis auf den Punkt.

Für die Energie-Großmacht ist Afrika dabei aus drei wesentlichen Gründen von Interesse: Die langfristige Sicherung der eigenen Rohstoffversorgung, den Erhalt des Versorgungsmonopols gegenüber weiten Teilen der EU und Russlands Agenda zur Reform der globalen Machtstrukturen.

Die russischen Rohstoffreserven mögen zwar groß sein, doch auch ihre Erschöpfung zeichnet sich ab. Es wird daher auch für Russland wirtschaftlich reizvoll in die leicht zu erschließenden Vorkommen Afrikas zu investieren. Darüber hinaus kommen einige Metalle für die Hochtechnologieproduktion in Russland gar nicht vor.

Öl und Gas sind genauso wichtig wie Atomwaffen.

2009 besuchte der russische Präsident Dmitri Medwedew mit einer Delegation von über 400 Vertretern aus Politik und Wirtschaft Afrika. Während der Reise, die nach Ägypten, Nigeria, Namibia und Angola führte, wurden milliardenschwere Investitionsabkommen unterzeichnet. Neben dem Öl- und Gassektor standen dabei auch Diamanten, Telekommunikation und Atomtechnologie auf dem Plan der russischen Besucher. Bei seiner Investitionsoffensive setzte der Kreml dabei auf seine staatsnahen Unternehmensflaggschiffe, etwa Gazprom im Energie- und ALROSA im Diamantensektor.

Um das Eis zu brechen, nutzen die Vertreter des Kreml einige »alte Freundschaften« aus der Zeit des Ost-West-Konflikts: Die jetzige namibische Regierungspartei »South West Africa People's Organisation« (SWAPO) erhielt in den 70er und 80er Jahren sowjetische Finanz- und Militärhilfe. Das gleiche gilt für die in Angola regierende »Movimento Popular de la Libertacao de Angola« (MPLA). Die Präsidenten beider Länder, Hifikepunye Pohamba und Jose Eduardo Dos Santos, erhielten ihre Ausbildung in Moskau. Dmitri Medwedew ließ es sich auch daher nicht nehmen, medienwirksam Kränze an Denkmälern ehemaliger Freiheitskämpfer in beiden Ländern niederzulegen.

Der zweite wichtige Grund für Russlands neu geweckte Afrika-Begeisterung liegt in Europa: In der Interessenkonfrontation mit EU und Nato ist die Eigenschaft Russlands als wichtiger Energielieferant für die europäischen Staaten eine strategische Trumpfkarte, die es unbedingt zu erhalten gilt. Afrika ist eine vielversprechende Möglichkeit für die EU, sich unabhängiger von russischen Lieferungen zu machen. Aus diesem Grund hatte Gazprom bereits 2008 mit Nigeria und Angola Investitionen vereinbart. Besonderes Interesse galt dabei der sogenannten Trans-Sahara-Pipeline, eine mehr als 4.000 Kilometer lange Pipeline, die Erdgas aus Sub-Sahara-Afrika über Algerien nach Europa transportieren soll. Die >>

Übereinkunft kam nur wenige Wochen nach dem Besuch von EU-Vertretern zu Stande, die in Afrika Möglichkeiten der Realisierung erörtert hatten. Bei Medwedews Besuch konnte schließlich das russisch-nigerianische Gemeinschaftsunternehmen NIGAZ (Nigeria-Gazprom) aus der Taufe gehoben werden, das mit dem Bau des ersten Teilstücks der Pipeline beginnen sollte. Allerdings ist die Zukunft dieses Projekts mehr als ungewiss, verschiedene Quellen hatten im Herbst vergangenen Jahres berichtet, Gazprom habe seine Pläne wieder auf Eis gelegt. Nähere Umstände sind nicht bekannt, auch gibt es keine offizielle Stellungnahme des Energie-Riesen zur Zukunft der Kooperationen mit Nigeria.

Zuletzt spielt Afrika auch eine Rolle in Russlands globaler Agenda. Mit blumigen Worten bekundete Medwedew Russlands und Afrikas gemeinsame »Vision einer multipolaren Weltordnung auf Basis des Völkerrechts.« Übersetzt heißt das für Moskau nichts anderes als den Wunsch die Vorherrschaft westlicher Staaten in globalen Organisationen und Foren zurückzudrängen. Diese Agenda teilt Moskau mit anderen aufstrebenden Mächten, deren wichtigsten Staaten sich lose im Forum »BRICS« (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zusammengeschlossen haben. Das aus über fünfzig Staaten bestehende Afrika ist daher für jegliche Reform der globalen Ordnung ein wichtiger Verbündeter, und somit politisch für die Schwellenländer von wachsender Relevanz. So bekräftigten Medwedew und Dos Santos etwa »die bilaterale Partnerschaft und die Koordinierung der Handlungen auf dem internationalen Schauplatz auszuweiten.«

Auf sicherheitspolitischer Ebene beteiligt sich Russland heute mit Transporteinheiten, Militärbeobachtern und Polizisten an mehreren UN-Missionen in Afrika, beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo, im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, sowie im Sudan. Zudem werden afrikanische Blauhelme in Russland ausgebildet. Auch im Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika ist die russische Marine aktiv. Die Beiträge zur innerafrikanischen Stabilität werden allerdings durch den Export von Waffen und Kriegsgerät in Frage gestellt. Zwar gab es in diesem Handel mit Afrika einen Einbruch in den 90er Jahren, doch steigen die Verkaufszahlen seit der »Wiederentdeckung« an. Zu den Abnehmern der vom staatlichen russischen Waffenexporteur Rosoboronexport verkauften Rüstungsgüter gehörten vor allem Staaten in Nordafrika, aber auch Uganda, Angola, Südafrika, Namibia, der Sudan und Mosambik. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich dabei Kampfflugzeuge vom Typ SU und MiG.

Mit einem Handelsvolumen von über 215 Milliarden Euro ist die Europäische Union nach wie vor der mit Abstand wichtigste wirtschaftliche Akteur in Afrika. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sind es ebenfalls europäische Staaten, allen voran Frankreich und Großbritannien, sowie die USA die in Afrika den Ton angeben. Auch die EU hat bereits mehrfach militärische Missionen in Afrika durchgeführt. Moskaus Einfluss in Afrika ist da vergleichsweise klein, in jedem Fall meilenweit von dem der einstigen Sowjetunion entfernt.

Moskaus Einfluss in Afrika ist meilenweit von dem der einstigen Sowjetunion entfernt.

Auch im Vergleich zu anderen aufstrebenden Mächten in Afrika gibt es Aufholbedarf: Während China im Jahr 2009 bilateralen Handel über 70 Milliarden Euro mit Afrika abwickelte, kam Russland auf gerade einmal 6,7 Milliarden. Auch Inder (25 Milliarden Euro) und Brasilianer (21 Milliarden) sind den Russen voraus. Eine echte »BRICS-Allianz« gegen den Westen gibt es nicht, vielmehr gilt das Prinzip »wer zuerst kommt, mahlt zuerst.« So bemerkten russische Kommentatoren angesichts der Medwedew-Initiative von 2009 offen, dass es auch darum gehe, Chinas wachsendem Einfluss in Afrika zu begegnen.

Für eine breitere Erschließung afrikanischer Märkte hat Russland weniger anzubieten, als etwa China mit seinen Billigwaren und Brasilien mit Bio-Kraftstoffen. Der Fokus auf Direktinvestitionen im Rohstoffsektor ist daher nicht nur strategisch, sondern auch ohne Alternative. Die Investitionen konzentrieren sich zudem auf wenige Länder: Nordafrika, die Rohstoffgiganten Angola und Nigeria, sowie strategisch wichtige Staaten wie Namibia und Südafrika. Der bilatera- >>

le Handel kommt dadurch weniger in Schwung als bei den anderen großen Schwellenländern.

Bei der politischen Kooperation sind bisher nicht mehr als schöne Worte zu Stande gekommen. Zwar hat Moskau eine Reihe von Botschaften wieder eröffnet und versucht auch auf kultureller Ebene durch ein Stipendien-Programm für junge Akademiker wieder Boden gut zu machen. In der politischen Diskussion Russlands spielt Afrika heute wieder eine Rolle, der Kreml hat mit Michail Margelow einen Sonderbeauftragten für die Beziehungen mit Afrika ernannt. Trotzdem lässt sich bisher keine umfassende Strategie für die Kooperation mit den Staaten Afrikas erkennen. So existiert kein strukturierter Dialog auf höchster politischer Ebene, etwa als Äquivalent zum EU-Afrika Gipfel. Brasilien, Indien und China sind auf dem Gebiet deutlich weiter. Die Regierungen in Neu-Dehli und Peking laden ihre afrikanischen Partner regelmäßig zu eigens dafür vorgesehenen Gipfel ein, Brasilia nutzt dafür den Südamerika-Afrika-Gipfel. Zudem haben Indien und Brasilien durch das »India-Brazil-South Africa Dialogue Forum« seit 2003 ein Format zum ständigen Austausch mit dem mächtigsten afrikanischen Schwellenland Südafrika etabliert. Moskau setzt bisher vor allem auf Kontakte auf Unternehmensebene.

Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gibt es ebenfalls keine erkennbare Struktur. Russland verfügt über kein Regierungsorgan, das für diese Aufgabe zuständig zeichnet. Folglich erfolgt Hilfe für Afrika fast nur über Beiträge zu »global funds« und kaum bilateral. Von dem selbst gesteckten Ziel 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden ist Russland noch weiter entfernt als die westlichen Industriestaaten. Allerdings gewährt Moskau afrikanischen Staaten bevorzugten Zugang zum eigenen Markt und hat teilweise Schulden aus der Zeit der Sowjetunion erlassen.

Beim Wettlauf um die afrikanischen Ressourcen setzt Russland auf seine außenpolitischen Kernkompetenzen: Investitionen im Energiesektor und alte Bande aus sowjetischer Zeit. Zu alter Stärke wird Moskau so aber kaum zurückfinden. Im Handel bleibt es weit hinter anderen Akteuren zurück, kulturell hat es keine Beziehungen zu den Afrikanern. Zudem hat die Kreml-Führung es bisher versäumt die politischen Beziehungen auf die höchste Ebene zu hieven und zu strukturieren. Allerdings ist Afrika zurück auf der Landkarte der russischen Außenpolitik. Es ist zu erwarten, dass Moskau weitere Schritte unternehmen wird, um den Kontinent nicht alten und neuen Konkurrenten zu überlassen. ◂◂◂◂

Max Brandt *hat Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität Duisburg-Essen studiert.*

Quellen und Links:

Bericht von *Kommersant/Worldcrunch* vom 20. Dezember 2011

Kommentar von Alexei Vassiliev bei *Ria Novosti* am 5. Oktober 2011:

Meldung von *Bloomberg* vom 16. Mai 2011

Bericht des *Foreign Policy Journal* vom 21. Januar 2011

Vladimir Shubin: »Russia and Africa: Coming back?«, in der Länderanalyse »Russian Analytical Digest«, veröffentlicht vom ISN der ETHZ am 24. September 2010

Bericht des *Standard* vom 24. Juni 2009

EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Game Changer oder Papiertiger?

von Ralf Kuhne

Eines der wohl ambitioniertesten Projekte innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union war die Schaffung gemeinsamer Krisenreaktionskräfte – der EU-Battlegroups. Bis heute kein einziges Mal im Einsatz, sind sie mittlerweile zum Synonym einer der GSVP unterstellten Zahnlosigkeit geworden. Deutschland hat hierzu seinen Teil beigetragen, indem es sowohl etwaige Einsätze als auch die Anpassung des Formats verhinderte.

Foto: Europäischer Rat

Repräsentantin für eine Außen- und Sicherheitspolitik ohne Militärmacht? Catherine Ashton.

>> **Sie sind** die permanent verfügbaren Krisenreaktionskräfte Europas. Sie sind im Ernstfall schnell einsatzbereit, ohne dass hierzu Truppen auf ad-hoc Basis zusammengestellt werden müssen: die »Battlegroups« der Europäischen Union. In der Regel stellen unterschiedliche Mitgliedsstaaten der Union für je ein halbes Jahr zwei Kampfgruppen zusammen. Diese beiden verstärkten Infanteriebataillone befinden sich dann ein halbes Jahr in erhöhter Einsatzbereitschaft, jederzeit in etwaige Krisenherde in Europa, Afrika und Nahost entsendbar. Von der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik einmal als »bestentwickelter Mechanismus« für verbesserte Kooperation und Fähigkeitsentwicklung zwischen EU-Mitgliedsstaaten gefeiert, ist das Konzept der modularen Kontingente im multinationalen Rahmen nach mehreren Jahren der Kooperation mittlerweile ausgereift und eingespielt.

Nachdem Großbritannien und Frankreich vorher bereits bilateral erste Einzelheiten ausgehandelt hatten, sprang Deutschland 2004 auf den Zug auf und initiierte das Konzept gemeinsam mit den zwei großen Militärmächten auf EU-Ebene. Inzwischen ist die Bundeswehr der zweitgrößte Beitragsleister mit Verpflichtungen für >>

neun verschiedene Battlegroups zwischen 2005 und 2013. Berlin versprach sich von dem Projekt neben einem Zuwachs an einsatzfähigen Truppen – sowohl der Bundeswehr als auch europaweit – auch Impulse für die Transformation der Bundeswehr und eine generelle Verbesserung der Fähigkeiten im Krisenmanagement der EU. Zudem benennt auch der Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung das weiterhin bestehende, langfriste Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee. Insofern sind die Battlegroups aus deutscher Sicht ein signifikanter Schritt hin zu einem wahrhaft europäischen *modus operandi* in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Bei der Ausgestaltung des Konzepts konnte Deutschland viele eigene Impulse einbringen. Etwa wurde die multinationale Formel durchgesetzt, wonach verschiedene große und kleine Mitgliedsstaaten jeweils verschiedene Beiträge zu den bereitgehaltenen Battlegroups leisten, obwohl besonders Großbritannien deutliche Bedenken bezüglich der Einsatzfähigkeit solcher Kontingente hegte. Offiziell können die Battlegroups sowohl im nationalen Alleingang als auch im multinationalen Verbund organisiert werden. Jedoch blieb die britische von 2008 bisher die einzige Battlegroup, die nur von einem Mitgliedsstaat gestellt wurde. Die Battlegroups mit Bundeswehrbeteiligung entstehen hingegen aus Kooperation von bis zu fünf EU-Mitgliedern. Das erlaubt es Berlin, seine Truppen noch stärker multinational einzubetten und befriedigt den Grundsatz des reflexiven Multilateralismus der bundesdeutschen Sicherheitspolitik.

Die Bundeswehr ist der zweitgrößte Truppensteller für die multinationalen Eingreifverbände.

Bis dato kamen die Battlegroups jedoch noch nie zum Einsatz – was allerdings weniger auf eine erfreuliche Sicherheitslage als vielmehr auf eine begrenzte Anwendbarkeit des Battlegroup-Konzepts zurückzuführen ist. Deutschland hat der Anwendung von Gewalt als Mittel der Sicherheitspolitik traditionell große Hürden auferlegt. Diesem Grundsatz folgend wurde daher versucht, auch die Battlegroups an diese Kultur der militärischen Zurückhaltung zu binden. Um den Einsatz der Bundeswehr jenseits der territorialen Verteidigung zu rechtfertigen, trat Deutschland wiederholt für ein nur bedingt gewaltintensives Einsatzfeld der Battlegroups ein – beispielsweise im Fall von Widerstand durch nur leichtbewaffnete Rebellengruppen – das gleichzeitig einen humanitären Bezug haben sollte.

Das ursprüngliche Battlegroup-Konzept geht auf die Mission »Artemis« im Jahr 2003 im Kongo, mit einem engen Mandat und spezifischen Rah- >>

CHRONOLOGIE DER EU-BATTLEGROUPS

2001: Der »European Capability Action Plan« nennt den Mangel an schnellen Einsatzkräften als das große Manko der sich entwickelnden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

2003: Die EU-Mission »Artemis« in der Demokratischen Republik Kongo unter französischer Führung liefert eine Vorlage für zukünftige Einsätze von dauerhaft bereitstehenden Einsatzkräften.
Die »Europäische Sicherheitsstrategie« betont die Notwendigkeit einer strategischen Kultur, die wenn notwendig robuste, schnelle Interventionen unterstützt. Sie liefert das politische Fundament für die Battlegroups.

2004: Frankreich, Großbritannien und Deutschland legen dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee im Rat der Europäischen Union ein Papier vor, das die Schaffung dauerhaft einsatzbereiter schneller Eingreiftruppen im EU-Verbund umreißt.

2007: Die EU-Battlegroups erlangen volle Einsatzfähigkeit. Seit Januar werden jeweils zwei Battlegroups pro Halbjahr einsatzbereit gehalten.

2009: Die schwedische Ratspräsidentschaft macht einen Vorstoß, um das Konzept flexibler und damit auch einsetzbarer zu gestalten. Deutschland blockiert eine Anpassung des Einsatzprofils von Battlegroups unter deutscher Beteiligung. Die schwedische Initiative bleibt ohne bedeutsames Ergebnis, die Battlegroups bis dato ohne Einsatz.

menbedingungen, zurück. Damals hatte die UN die EU um kurzfristige Unterstützung durch Truppen gebeten, um die Blauhelme der MONUC -Mission im Land zu entlasten, die Region Bunia zu stabilisieren und den Frieden zwischen Regierungs- und Rebellentruppen zu wahren. Bis heute, acht Jahre später, hat es aber keine analoge Mission für Battlegroups mehr gegeben. Es stellt sich unweigerlich die Frage, wie relevant die ursprüngliche Konzeption, speziell der niedrige Richtwert von jeweils etwa 1.500 Soldaten, tatsächlich für die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU sein kann. Bemerkenswert ist, dass die Bundestagsfraktion der SPD, also der Partei, die in ihren Regierungsjahren die Konzeption der Battlegroups vorangetrieben hatte, deshalb bereits seit 2008 in ihren Positionspapieren keine Zukunft mehr für EU Battlegroups in ihrer derzeitigen Ausrichtung sieht. Stattdessen schlägt ihre Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik ein noch kleineres Kontingent von schnellen Einsatzkräften vor, die sich besonders auf Evakuierungsmissionen spezialisieren sollen. Damit würde das Einsatzgebiet der Battlegroups noch weitaus enger gefasst als bisher – und hätte mit dem ursprünglichen Ziel, der EU eine glaubwürdige und schnelle militärische Krisenreaktionsfähigkeit in der europäischen Nachbarschaft zu geben, nichts mehr gemein.

Argwohn kam auf deutscher Seite auf, als von europäischen Partnern wiederholt der Einsatz einer Battlegroup in Afrika vorgeschlagen wurde. Vertreter der Bundesregierung sprachen in Interviews mit der Politologin Laura Chappell unter der Bedingung der Anonymität von zunehmender Besorgnis, dass die GSVP für bestimmte Interessen ehemaliger Kolonialmächte instrumentalisiert zu werden drohe. So geschehen bei der EU-Mission im Kongo im Jahr 2006, als Frankreich zunächst den Einsatz einer Battlegroup ins Spiel brachte, um die MONUC-Mission der UN während der Wahlen zu entlasten. Deutschland blockierte dies mit der Begründung, dass die Battlegroup für eine solche Aufgabe zu klein wäre und es sich auch nicht um einen Fall handelte, der eine schnelle Reaktion erforderlich mache. Stattdessen wurde schließlich eine EUFOR-Mission mit sechsmonatigem Vorlauf geplant. Deutschland übernahm als Framework-Nation wie bei der bereitgehaltenen Battlegroup weiterhin die Führung, musste aber durch den anders gelagerten Finanzierungsmechanismus deutlich weniger Kosten tragen.

Wird die GSVP für die Interessen ehemaliger Kolonialmächte instrumentalisiert?

Der Vorgang wiederholte sich 2008, als die UN wieder um Unterstützung für den Kongo bat und erneut der Einsatz einer Battlegroup vorgeschlagen wurde. Erneut widersetzte sich Deutschland. Interessanterweise haben verschiedene Regierungsvertreter, die wiederum ungenannt bleiben wollten, gegenüber Anand Menon, Professor für Westeuropäische Politik in Birmingham und Berater des Europakomitees des britischen Oberhauses, angedeutet, dass es hier durchaus zu einem Einsatz hätte kommen können, wäre die nordische Battlegroup unter schwedischer Führung in der Rotation gewesen und nicht eine unter deutscher Beteiligung. Im Falle der EUFOR-Mission im Tschad im selben Jahr erwiesen sich die Battlegroups wieder als zu klein, um die Nachfrage nach einer Brückenmission durch die EU für UN-Blauhelme im Land zu befriedigen. Stattdessen entsandte man nochmals eine reguläre EUFOR-Mission.

Im folgenden Jahr versuchte die schwedische Ratspräsidentschaft das Battlegroup-Konzept mit neuem Leben zu füllen und schlug vor, das Format flexibler zu gestalten, so dass es auf die tatsächlichen Krisensituationen anwendbarer würde, mit denen sich die GSVP seit Artemis befasst hatte. Speziell wurde angedacht, die Battlegroups auch für stehende militärische Missionen einsetzbar zu machen und nicht mehr auf dem Charakter der schnellen Reaktion zu bestehen. Deutschland sicherte zu, solche Vorhaben anderer EU Mitgliedstaaten nicht zu blockieren, stellte aber klar, dass eine Battlegroup unter deutscher Beteiligung für eine solche Anpassung nicht infrage käme.

Die ursprüngliche Konzeptionsphase der EU Battlegroups hat gezeigt, dass Deutschland sich dem Projekt politisch verpflichtet fühlt. Es bleibt aber weiterhin unklar, ob Berlin tatsächlich ge- >>

willt ist, das nötige zu tun, damit die Battlegroups ihr Potenzial im Einsatz zur Geltung bringen können. Das Projekt läuft nicht zuletzt aufgrund der zweideutigen Beteiligung der Bundesrepublik Gefahr zu einem ewigen Papiertiger zu verkommen. Insofern sind die Battlegroups symptomatisch für das Spannungsverhältnis, das deutscher Sicherheitspolitik traditionell innewohnt. Einerseits wird konsequent danach getrachtet, insbesondere alle militärischen Aktivitäten möglichst weitgehend im Konzert mit Partnerländern zu planen und durchzuführen. Andererseits bedingt die Kultur der militärischen Zurückhaltung, dass die erheblichen Erwartungen, die an Deutschland aufgrund seiner Größe und Wirtschaftsmacht von anderen europäischen Partnern gerichtet werden, im innenpolitischen Diskurs nur geringfügig Einzug finden. Gleichzeitig ruft das auf Seiten der europäischen Partnerländer erhebliche Frustrationen hervor, da diese zum Teil nur darauf warten, dass sich der größere, zentralgelegene Nachbar bewegt, um sich dann mit ihren spezifischen Nischenkapazitäten im Verbund anzuschließen.

Es ist schwer vorstellbar, wie sich die Battlegroups tatsächlich als glaubwürdige Krisenreaktionsfähigkeit der EU und die von Deutschland geforderte Keimzelle einer genuinen europäischen Armee erweisen sollen, wenn das größte europäische Land in dieser Angelegenheit weiterhin hauptsächlich durch Bremsmanöver auffällt, sobald die Battlegroups auf operativer Ebene – jenseits von vagen Bekenntnissen zu gemeinsamer europäischer Sicherheitsarchitektur – besprochen werden. ◂◂◂◂

Das größte europäische Land fällt durch Bremsmanöver auf.

Ralf Kuhne *hat an der Universität Bonn Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen am Campus Brüssel der University of Kent studiert.*

Quellen und Links:

Aussagensammlung vom 27. Oktober 2011 des Komitees für EU-Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik des britischen Oberhauses

SWP-Studie »EU-Battlegroups. Bilanz und Optionen zur Weiterentwicklung europäischer Krisenreaktionskräfte« vom August 2010

Positionspapier »Transformation der Bundeswehr« vom 12. Juli 2010 der SPD-Bundestagsfraktion

Schlüsse des Europäischen Rats vom 17. November 2009 über die ESVP

Ausgabe 6/2009 des *CFSP Forum* vom November 2009

Anand Menon: »Empowering paradise? The ESDP at ten«, in der *International Affairs*, Ausgabe 2/2009.

Französisch-deutsch-britisches Vorschlagspapier »The Battlegroups Concept« vom 10. Februar 2004

Foto: Bundeswehr / Laudan

ANTI-PIRATERIE

»Wir haben von robusteren Einsatzregeln profitiert«

Die Fregatte »Hamburg« hat treibende, herrenlose Boote zerstört, damit sie Piraten nicht in die Hände fallen.

Interview: Nils Metzger

Bis Ende 2011 leitete er die europäische Marine-Mission »Atalanta« am Horn von Afrika: Ein Gespräch mit Flottillenadmiral Thomas Jugel über den schwindenden Erfolg der Seeräuber, den Einsatz privater Sicherheitsdienste und warum somalischen Piraten in Hamburg der Prozess gemacht wird.

ADLAS: Herr Admiral, wie fühlt es sich an, nach vier Monaten auf See die Kommandobrücke wieder gegen den Schreibtisch einzutauschen?

Thomas Jugel: Da sind die Gefühle natürlich zweigeteilt. Zum einen bin ich zur Marine gegangen, um zur See zu fahren, und es hat große Freude gemacht, dort im Einsatz etwas Vernünftiges leisten zu können. Auf der anderen Seite bin ich froh, dass ich nun die Fäden als Flottillenkommandeur wieder aufnehmen kann.

Sie vermissen Somalia?

Das kann man zu einem gewissen Teil sagen, zumal unser Einsatz erfolgreich war. Die Erfolgsrate der Piraten ist drastisch gesunken. Das sind nicht nur wir alleine gewesen, das waren sicher auch private Sicherheitsdienste und der Umstand, dass sich Handelsschiffe besser an die Empfehlungen der EU halten – zentral sind hier die »Best Management Practices«. *[Das BMP 4-Programm beinhaltet Selbstschutzanweisungen für Schiffe am Horn von Afrika, d. Red.]*

Bekommen Sie mit Blick auf den Einsatz privater Sicherheitsdienste auf Frachtschiffen in Ihrem >>

Einsatzgebiet keine Bauchschmerzen?

Nur insofern, als dass immer die Gefahr einer Eskalation besteht. Wir dürfen nicht jeden Dienstleister befürworten. Stattdessen habe ich immer dafür plädiert, dass man diese Teams nicht nur gut ausgebildet, sondern auch zertifiziert.

Also die Zusammenarbeiten zwischen privaten Sicherheitsdiensten und Streitkräften so eng wie möglich zu halten ...

Ja, wenn sich diese privaten Schutzteams dann ähnlich verhalten wie die militärischen, die wir »Vessel Protection Detachment« (VPD) nennen. Nur haben wir nicht genug davon. Deshalb sind die Privaten aus meiner Sicht eine willkommene

»Auf See bekämpfen wir nur Symptome.«

Ergänzung. Wir hatten das Problem, dass wir die medizinischen Standards für unsere Soldaten an Bord von Frachtschiffen nicht sicherstellen konnten, die VPDs also immer eine Fregatte in geringer Distanz gebunden haben. Mit dieser Herausforderung sahen sich alle eingesetzten Nationen konfrontiert. Die EU verfolgt jetzt den autonomeren Einsatz der VPDs.

General Hakan Syren, Vorsitzender des EU-Militärausschusses, hat auch bestätigt, die Kräfte nicht ausreichen, um das »Atalanta«-Mandat zu erfüllen. Er warnte, dass zwischen November und März nicht genügend Schiffe vor Ort sind, um die Sicherheit passierender Frachter zu garantieren.

Das ist einfach ein Mengenproblem. Wenn Sie sehen, dass jedes Jahr im Schnitt 25.000 Schiffsbewegungen im Golf von Aden stattfinden, dazu noch die Schiffe, die sich im Indischen Ozean oder der Straße von Madagaskar bewegen, sind das einfach Größenordnungen, die wir weder militärisch noch privat abdecken können. Wir müssen Schwerpunkte setzen und das Beste daraus machen. Wir kooperieren eng mit den Reedereien, aber ein Restrisiko ist unvermeidbar. Und es ist korrekt, dass wir seit Ende November nicht die Zahl an Einheiten im Einsatzgebiet hatten, die unsere Operationsplanungen erfordert hätten. Die Hungersnot in der Region bedeutet einen deutlichen Anstieg an Hilfslieferungen, die wiederum unsere Kräfte als Geleitschutz binden. Dass sich dieser Umstand nicht auf die Anzahl der eingesetzten Kriegsschiffe auswirkt, ist sicherlich eine Kostenfrage. Im vergangenen Jahr gab es zudem den Einsatz vor Libyen. Da lag schlicht eine Konkurrenz vor. Wir leben in Zeiten der Finanzkrise, wo sich Staaten nicht mehr das leisten wollen, was sie sich in sicherheitspolitischer Hinsicht vielleicht leisten müssten.

Das Sparprogramm der Bundeswehr hat auch Auswirkungen auf die Marine. Die Fregatten der »Bremen«-Klasse werden ab Mitte 2012 außer Dienst gestellt, die »Braunschweig«-Klasse, die für ähnliche Aufgaben eingesetzt

>>

Foto: Bundeswehr / PIZ Marine

FLOTTILLENADMIRAL THOMAS JUGEL

trat 1977 in die Bundeswehr beziehungsweise in die Marine ein. Zuerst studierte er Bauingenieurswesen in München. Sein erstes Kommando war von 1985 bis 1987 das Minensuchboot »Pluto«. Nach mehreren weiteren Kommandos, Lehrgängen und Verwendungen in Stäben und im Verteidigungsministerium wurde der inzwischen zum Flottillenadmiral Beförderte im April 2010 Kommandeur der Einsatzflottille 1 in Kiel. Von August bis einschließlich Dezember 2011 war der heute 54-Jährige zugleich »Force Commander EUNAVFOR ATALANTA«.

werden könnte, hat immer noch mit technischen Problemen zu kämpfen. Ist die Bundeswehr überhaupt gerüstet, um in Zukunft solche Einsätze wahrnehmen zu können?

Ein Sinken der Einsatzfähigkeit sehe ich nicht. Das »Tal der Tränen« bei den Korvetten der Braunschweig-Klasse scheint durchschritten. »Atalanta« hat für die Bundeswehr weiterhin eine sehr hohe Priorität. Es ändert sich nichts daran, dass wir im Schnitt immer ein deutsches Schiff vor Ort im Einsatz haben, beispielsweise eine Fregatte, oder jetzt demnächst einen Einsatzgruppenversorger. Die Deutsche Marine stellt also seit Beginn der Operation verlässlich einen wesentlichen Anteil der Kräfte. Auch im Reformprogramm der Bundeswehr insgesamt steht die Marine vergleichsweise gut da, wir erhalten neue, moderne Waffensysteme. Mit dem geplanten Aufstellen des Kommando Spezialkräfte Marine und des Seebataillons sind meine Vorschläge konzeptionell berücksichtigt worden. Wir werden die Verbände stärken und die Planbarkeit für die Soldaten erhöhen. Ich fühle mich als Gewinner der Reform.

Welche Rolle hat wirtschaftlicher Druck bei der ursprünglichen Formulierung des Mandats für »Atalanta« gespielt? Betrachtet man das Sinken der Versicherungsprämien seitdem, hat sich der Einsatz ja in barer Münze ausgezahlt.

Der Kerngedanke war und ist nicht, die Piraterie zu unterbinden, sondern die Lieferung von Hilfsgütern nach Somalia zu garantieren. Und dieses Ziel haben wir seitdem zu 100 Prozent erreicht. Was wir darüber hinaus an Kapazitäten frei haben, fließt in den Kampf gegen Piraten. Dass die Reedereien davon profitieren, ist natürlich auch in unserem Sinne, aber nicht unser Hauptmotiv. Und wir müssen hier zwischen der Nato, die im Hauptauftrag gegen Schiffsentführungen vorgeht, und der EU-Mission unterscheiden, die in erster Linie humanitäre Hilfslieferungen beschützt.

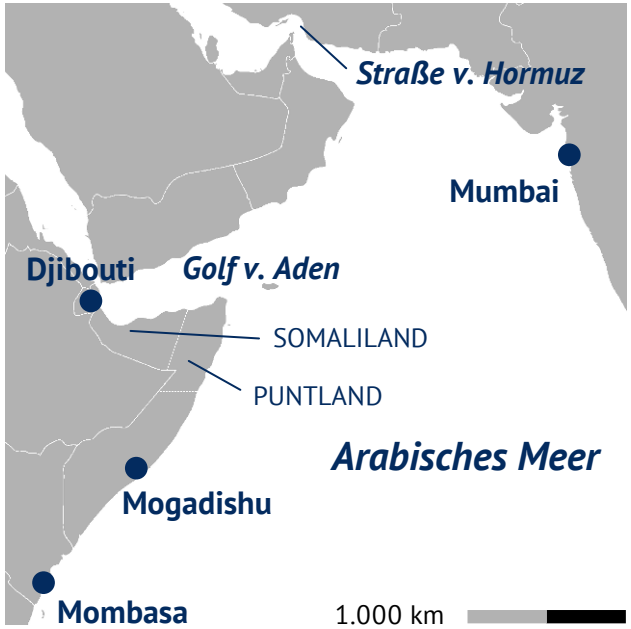
Trotzdem hat sich das faktische »Atalanta«-Operationsgebiet verglichen mit früheren Jahren deutlich ausgeweitet. Sie operieren nun nicht mehr ausschließlich vor der somalischen Küste, sondern auch vor Oman und Iran. Stellt das ein Problem dar mit Blick auf die gespannten Beziehungen zum Iran?

Da sehe ich kein Problem. Wir wissen ja, dass die Iraner die Piraterie ebenfalls bekämpfen und dort regelmäßig Einheiten im Einsatz haben. Obwohl sie mit Blick auf die Piraterie ähnliche Ziele verfolgen, gibt es keine Zusammenarbeit. Viele Staaten haben nationale Anti-Piraterie-Missionen am Horn von Afrika, und auf unterschiedlichen Stufen arbeiten wir mit diesen zusammen. Mit den Chinesen und Russen stimmen wir uns beispielsweise sehr eng ab.

»Sicherheitsdienste müssen ausgebildet und zertifiziert werden.«

Auch mit dem Oman befindet sich die EU gerade in Verhandlungen über die Stationierung von Aufklärungsflugzeugen. Konnten Sie bereits eine Einigung erzielen?

Unser Problem ist, dass wir von Dschibuti, Kenia oder von den Seychellen aus das Einsatzgebiet nicht vollständig abdecken können – das liegt schlicht an der begrenzten Reichweite der Seefernaufklärer. Ich hielte es für sehr zweckmäßig, >>



wenn wir hier neben der Unterstützung durch die amerikanisch geführten »Combined Maritime Forces« in Bahrain auch von Oman aus operieren könnten. Aktuell ist der Oman relativ zurückhaltend, was sein Engagement gegen Piraterie betrifft. Dass im vergangenen Jahr jedoch der Tanker »Fairchem Bogey« innerhalb seiner Hoheitsgewässer von Piraten angegriffen wurde, führt hoffentlich zu einem Umdenken. Ich bin daher relativ optimistisch, was eine Einigung betrifft.

Eine deutliche Überarbeitung könnten die »Rules of Engagement« in diesem Jahr erhalten. Die EU diskutiert, künftig auch an Land gegen Piraten vorzugehen. Amerikanische Spezialeinheiten machen das bereits seit einiger Zeit. Haben Sie sich diese Kompetenz bereits während Ihres Einsatzes gewünscht?

Das derzeitige Mandat deckt ein Vorgehen an Land, in welcher Form auch immer, nicht. Sobald »der Fuß trocken« wird, endet unsere Kompetenz.

»Die Jemeniten haben sich nicht originär als Piraten erwiesen.«

Von den robusteren Einsatzregeln, die sich die EU im Mai 2011 gegeben hat, haben wir auf jeden Fall schon profitieren können. Was beispielsweise das Zerstören Piratenschiffen ermöglichte, die an der Küste ankern. Ich kann die Einsatzregeln hier nicht im Detail erläutern. Sie konnten aber der Presse entnehmen, dass auch Skiffs, die sich im Schlepp von Dhaus oder Walfangschiffen befanden, nun ohne weitere Vorwarnung zerstört wurden. Könnten wir demnächst außerdem am Strand operieren, würde das die Optionen des militärischen Befehlshabers vor Ort erweitern. Das Problem Piraterie würden wir dadurch nicht lösen, könnten aber zum Beispiel flexibler gegen sogenannte Gelegenheitsziele vorgehen. Ich persönlich würde den Schritt grundsätzlich begrüßen, es würde die Mission aber meines Erachtens auch nicht zum Scheitern bringen, würde ein solcher Schritt – aus welchen Gründen auch immer – nicht vertretbar sein.

Bis heute konnte für den Umgang mit festgesetzten Piraten keine befriedigende Lösung gefunden werden. Vor dem Hamburger Landgericht läuft ein Prozess gegen mutmaßliche Kaperer. Kenia, das sich bis Ende 2010 bereit erklärt hatte, Piraten für die strafrechtliche Verfolgung aufzunehmen, hat die Prozesse aber auf Eis gelegt. Wie kann die Justiz dem Problem Herr werden?

Zunächst einmal ist es äußerst frustrierend, wenn man mutmaßliche Piraten wieder an Land absetzen muss. Wir mussten während der Zeit meines Kommandos 54 festgesetzte Piraten zur somalischen Küste zurückbringen. Das liegt aber nicht nur an Kenia oder anderen Ländern der Region. Wir haben die von Ihnen angesprochenen Staaten erst gar nicht gefragt, weil uns bewusst war, dass die vorhandene Beweiskette nicht für eine Strafverfolgung und Verurteilung ausreichen würde. Die meisten Handelsschiffe nehmen keine detaillierte Dokumentation der Angriffe vor, die Besatzungen haben im Fall eines laufenden Piratenangriffs wirklich andere Sorgen. In den wenigen Fällen, in denen wir glauben, über ausreichend Beweise zu verfügen, schieben wir solche Prozesse auch an – wie man aktuell in Hamburg sehen kann.

In diesem konkreten Fall beklagte die Verteidigung, dass Zeugen nicht aus Somalia eingeflogen würden, ihre Mandanten kein Unrechtsbewusstsein besäßen. Gleicht der Prozess nicht einer Farce?

Wir sind da natürlich an die Menschenrechtsstandards und rechtsstaatliche Bedingungen gebunden. Gleich, ob der Prozess in Kenia oder Deutschland stattfindet, es gelten die EU-Menschenrechtsstandards. Mir, als operativem Kommandeur der Operation, war es wichtig, dass Piraten, sofern wir ihnen eine Straftat nachweisen konnten, ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Mein Mitgefühl mit Piraten ist relativ begrenzt.

Haben Sie über die vergangenen Monate Auswirkungen der instabilen Sicherheitslage im Jemen beobachten können? Gibt es dort Piraterie?

Nein, die Jemeniten haben sich nicht originär als Piraten erwiesen, wobei die Übergänge auch hier

fließend sind. Sollten Somalier eine jemenitische Dhau kapern, wird die Besatzung oft unter Druck gesetzt und kooperiert dann *nolens volens*.

Betrachtet man die Entwicklung des somalischen Bürgerkrieges, könnte in einigen Jahren nicht mehr das Horn von Afrika, sondern beispielsweise Indonesien Hotspot der Piraterie werden?

Dass das Piraterieproblem am Horn von Afrika in Kürze gelöst sein kann, wäre eine sehr optimistische Sichtweise. Inzwischen gibt ja jeder zu, dass wir auf See nur Symptome bekämpfen. Zuerst müssen in Somalia, also an Land, funktionierende Strukturen geschaffen werden, um Piraterie zu unterbinden, wofür in erster Linie keine Soldaten, sondern zivile Experten benötigt werden. Es finden ja bereits heute Gespräche mit Verantwortlichen auch aus Somaliland und Puntland statt. Die Bemühungen der EU, Sicherheitskräfte und Küstenwachen vor Ort auszubilden, müssen anhalten.

Quellen und Links:

Bericht der *Zeit* vom 2. Januar 2012

Webpräsenz der »EUNAVFOR Somalia«

Webpräsenz des »Maritime Security Centre (Horn of Africa)«

ANZEIGE

Wissenschaft zu Deutsch!

ADLAS – **Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik** erkundet Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. ***ADLAS*** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE

WAFFENKONTROLLE

Klein, gefährlich und überall

von Steve Schlegel

Von Kugeln durchlöcherter Mercedes auf einem Abschlepphof der britischen Polizei.

Foto: Danny McL / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 2.0 Generic

Die »UN Conference on the Arms Trade Treaty« will ein Abkommen zur Regulierung des Waffenhandels beschließen. Bis heute ist unklar, ob Kleinwaffen darin aufgenommen werden. Dabei gelten gerade sie in den Konflikten dieser Welt als besonders gefährlich. Schätzungen gehen von bis zu einer Milliarde Kleinwaffen weltweit aus – allein durch ihre Menge verursachen sie riesige Sicherheitsprobleme.

>> Derzeit läuft die letzte Vorbereitungsrunde: Im Juli 2012 wird die »UN Conference on the Arms Trade Treaty« stattfinden. Die Grundidee für einen Vertrag, der den Handel sämtlicher konventioneller Waffensysteme reguliert, stammt bereits aus den 1990er Jahren. 2006 brachte Großbritannien die Idee schließlich in die Generalversammlung der Vereinten Nationen ein. Ziel des »Arms Trade Treaty« (ATT) ist es, international einheitliche Standards für den Waffenhandel zu setzen. Dazu gehört beispielsweise das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, jene Kategorien, die bereits im UN-Waffenregister stehen (siehe Faktenbox) in das Vertragswerk aufzunehmen. Die Aufnahme des Bereichs »Kleinwaffen« ist dagegen bis heute umstritten. Zwar unterstützt die Mehrzahl der UN-Mitglieder diese Idee, die auch von Nichtregierungsorganisationen beworben wird, jedoch gibt es auch 25 einflussreiche Gegner, darunter China, Indien und Russland. Das beste Beispiel sind jedoch die USA, die in der Regulierung des Kleinwaffenhandels eine Gefährdung des 2. Zusatzartikels ihrer Verfassung und damit ihrer nationalen Souveränität sehen. >>

Ein kurzer Blick auf die Zahlen zeigt, dass auch aus den unterschätzten Kleinwaffen Bedrohungen für die internationale Sicherheit erwachsen können: Heute befinden sich laut Schätzung des Projektes »Small Arms Survey« des Genfer »Graduate Institute of International and Development Studies« weltweit zwischen 750 Millionen und einer Milliarde Feuerwaffen im Umlauf. Somit besitzt theoretisch jeder achte Mensch eine Feuerwaffe. Von diesem Arsenal entfallen ungefähr 26 Millionen auf den Bereich »Law Enforcement«, 200 Millionen auf das Militär und die restlichen knapp 650 Millionen auf Zivilisten – davon allein 270 Millionen in den USA, womit die amerikanische Zivilbevölkerung mehr Waffen besitzt als alle Polizei- und Militärkräfte der Welt zusammen genommen.

UN-WAFFENREGISTER

1991 beschlossen die Vereinten Nationen, ein Waffenregister aufzubauen, um den Handel mit Großwaffensystemen zu dokumentieren. Die UN-Mitgliedstaaten teilen bis zum 31. Mai jedes Jahres ihre Verkäufe im Vorjahreszeitraum mit. Bislang sind folgende Waffensysteme erfasst: Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, großkalibrige Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe, Raketen und -werfer.

Webpräsenz des UN-Waffenregisters

Am schwersten bestimmbar sind die Arsenale nichtstaatlicher Konfliktparteien und krimineller Organisationen, wobei die Small Arms Survey hier insgesamt nur relativ geringe Zahlen vermutet: etwa 1,4 Millionen bei nichtstaatlichen Konfliktparteien und bis zu zehn Millionen in den Händen krimineller Organisationen und Gangs. Trotzdem sind es gerade diese Akteure, die in der Mehrzahl der gegenwärtigen Krisenherde erheblich zur Destabilisierung beitragen. Drei Beispiele zeigen die Risiken unkontrollierter Proliferation, aber auch die Möglichkeiten und Grenzen von Regulierung:

Albanien und Kosovo 1997/98: Ausschreitungen im Zuge des Zusammenbruchs der albanischen Wirtschaft verursachten kurzfristig den Kollaps der gesamten staatlichen Ordnung. Während dieses Anarchiezustands wurden nicht nur Läden und Geschäfte, sondern auch Kasernen und Polizeistationen geplündert. Innerhalb kürzester Zeit verschwanden 650.000 Feuerwaffen einschließlich Munition, eine Million Landminen und 3,5 Millionen Handgranaten aus offiziellen Beständen. In den vier folgenden Jahren konnten gerade einmal ein Fünftel dieser Waffen und Kampfmittel sichergestellt werden. Der Großteil wurde dagegen schnell in der umliegenden Region verbreitet und füllte höchstwahrscheinlich die Arsenale der albanischen paramilitärischen »Befreiungsarmee des Kosovo«, der UÇK, im Kosovo und in Mazedonien. Im Jahr 1998 eskalierten die Kämpfe im Kosovo auf ein für diese Provinz ungekanntes Ausmaß. In einer bereits angespannten Lage kann der Zugang zu Waffen also durchaus den Unterschied zwischen Krieg und Frieden ausmachen.

Amerikanische Zivilisten besitzen mehr Waffen als alle Polizei- und Militärkräfte der Welt zusammen.

Angola 1992 bis 2002: Im Jahr 1992 erkannte die »Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas« (Uniâo Nacional para Independencia Total de Angola), kurz UNITA, ihre Wahlniederlage nicht an, wodurch der fast 30 Jahre währende und nur von einem Jahr Frieden unterbrochene Bürgerkrieg erneut aufflammte. Daraufhin wurden durch den UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal in der Geschichte Sanktionen gegen einen nichtstaatlichen Akteur verhängt, um der UNITA den Zugang zu Waffen zu erschweren. Trotzdem gelang es der UNITA, ihre Kampfkraft bis ins Jahr 2002 aufrecht zu erhalten. Wie war das möglich? >>

Zunächst besaß der Präsident der UNITA, Jonas Savimbi, eine Reihe persönlicher Kontakte in andere afrikanische Staaten und verfügte weiterhin über Anteile an mehreren Lufttransportunternehmen. Unter anderem durch Kontakte zum Militär Togos gelang es der UNITA, mithilfe realer Lizenzen und Endbenutzerzertifikate, Waffen in verkaufswilligen Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts zu bestellen. Die Regierung Bulgariens autorisierte von 1997 bis 2000 insgesamt 19 Waffenverkäufe an die Republik Togo in der festen Überzeugung, einen legalen Handel durchzuführen. Von diesen Lieferungen wurden jedoch häufig größere Teile abgezweigt, mindestens eine wurde sogar direkt nach Angola umgeleitet.

Sind die Lieferungen erst in der Luft, wird eine Verfolgung nahezu unmöglich. Zunächst macht es die geringe Radarabdeckung des afrikanischen Kontinents schwer möglich, Abweichungen von Flugplan und ungemeldete Zwischenlandungen überhaupt zu entdecken. Sollte der designierte Landeort doch durch umliegende Radarstationen abgedeckt werden, so zwangen auf dem Weg zum offiziellen Zielflughafen gelegentlich plötzliche »technische Probleme« zur Notlandung innerhalb des Sanktionsgebietes. Zollbehörden am offiziellen Ziel konnten zwar Verdacht schöpfen, aber schwer einen Sanktionsbruch nachweisen. Auf diese oder ähnliche Weise gelang es der UNITA beinahe zehn Jahre lang, bestehende Sanktionen zu umgehen, obwohl sich alle früheren staatlichen Unterstützer von ihr abwandten. Dabei erfolgte ein bedeutender Teil des Waffeneinkaufs nicht über den »normalen« Schwarzmarkt, sondern Waffen wurden durch Betrug und Korruption von legalen Lieferungen abgezweigt. Bei weltweit 193 unterschiedlichen Rechtssystemen zum Waffenhandel fallen viele Abzweigungen entweder gar nicht oder erst Jahre später auf.

Sind die Lieferungen erst in der Luft, wird eine genaue Verfolgung unmöglich.

Südafrika 1990 bis heute: Die Spätfolgen unkontrollierter Waffentransfers können sich noch Jahrzehnte später auswirken. Anfang der 1990er Jahre endeten im südlichen Afrika die Bürgerkriege in Angola, Mosambik und Namibia zumindest zeitweise. Die überzähligen Waffen wurden zum Teil in Entwaffnungsprogrammen gesammelt, der Großteil verschwand jedoch ohne irgendeine Art von Kontrolle. Und auch von den eingesammelten Waffen fanden viele ihren Weg auf den Schwarzmarkt. Die Republik Südafrika wurde in dieser Zeit geradezu von illegalen Waffen überschwemmt, die Kriminalitätsraten stiegen stark an. Dies wiederum führte zu einem internen Rüstungswettlauf zwischen Kriminellen, Polizei und verängstigten Bürgern. Auch wenn ab Mitte der 1990er Jahre die meisten externen Schmuggelrouten erfolgreich bekämpft werden konnten, änderte dies zunächst wenig an der Lage.

Mittlerweile konnten sich viele kriminelle Banden in dem hochgerüsteten Land allein durch Diebstahl legaler Feuerwaffen weiterversorgen. Hierbei waren die Opfer keineswegs nur bewaffnete Bürger. Auch Fälle, in denen mit Sturmgewehren bewaffnete Gangs Polizeistationen überfielen, um dort weitere Sturmgewehre zu stehlen, sind bekannt. Auf die Gesamtbevölkerung gerechnet, ist Südafrika auch heute noch das Land mit der dritthöchsten Rate an Todesfällen durch Feuerwaffen weltweit – nach Kolumbien und Venezuela. Und auch wenn die bereits seit den >>

WAFFENDEFINITIONEN

Die mittlerweile weltweit verwendete UN-Definition von »kleinen und leichten Waffen« umfasst:

Kleinwaffen: Revolver und Selbstladepistolen, Gewehre und Karabiner, Maschinenpistolen, Sturmgewehre, leichte Maschinengewehre

leichte Waffen: schwere Maschinengewehre, tragbare und laufmontierte Granatwerfer, verlegbare Luftabwehrgeschütze, verlegbare Panzerabwehrgeschütze und rückstoßfreie Gewehre, verlegbare Panzerabwehrraketensysteme, tragbare Luftabwehrraketensysteme, Mörser vom Kaliber unter 100 mm

1990ern regelmäßig verschärften Programme zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität langsam greifen, werden immer noch knapp 20.000 Morde pro Jahr verübt, viele davon mit Feuerwaffen. Die Gesamtlage in Südafrika wird sich daher, trotz erkennbarer Teilerfolge, mittelfristig nur geringfügig ändern.

Die Beispiele verdeutlichen, dass die Hauptquelle für illegale Kleinwaffen legale Bestände sind, sowohl durch Diebstahl als auch durch Abzweigung von legalen Lieferungen. Sind die Waffen allerdings erst einmal auf dem Schwarzmarkt angelangt, werden sie nahezu unkontrollierbar und können ganze Regionen auf lange Sicht destabilisieren. Eine verbesserte Überwachung legaler Waffenbestände wird damit zum essentiellen Bestandteil der Bekämpfung illegaler Proliferation. Und genau hier könnte der ATT einen Ansatzpunkt bieten. Zwar wird der Vertrag den Charakter einer Absichtserklärung haben, denn die realen Sanktionsmöglichkeiten bei einem Vertragsbruch wären eher gering, aber er stellt trotzdem den Grundstein für die Schaffung von Transparenz dar. Gerade Abzweigungsgeschäfte können im gegenwärtigen System nur schwer aufgeklärt, geschweige denn strafrechtlich verfolgt werden. Und einem einzelnen Nationalstaat bleibt wiederum nur die Möglichkeit, beim Verdacht eines Betrugsfalls einen konkreten Handel zu untersagen.

»Wo ein Wille ist, ist auch eine Waffe.«

Aber auch Staaten mit restriktivsten Waffenexportrechten können ungewollt Opfer von Abzweigungen werden. Nur eine wie auch immer geartete internationale Regulierung kann überhaupt zu einer Eindämmung solcher Geschäfte beitragen. Das geforderte Exportverbot in Krisenregionen wird dagegen schwerer umzusetzen sein. Auch obliegt die Verwahrung von Waffen stets nationaler Souveränität und kann daher nicht international reguliert werden. Fälle wie der in Albanien können also durch internationale Verträge nicht verhindert werden und beweisen trotzdem, wohin eine Überschwemmung von Krisenregionen mit legalen Waffen führen kann. Und das Beispiel Südafrika zeigt schließlich ungewollte Spätfolgen eines unkontrollierten internationalen Kleinwaffenhandels, die wiederum allein auf nationaler Ebene bekämpft werden müssen.

Die Aufnahme der Kleinwaffen in das Vertragswerk wäre somit ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Nur auf diese Weise können langfristig die zur Versorgung der weltweiten Schwarzmärkte notwendigen Schlupflöcher geschlossen werden. Trotzdem wird wohl noch auf Jahrzehnte die Weisheit des fiktiven Waffenhändlers Yuri Orlov aus dem Hollywood-Streifen »Lord of War« gelten: »Wo ein Wille ist, ist auch eine Waffe.« ◀◀◀◀

Steve Schlegel *studiert Politikwissenschaft, Geographie und Slawistik an der FSU Jena.*

Quellen und Links:

Wolf-Christian Paes: »Kleinwaffen. Eine Bedrohung für die ›dritte Welt‹«, herausgegeben von Misereor 2002

Bericht des »Panel of Experts on Violations of Security Council Sanctions against UNITA«, so genannter »Fowler-Report« vom 10. März 2000

Johan Peleman: »The logistics of sanctions busting«, in: »Angola's War Economy«, herausgegeben von Jakkie Cilliers und Christian Dietrichs. Pretoria 2000.

Ettienne Hennop: »Illegal Firearms in Circulation in South Africa« in: »Societies under Siege III«, herausgegeben von Virginia Gamba und Clare Hansmann, Pretoria 2000.

Jakkie Potgieter: » The Price of War and Peace«, in: » Societies under Siege«, herausgegeben von Virginia Gamba u.a. Pretoria 1997.

Bericht des »Panel of Governmental Experts on Small Arms« der UN vom 27. August 1997

Website des Vorbereitungskomitees zum Internationalen Waffenhandelsabkommen

Website der Bundeszentrale für politische Bildung zum Internationalen Waffenhandelsabkommen

Webpräsenz der »Control-Arms«-Initiative

Webseite des »United Nations Office for Disarmament Affairs« zum Internationalen Waffenhandelsabkommen

Jahrbücher 2011 des Projektes »Small Arms Survey«

RÜSTUNGSEXPORT

Der Dschungel da draußen

Die selbstaufgelegte Richtlinie der Bundesregierung, den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in andere Länder restriktiv handzuhaben, ist Makulatur. Schon jetzt ist Deutschland der drittgrößte Waffenhändler der Welt. Die Verkleinerung der Bundeswehr wird den Druck auf die Politik erhöhen, die Regel noch weiter aufzuweichen. Kritiker warnen: Es werden politische Ideale für wirtschaftliche Interessen geopfert.

von Philipp Starz

>> **Vor dreißig Jahren** wollte die Bundesregierung unter Helmut Schmidt Kampfpanzer an Saudi-Arabien liefern. Parteipolitische und moralische Zwänge und der Iran-Irak-Krieg ließen dieses Geschäft jedoch platzen. Dreißig Jahre später kommt der Deal mit Riad, das vor kurzem noch im Nachbarland Bahrain militärisch intervenierte, um das dortige Regime zu stützen, doch noch zustande. Es scheint, dass die Grundpfeiler deutscher Rüstungsexportpolitik ins Wanken geraten sind.

Zurückhaltung in militärischen Angelegenheiten war stets prägendes Paradigma bundesrepublikanischer Außenpolitik. Hierunter fällt auch die Rüstungsexportpolitik. Weiter konkretisiert und rechtlich verbindlich wird dies durch Artikel 26 des Grundgesetzes, der alle Handlungen für verfassungswidrig und strafbar erklärt, die geeignet sind, »das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«. Der Geist des Gesetzes ist, aufgrund der historischen Erfahrungen, dass möglichst keine Kriege mit deutschen Waffen geführt werden. >>

Neukunden auf der Messe »Eurosatory 2010«: Die deutsche Verteidigungsgüterindustrie stützt sich immer mehr auf den internationalen Markt.

Foto: Eurosatory.

Rechtlich konkretisiert wird dieser Grundsatz durch das »Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen« (KrWaffKontrG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG). Im Prinzip besitzt die Bundesregierung einen Genehmigungsvorbehalt und benötigt keine Zustimmung des Bundestages. Die »Rüstungsexportrichtlinien«, 2000 vom deutschen Kabinett erlassen, und der sogenannte Gemeinsame Standpunkt der EU aus dem Jahr 2008 schränkten den Ermessensspielraum der Regierung weiter ein. Diese unterscheiden zwischen Rüstungsexporten in Nato-Länder, EU-Mitgliedstaaten und Nato-gleichgestellte Länder – Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz – und Ausfuhren in alle sonstigen Staaten, als »Drittländer« zusammengefasst. Bei der ersten Ländergruppe sind Ausfuhrgenehmigungen durch den Bundessicherheitsrat die Regel, bei der zweiten Gruppe wurden Genehmigungen bisher zurückhaltender oder gar nicht erteilt – laut Richtlinien sind sie »Ausnahmen«.

Für die Gruppe der Drittländer gilt, so das Regierungsdokument, dass der Export von Kriegswaffen nur ausnahmsweise dann genehmigt wird, wenn im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen Deutschlands für die Erteilung einer Genehmigung sprechen. Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungsland werde bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen – unabhängig davon, um welches mögliche Empfängerland es sich handelt.

Nimmt man diese Kriterien zum Maßstab, dürften der Panzerdeal mit Riad und weitere Waffenverkäufe, wie etwa an die Türkei, nicht zustande kommen. Der Nato-Partner setzte mehrmals in Deutschland produzierte Panzer und Gewehre bei Gefechten gegen aufständische Kurden ein. Ein weiterer kontroverser Empfänger bundesrepublikanischer Waffen ist Israel. Die Unterstützung des jüdischen Staates ist für Deutschland genauso außenpolitische Staatsräson wie militärische Zurückhaltung. Die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen durch die Bundesregierung, beziehungsweise ihrem Sondergremium Bundessicherheitsrat, wurde parallel immer von einer politischen Diskussion über potentielle kriegerische Bedrohungen für Israel begleitet. In diesem Kontext stellte Berlin die Gewährung der Exportgenehmigungen als notwendigen strategischen Beitrag zur Sicherheit Israels dar. Erst jüngst wurde bekannt, dass die Bundesrepublik zwei weitere U-Boote der Dolphin-Klasse an Israel liefert und für ein Drittel des Kaufpreises aufkommt. Da Experten vermuten, dass die Boote auch mit Atomwaffen bestückt werden können, ist Deutschland indirekt an der nuklearen Rüstungsspirale im Nahen Osten beteiligt.

Trotz der vermeintlich restriktiven Rüstungsexportpolitik ist Deutschland laut Stockholm International Peace Research Institute nunmehr weltweit der drittgrößte Waffenlieferant hinter den USA und Russland. Seit dem Jahr 2000 sind die deutschen Rüstungsexporte von 1,6 Milliarden US-Dollar auf 2,3 Milliarden angestiegen. Das Volumen der Waffenexporte Deutschlands erhöhte sich zwischen 1999 und 2008 um 70 Prozent, der deutsche Anteil am Weltmarkt stieg von 7 Prozent auf 10 Prozent. Ein Großteil dieses Anstiegs ist auf Exporte in europäische Länder zurückzuführen. Diese sind in der gleichen Periode um 123 Prozent gestiegen.

Die vier größten Käufer deutscher Waffen in den letzten zehn Jahren waren Griechenland, die Türkei, Südafrika und Südkorea. Auf Griechenland und die Türkei entfielen fast ein Drittel der deutschen Exporte. In den letzten Jahren haben beide Länder Leopard-2A4 Panzer und U-Boote vom Typ »214« erhalten. Laut dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden 2010 fast ein Drittel aller Rüstungsgüter an Drittländer geliefert. Im Vergleich zum Vorjahr gingen damit die Genehmigungswerte für Drittländer um 44,5 Prozent deutlich zurück.

Dennoch: Der bevorstehende Panzerdeal mit Saudi-Arabien wird den Beginn einer neuen Ära der deutschen Rüstungsexportpolitik markieren. Was sind die Triebkräfte hinter dieser Entwicklung? Staaten sind in der Theorie durch ökonomische und strategische Ziele oder einer Mischung >>

Europas Erbe aus dem Kalten Krieg: Überkapazitäten in der Rüstungsindustrie

Foto: Eurosatory.

Steter Verkaufserfolg: Krauss-Maffei Wegmann will auch nach über vierzig Jahren Panzerexport weiter mit dem »Leopard« reüssieren.

Ein dreißig Jahre alter Deal

aus beidem motiviert, Waffen zu verkaufen. Diese sind nicht nur handelbare Güter sondern auch ein Instrument politischer Einflussnahme auf andere Staaten. Das außenpolitische Ziel von Waffenverkäufen in Friedenszeiten ist einfach: Befreundete Staaten werden in dem Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten unterstützt und die politische Bindung zu diesen wird gefestigt, denn neben dem Kauf des eigentlichen Waffensystems bleibt das Importland auf längere Zeit von Ausbildungs-, Wartungs- und Ersatzteillieferungen des Exportlandes abhängig. Ähnlich verteidigt die Bundesregierung den Panzerdeal mit Saudi-Arabien: Aus sicherheitspolitischer Sicht sei das erdölreiche Saudi-Arabien ein wichtiger strategischer Partner im arabischen Raum, der den Einfluss des Irans in der Region eindämmen soll.

Der Export von Waffen hat auch ökonomische Effekte, die berücksichtigt werden müssen: Verkäufe von Verteidigungsgütern dienen der Unterstützung und Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie und zum Erhalt der langfristigen Rentabilität durch Erzielung von Skalenerträgen, da die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik fast regelmäßig teurer ist als der Import eines vergleichbaren Waffensystems aus dem Ausland. Exporte sind auch wichtig, um bei den schnellen Entwicklungen in der »Revolution of Military Affairs«, den enormen technologischen Fortschritten der Wehrtechnik in den vergangenen Jahrzehnten bis heute, Schritt zu halten und eigenen Fortschritt durch sich amortisierende Forschungs- und Entwicklungskosten generieren zu können. Die Bundesregierung besitze laut ihrem eigenen Rüstungsexportbericht deshalb ein »besonderes Interesse« an der fortbestehenden Kooperationsfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie und schlussfolgernd an gewinnbringenden Exporten. Der im September 2009 gegründete Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) schätzt, dass die heimische Verteidigungsindustrie mittlerweile zu 70 Prozent exportabhängig sei. Dies sei vor allem auf strukturelle Veränderungen auf der Angebots- und Nachfrageseite zurückzuführen.

In den letzten Jahren hat sich der Druck auf die großen waffenexportierenden Staaten Europas erhöht, neue Absatzmärkte zu gewinnen. Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die Verteidigungsausgaben der meisten europäischen Staa- >>

ten stark gesunken, ihr Bedarf an Rüstungsgütern zurückgegangen. Als Konsequenz existieren in Deutschland und Europa heute viele Rüstungsunternehmen, deren Produktionskapazitäten wegen einer abnehmenden inländischen Nachfrage immer weniger ausgeschöpft werden. So werden die deutschen Streitkräfte neben der Reduzierung ihrer Truppenstärke auch ihren Materialbestand gesundschrumpfen. Die Bundeswehr will nur noch 140 anstatt 177 bestellter Kampfjets vom Typ »Eurofighter«, 40 anstelle von 80 Tiger-Kampfhubschraubern und 80 statt 122 Transporthubschrauber NH-90 beschaffen. Die Zahl der Leopard-2-Kampfpanzer des Heeres wird von 350 auf 225 reduziert und von den vorgesehenen 410 Schützenpanzern vom Typ »Puma« sollen nur noch 350 von den Unternehmen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann geordert werden. Viele weitere, für die Industrie lukrative, Rüstungsprojekte werden eingefroren oder, wie das milliardenschwere Raketenabwehrsystem MEADS, komplett eingestellt.

Auch international wird der Kuchen kleiner. Die ungleiche Verteilung der Fähigkeiten moderne Waffensysteme herzustellen war ein besonderes Merkmal des internationalen Systems bis Mitte der 1990er Jahre. Mit den BRICS-Staaten, den aufsteigenden Volkswirtschaften Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas, etablieren sich heute neue Konkurrenten auf dem globalen Waffenmarkt, deren Rüstungsfirmen für ihre Exportaktivitäten massive politische und wirtschaftliche Unterstützung ihrer jeweiligen Regierung erhalten und keinen restriktiven Exportvorschriften unterliegen.

Der militärisch-industrielle Komplex auf der deutschen Angebotsseite ist deshalb an einer Aufweichung der einschränkenden Rüstungsexportrichtlinien interessiert. Diese erschwerenden Markteintrittsbedingungen für deutsche Rüstungsunternehmen in »dynamischere Märkte« sollen deshalb möglichst beseitigt werden. Als »dynamischen Märkte« gelten vor allem Drittstaaten im Nahen Osten und Asien, die beiden größten Importregionen für Waffen.

Vielmehr soll die Bundesregierung eine aktive Exportunterstützungspolitik betreiben und für deutsche Hochtechnologie im Sicherheitsbereich werben. Das die politischen Entscheidungsträger dieser Logik folgen, zeigt das Beispiel Indien. Die aufstrebende südasiatische Regionalmacht will seine Luftwaffe für mehrere Milliarden US-Dollar modernisieren. Die derzeitige Kampfjetflotte besteht überwiegend aus veralteten Maschinen russischer, teils noch sowjetischer Herkunft. Als potentielles Nachfolgemodell kam auch der maßgeblich von Deutschland im Verbund mit Großbritannien, Italien und Spanien entwickelte Eurofighter in Betracht. Den Zuschlag für dieses größte Waffengeschäft der letzten Jahre erhielt allerdings das französische Modell »Rafale« von Dassault, trotz massiver Werbung seitens des deutschen Kanzleramtes und Verteidigungsministeriums für den Eurofighter.

Der sich anbahnende Saudi-Deal von Krauss-Maffai-Wegmann und das offensive Werben für den Eurofighter zeigen, dass die Bundesrepublik ihre Rüstungsexportpolitik in Zukunft öfters strategischen und ökonomischen Gesichtspunkten unterordnen wird. Der Rüstungsexport an Drittstaaten wird nicht mehr die Ausnahme, sondern Regel sein. Eine Trendwende trotz Deutschlands konstitutivem Paradigma. ◄◄◄◄

Philipp Starz *hat Politikwissenschaft und Geschichte in Regensburg und Internationale Beziehungen in Dresden und Istanbul studiert.*

Quellen und Links:

Hintergrundbericht der *Defense Industry Daily* vom 1. Februar 2012 über die indische Kampfjet-Ausschreibung

Meldung der *Times of India* vom 31. Januar 2012 über den Kauf der »Rafale«-Kampfjets

Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2010 vom Dezember 2011

Meldung des *Spiegel* vom 7. November 2011

Reportage des *Spiegel* vom 10. Oktober 2011 über die Praxis der Rüstungsexportgenehmigung des Bundessicherheitsrates

Positionspapier des BDSV vom Juli 2010

Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000

»Arms Transfer Database« des Stockholm International Peace Research Institute

VERFASSSUNGSSCHUTZMETHODEN

Männer ohne Vertrauen

von Theresa Lankes

Die Affäre um die rechtsextremen Gewalttäter der »Zwickauer Zelle« zeigt, dass der Verfassungsschutz aus dem NPD-Verbotsdebakel von 2003 bezüglich des bereits damals problematischen Umgangs mit V-Leuten keine Lehren gezogen hat. Die Behörde sollte endlich die nötigen Konsequenzen ziehen und den Einsatz von V-Leuten grundlegend umstrukturieren. Oder diesen gleich ganz aus seinem Katalog nachrichtendienstlicher Mittel streichen.

>> **»Soviel Geheimhaltung** wie nötig, soviel Offenheit wie möglich« ist der Leitsatz des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Dies gilt offenbar aber nicht im Bezug auf die Verwendung von so genannten Vertrauensleuten – besser bekannt als V-Leute – durch die als »Frühwarnsystem der Demokratie« bezeichnete Institution. Seit Herbst 2011 lassen die Aufdeckung der Taten des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und die dabei zu Tage getretenen zahlreichen Ermittlungsfehler der Behörden schwere Zweifel daran aufkommen, ob die Verfassungsschützer ihre Lektion im Bezug auf den problematischen Einsatz von V-Leuten aus dem Jahr 2003 gelernt haben. Damals scheiterte der erste Versuch, die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« zu verbieten maßgeblich daran, dass selbst in deren Führungsebenen zahlreiche V-Leute aktiv waren. Angesichts der undurchsichtigen Verquickung von Diensten, Informanten und Rechtspartei sahen sich die Richter damals außer Stande, dem eingereichten Verbotsantrag zu entsprechen.

Zunächst sollte man sich vergegenwärtigen, um wen es sich bei diesen Vertrauensleuten eigentlich handelt. Die Bezeichnung als solche ruft Bilder aus populären Fernsehkrimis hervor, in denen Polizisten und Geheimdienstler in kriminelle Gruppierungen eingeschleust werden und dort als »die Guten unter den Bösen« undercover ihr Leben für Recht und Gerechtigkeit riskieren. Die Realität sieht indes ganz anders aus: Hier treten die Einrichtungen des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern an überzeugte und zumeist einflussreiche Rechtsextreme mit der Bitte um Kooperation heran. Eine Vertrauensperson gehört der Behörde also nicht an, sondern arbeitet für längere Zeit gegen Bezahlung mit ihr zusammen.

Aus den öffentlich verfügbaren Informationen geht dabei nicht hervor, ob es für den Anwerbeprozess relevant ist, dass die »Vertrauensperson« zumindest Zweifel an der nationalsozialistischen Ideologie äußert oder gar die Absicht hegt, nach Ende der Zusammenarbeit aus der rechtsextremen Szene auszusteigen. Die bekannt gewordenen Fälle legen eher den Schluss nahe, dass dem nicht so ist. Prominentes Beispiel dafür, dass der Verfassungsschutz durchaus mit überzeugten Rechtsextremen kooperiert, ist Wolfgang Frenz. Frenz war Gründungsmitglied der NPD und arbeitete vom Beginn der 1960er Jahre an bis 1995 für den Verfassungsschutz. Nach eigenen Aussagen lieferte er >>

Foto vorherige Seite: Indymedia Deutschland / lizensiert gemäß Creative Commons Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0

dem Dienst dabei nur Informationen, die sowieso für die Veröffentlichung bestimmt waren, und steckte die im Gegenzug erhaltenen Gelder umgehend in die Finanzierung von NPD-Parteistrukturen. Genauso arbeitete auch der NPD-Aussteiger Jörg Fischer-Aharon. Er berichtet, dass die Verfassungsschützer ernsthaft erwarteten, von ideologisch fest im Rechtsextremismus verankerten Menschen verwertbare Informationen und NPD-Interna erhalten zu können. Wenn aber vor allem Informationen geliefert werden, deren Veröffentlichung ohnehin geplant ist, wird die Begründung des Verfassungsschutzes für die Verwendung von V-Leuten hinfällig.

Dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, zufolge seien V-Leute ein unverzichtbares Mittel zur Extremismusaufklärung. Mit dieser Äußerung spielt Fromm vermutlich auf die oft angeführte Begründung an, dass V-Leute in den extrem informell organisierten und zudem gewaltbereiten Neonazi-Strukturen oft der einzige Zugang zu Informationen seien. Daher könnte eine Kosten-Nutzen-Abwägung gerade in diesem Sektor für eine Verwendung von V-Leuten sprechen. Tatsächlich lässt sich dies aber nur vermuten, denn der Verfassungsschutz kann – das liegt in der Natur der Sache – keine öffentlichkeitswirksamen Statistiken über die erfolgreiche Verhinderung von Verbrechen und Überführung rechter Straftäter durch die Informationen von V-Leuten veröffentlichen. Angesichts der derzeit in den Medien diskutierten Fehltritten des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der »Zwickauer Zelle« fällt es schwer, den zumeist vagen Äußerungen der Verfassungsschützer blind Vertrauen zu schenken. Leider verzichten diese allerdings bislang fast komplett darauf, die Probleme, Herausforderungen und Erfolge der Verwendung von V-Leuten angemessen zu kommunizieren und zu erklären.

Das Preis-Leistungsverhältnis für Auskünfte, die laut Frenz und Fischer-Aharon auch ohne nachrichtendienstliche Mittel hätten gewonnen werden können, wird noch ungünstiger, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Steuerzahler nicht nur die V-Leute und die sie betreuenden Verfassungsschützer bezahlt. Wie bereits kurz angerissen, spendete beispielsweise Frenz die Hälfte seines informellen Gehalts an die NPD. Ausgerechnet die Gelder des Verfassungsschutzes trugen so maßgeblich zur Gründung des nordrhein-westfälischen NPD-Landesverbandes bei. Dies scheint nur die Spitze des Eisbergs zu sein: allein das Land Thüringen hat von 1994 bis 2000 seine V-Männer in der rechtsextremen Szene mit rund 1,5 Millionen Euro finanziert. Glaubt man den Aussagen der Rechtsextremen, floss ein Großteil davon direkt in den Aufbau rechter Strukturen im Freistaat. Wenn aber rechtsextreme Strukturen ausgerechnet durch die Folgen der Nutzung von V-Leuten auf- und ausgebaut werden und dadurch die Anzahl aktiver Rechtsextremer zunimmt, die ebenfalls staatlich überwacht werden müssen, dann entsteht ein teurer und gefährlicher Teufelskreis.

Der potentielle Nutzen der V-Männer wird zudem vollends unwahrscheinlich, schenkt man weiteren Aussagen von Fischer-Aharon, Frenz und anderen mitteilungsfreudigen Insidern der rechtsextremen Szene Glauben: Die V-Leute sollen sich untereinander gekannt und ihre Aussagen gegenüber dem Verfassungsschutz abgesprochen haben. In der Führungsriege der NPD soll darüber hinaus allgemein bekannt gewesen sein, wer den Verfassungsschutz mit Informationen versorgte.

Laut einer dem *Spiegel* vorliegenden Liste der Verfassungsschutzbehörden sollen derzeit rund 130 V-Leute, davon zehn in Führungsgremien, in der NPD tätig sein. Diese Mitglieder, die oft zum Wohle der Partei eine Doppelrolle spielen, werden innerhalb der NPD aus mindestens zwei Gründen akzeptiert: Zum einen aufgrund der bereits angeführten finanziellen Vorteile für die chronisch klamme Partei, zum anderen aufgrund machtpolitischen Kalküls. Denn wie in jeder organisierten Gruppierung finden auch und gerade in der NPD Ränkespiele statt. In der Causa Frenz zum Beispiel gab der NPD-Landesvorsitzende für Nordrhein-Westfalen 2002 zu, in der Partei sei bekannt gewesen, dass Frenz für den Verfassungsschutz gearbeitet habe. Dennoch erreichte >>

Ist es sinnvoll, mit bekennenden Rechtsextremisten zu kooperieren?

der damalige Vorsitzende, Udo Voigt, Frenz' Parteiausschluss 2001, indem er ihn parteiintern als Verräter brandmarkte. Frenz zufolge wollte Voigt ihn damit politisch aus dem Weg räumen.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Rechtsextremen durch »ihre« V-Leute erfahren, welche Bereiche ihrer Tätigkeiten den Verfassungsschutz besonders interessieren. Daraus folgt unweigerlich die Frage, ob rechtsextreme Entscheidungsträger den Verfassungsschutz in der Vergangenheit gezielt mit Fehlinformationen fütterten. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, warum V-Leute während der Suche nach dem »Zwickauer Trio« zahlreiche Hinweise gaben, von denen jedoch keiner zum Fahndungserfolg führte.

Leider deutet nichts in den bislang zugänglichen Quellen darauf hin, dass der Verfassungsschutz in seiner Arbeit mit V-Leuten Vorkehrungen trifft, um eine Finanzierung der Partei oder eine Belastung seiner Kapazitäten durch wertlose oder gar irreführende Informationen zu verhindern. Stattdessen verstärken die aktuellen Meldungen in den Medien den Eindruck, die Verfassungsschützer hätten oft recht kopflos gehandelt. Noch schlimmer wiegt allerdings die Unterstellung, es gäbe »zweifelhafte Beziehungen« zwischen Verfassungsschützern und V-Leuten, wie beispielsweise Fischer-Aharon und Frenz behaupten.

In der aktuellen Debatte zur Überwachung von Mitgliedern der Partei Die Linke bestätigte der Chef des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans-Werner Wargel, zudem indirekt, dass auch hier V-Leute zum Einsatz gekommen seien. Der Verdacht liegt daher nahe, dass sich die dargestellte Problematik rechtsextremer V-Leute darüber hinaus im linksextremistischen Spektrum spiegelt. Die Behörden unternehmen bislang wenig, um die relevanten Fragen zu ihrer Vorgehensweise zu beantworten; sie reagieren vor allem mit Schweigen.

Ein solcher Einsatz von V-Leuten zur Gewinnung von Informationen über extremistische Gruppierungen und Organisationen durch ihre Mitglieder ist für den Verfassungsschutz eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates untragbar. Das sieht mittlerweile auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger so: »Das bestehende V-Mann-System jedenfalls kann keine Zukunft haben.« Sie dringt deswegen auf eine grundlegende Reform des Systems.

Angesichts der geschilderten Probleme und der aktuellen Forderungen nach einem zweiten NPD-Verbotsverfahren wegen der offenbar engen Verbindungen der Partei zu den rechtsextremen Mördern der »Zwickauer Zelle« drängt sich eine weitere Lösung auf: Die vollständige Abschaffung dieser problematischen Praxis. ◄◄◄◄

Theresa Lankes *hat Internationale Beziehungen an der Technischen Universität Dresden studiert.*

Es fällt schwer, vagen Äußerungen der Verfassungsschützer Vertrauen zu schenken.

Quellen und Links:

Interview mit Hans-Werner Wargel, Präsident des Verfassungsschutzes Niedersachsen, im *Radio Bremen* vom 24. Januar 2012

Interview mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der *Welt am Sontag* vom 1. Januar 2012

Bericht der *taz* vom 22. Dezember 2011

Interview mit Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm in der *Zeit* vom 18. Dezember 2011

Interview mit Wolfgang Frenz in der *Zeit* vom 9. Dezember 2011

Interview mit NPD-Aussteiger Jörg Fischer-Aharon im *HR-Info* vom 22. November 2011

Interview mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich im *Spiegel* vom 21. November 2011

Verfassungsschutzbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz 2010

ISRAELS WEHRDIENST

Der Nimbus verblasst

»Ist es noch gut, für unser Land zu sterben?«, fragt David Ranan junge israelische Soldatinnen, Soldaten und Kriegsdienstverweigerer – er stößt dabei auf überraschende Antworten. 27 Statements, die sich hieraus ergaben, hat er in einem detailreichen Interviewband veröffentlicht.

Foto: IDF / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Generic

>> »Macht nichts, es ist gut, für unser Land zu sterben«, sollen die letzten Worte Joseph Trumpeldors gewesen sein. Der aus Russland stammende Jude und britische Weltkriegsveteran starb 1920, 28 Jahre vor der Staatsgründung Israels, in Galiläa in einem Feuergefecht mit Arabern den zionistischen Heldentod. Nun ist das Land, Zuflucht auch für Holocaust-Überlebende, seither nie zur Ruhe gekommen. Es musste in zahlreichen Kriegen sein Existenzrecht verteidigen. Das hat Spuren hinterlassen – in der Bevölkerung wie in der Armee.

David Ranan, der selbst Militärdienst in den »Israel Defense Forces« geleistet hat und heute in England lebt, gelingt es mit großem Einfühlungsvermögen, in die Psyche junger Wehrdienstleistender und Wehrdienstverweigerer in Israel vorzudringen. Der Sechstagekrieg 1967 habe »alles verändert«. Nach der Eroberung zusätzlicher Gebiete auf biblischem Boden, »Judäa und Samaria«, glaubten nicht nur Religiöse, sondern auch säkulare Zionisten an ein Wunder; man versprach sich davon zunächst mehr Sicherheit. Die Hoffnung, Land gegen Frieden einzutauschen, hat sich bis auf weiteres zerschlagen. In asymmetrischen Kriegen stehen heute israelische Soldaten nicht mehr Armeen, sondern Guerillatruppen und todesbereiten Selbstmordattentätern gegenüber.

Der Auslöser für das Buch war ein Besuch Ranans bei Freunden in Israel. Zweien ihrer drei Söhne war es gelungen, den obligatorischen Militärdienst zu umgehen. Diesem Phänomen wollte Ranan auf den Grund gehen, als er 50 wehrpflichtige Israelis zwischen 18 und 30 Jahren befragte. Als Ergebnis finden sich 27 Interviews, um die Fragen Ranans zu Monologen gekürzt, in dem Buch. Offen sprechen die jungen Menschen über ihre Hoffnungen und Erwartungen, aber auch ihre moralischen Nöte. Das Spektrum reicht von scharfer Kritik am Militär und der israelischen Besatzungspolitik über Begeisterung für die Möglichkeiten, die ihnen die Armee durch Sport, Ausbildung und neue Freundschaften bietet, bis hin zu Verständnis für Gewalt gegen Palästinenser, da sie durch terroristische Aktionen weiter das Leben der Befragten, das ihrer Kameraden oder die Sicherheit Israels bedrohten. Der Wunsch vieler 18-Jähriger, schnell in Eliteeinheiten aufgenommen zu werden, sei laut Ranan aber auch ein Zeichen dafür, dass hier »die Hormone eine wichtige Rolle spielen«.

Wehrdienstverweigerung ist in Israel offiziell nicht erlaubt. Doch es gibt Umwege und Auswege, verständnisvolle Vorgesetzte und Psychologen, einige der Verweigerer gehen dafür wiederholt tagelang ins Gefängnis. Beim Le- >>

sen der Monologe überrascht der Respekt unter den befragten Wehrpflichtigen, den diese selbst Verweigerern entgegenbringen, sofern jene aus Gewissensgründen den Militärdienst ablehnen. Einige der Jugendlichen machen ein Freiwilliges Soziales Jahr oder setzen sich in anderer Form für die Gemeinschaft ein, auch wenn es formell keinen israelischen »Zivildienst« gibt. Auf weniger Verständnis stößt dagegen das »Bar Refaeli-Syndrom«. Das israelische Foto-Modell Bar Refaeli hatte kurz vor ihrer Einberufung geheiratet – was von der Wehrpflicht befreit – und sich kurz danach wieder scheiden lassen. Dieses und ähnliches Verhalten wird als Flucht aus der Verantwortung wahrgenommen. Nur wenige Interviewpartner zweifeln an der Notwendigkeit einer starken Armee für Israel. Bezeichnenderweise sehen sie auch keinen Widerspruch darin, *für* einen Palästinenserstaat und zugleich glühende Patrioten zu sein. Überfordert fühlen sich die jungen Soldatinnen und Soldaten aber durch die Besatzungssituation.

Ein Gesprächspartner hält die israelische Armee mit ihrem Gebot der »sauberen Waffen« noch immer für die »moralischste der Welt« – auch wenn

Das »Bar Refaeli-Syndrom« stößt auf weniger Verständnis.

er zugibt, dass Unrecht geschieht. Bemerkenswert, wie reflektiert junge Soldaten und Verweigerer mit der politischen Situation und ihrem eigenen Handeln umgehen – sicher auch Zeichen ihres Aufwachsens in einer lebendigen und äußerst streitbaren Demokratie.

Der promovierte Kultur- und Politikwissenschaftler Ranan hat das Buch seiner von den Nazis vertriebenen deutschen Mutter Sylvia gewidmet. In seiner 35 Seiten umfassenden Einleitung gibt er dem Leser einen exzellenten und äußerst differenzierten Einblick in die Geschichte des Konflikts, in die israelische Gesellschaft und die Strukturen des Militärs. Sie ist selbst für »Israelkenner« ein Gewinn. Es geht um die Spannungen zwischen Ashkenasim und Sefardim, zwischen Religiösen und Säkularen, aber auch zwischen Neueinwanderern, vor allem aus der früheren Sowjetunion, und linken, liberalen Israelis. Der kurze Abriss zur Geschichte und ein Glossar zum Verständnis von in Deutschland eher unbekannten Insider-Begriffen sind ebenso hilfreich. Der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe, heute Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, lieferte das Vorwort.

Der Titel »Lohnt es sich noch, für unser Land zu sterben?« könnte assoziieren, junge Israelis oder gar der Autor hielten eine Verteidigung Israels inzwischen nicht mehr für notwendig. Dazu besteht kein Anlass: Noch immer überwiegt die Erkenntnis, dass es Israel ohne seine Armee wohl nicht mehr geben würde. Wie notwendig sie für das Überleben auch künftig bleibt, wird von den Entwicklungen in den arabischen Nachbarstaaten, aber auch im Iran abhängen, der anscheinend alles tut, um im Nahen Osten weiter zu zündeln.

Die größte Sorge Ranans gilt einer möglichen Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols und damit auch der Demokratie in Israel. Was geschieht, wenn die Regierung eines Tages eine umfassende Räumung von Siedlungen im Westjordanland beschließt und Militärrabbiner dazu aufrufen, den Befehlen nicht zu folgen? Tatsache ist, dass in den letzten Jahren mehr Religiöse ins Militär drängen und als Offiziere auch zunehmend die Kommandoebene anstreben. Seit Erscheinen des Buches zeigt sich, dass sich die säkulare Gesellschaft Israels künftig noch stärker bemühen muss, den demokratischen Charakter des Staates zu bewahren, wenn selbst Frauenrechte in Frage gestellt werden. Als sich religiöse Soldaten jüngst weigerten, an Veranstaltungen teilzunehmen, bei denen auch Soldatinnen singen sollten, meldeten sich allerdings empörte Stimmen aus allen Lagern zu Wort. **Meggie Jahn**

David Ranan

»Ist es noch gut, für unser Land zu sterben? Junge Israelis über ihren Dienst in der Armee«

Berlin (Nicolai Verlag Berlin) 2011, gebunden, 272 Seiten, 19,95 Euro

ADLAS
Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Michael Seibold
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Wolfgang Alschner (wal), Stefan Dölling (doe) (V.i.S.d.P.), Sophie Eisentraut (eis), Sebastian Hoffmeister (hoff), Dieter Imme (dim), Christian Kollrich (koll), Marcus Mohr (mmo), Michael Seibold (msei), Stefan Stahlberg (sts)

Layout: mmo

Autoren: Max Brandt, Sandro Gaycken, Björn Hawlitschka, Richard Hugo, Verena Holtz, Ralf Kuhne, Theresa Lankes, Sebastian Petyrek, Patrick Pospiech, Steve Schlegel, Philipp Starz, Jochen Steinkamp, Juliane Ulbricht

Copyright: © *ADLAS* Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, ihre Texte geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder.

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN
verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

Foto: Electronic Arts Inc.

Ausgabe 2/2012

SCHWERPUNKT
KRIEG UND SPIELE
Vom Sandkasten bis zum Taktikshooter